

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Elisabeth Fehrenbach

Die Reichsgründung
in der deutschen
Geschichtsschreibung

Hans-Josef Steinberg

Sozialismus,
Internationalismus und die
deutsche Reichsgründung

B 6/70

7. Februar 1970

Elisabeth Fehrenbach, Dr. phil., geb. 24. Dezember 1937, wiss. Assistentin am Historischen Seminar der Justus-Liebig-Universität in Gießen.

Veröffentlichungen u. a.: Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871—1918, München 1969.

Hans-Josef Steinberg, Dr. phil., geb. 22. Oktober 1935, Mitglied des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Hannover 1967, 1969²; Widerstand und Verfolgung in Essen 1933—1945, Hannover 1969.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Reichsgründung in der deutschen Geschichtsschreibung

Die Reichsgründung als ein zentrales Thema der deutschen Geschichtsschreibung spiegelt wie kaum ein anderes die Wechselwirkung historischen und politischen Denkens. Zeitgeschichtliche Betroffenheit und Erlebniserfahrung haben das überlieferte Bild von der Reichsgründung als der Vollendung der deutschen nationalen Geschichte immer wieder modifiziert, kontrolliert und schließlich revidiert. Schon 1890 — beim Übergang zur imperialen Weltpolitik — und erst recht nach den Katastrophen von 1918 und 1945, als die Aufeinanderfolge zweier Weltkriege unvermeidlich die Frage nach den Ursachen des inneren und äußeren Zusammenbruchs aufwarf, knüpfte sich die Diskussion über Kontinuität oder Revision des Geschichtsbildes in besonderem Maße an die Persönlichkeit Bismarcks und sein Werk, die Begründung des kleindeutschen Nationalstaats.

Natürlich ist es im Rahmen einer begrenzten Abhandlung nicht möglich, die Fülle der Literatur über die Vorgeschichte und Geschichte der Reichsgründung auszubreiten; vielmehr soll im folgenden versucht werden, im Spiegel der repräsentativen Werke und Gesamtdarstellungen über die Reichsgründungszeit die Wandlungen des historisch-politischen Urteils

vor dem Hintergrund der jeweiligen Zeitsituation aufzuzeigen — ein Überblick, der Rankes Einsicht bestätigt, daß Geschichte immer wieder „umgeschrieben“ werden muß, weil das erstrebte Ideal der Objektivität nur annähernd erreicht werden kann. Eine Darstellung der wechselnden Perspektiven im fortlaufenden und nie zu Ende geführten Prozeß der historischen Urteilsbildung mag zugleich zu einer kritischen Überprüfung des eigenen Standorts beitragen, ohne dessen Relativierung die hi-

Hans-Josef Steinberg:

Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung S. 27

storische Erkenntnis nicht möglich erscheint. Erst aus der Zusammenschau der jeweiligen Teilaspekte, auch wenn sie sich gegenseitig im Hegelschen Doppelsinn des Wortes „aufheben“, entsteht ein Gesamtbild der politischen und geistigen Grundlagen des Bismarckreiches. Jedes historiographische Thema beweist erneut, daß Geschichte als Wissenschaft keinen absoluten Erkenntniswert liefert, sondern als progressive Wissenschaft verstanden werden will.

Historisierung der Politik und Politisierung der Historie

Wenn eingangs von der Wechselwirkung zwischen Historie und Politik die Rede war, so gilt dies in ganz besonderem Maße für die nationalliberale Historikerschule der Reichsgründungszeit. Nicht allein die Politisierung der Historie, sondern auch die Historisierung der Politik charakterisiert die Entwicklung der Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert.

Mit freundlicher Genehmigung des Seewald Verlages in Stuttgart werden die beiden Beiträge dieser Ausgabe aus dem in Kürze erscheinenden Sammelband „Reichsgründung 1870/71. Tatsachen — Kontroversen — Interpretationen“, herausgegeben von Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, als Vorabdruck veröffentlicht.

Die „politischen Historiker“ der borussischen Schule haben seit Droysen den kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung gleichsam vorausgedacht und ihm eine historische Legitimierung verschafft, für die das politische Denken in einem von Krisen und Revolutionen erschütterten Zeitalter so überaus empfänglich war. Der eigentümliche Historismus des 19. Jahrhunderts, der die revolutionären Brüche in der Entwicklung von Staat und Gesellschaft durch den Rückgriff in ferner gelegene, von der Gegenwartskritik unberührte Zeiten zu überbrücken suchte, erfüllte insofern eine politische Funktion. Die politische Zielsetzung stützte sich auf das historische Argument.

Man darf bei der gemeinhin üblichen Anklage gegen die Tendenzhistorie nicht übersehen, daß der noch ganz ungebrochene Glaube an die Bildungsmacht der Geschichte zugleich abgesichert war durch das Bewußtsein, mit der strengen quellenkritischen Methode des Faches ausgerüstet, der politischen Nationalerziehung zu dienen. Für die nationalliberale Historikergeneration, die durch die Schule Rankes gegangen war, fiel das politische Ideal des Nationalstaats zusammen mit dem wissenschaftlichen Ideal der kritisch geprüften Wahrheit¹⁾. Daß beide Aufgaben, die nationalpädagogische und die wissenschaftlich-historische, miteinander in Konflikt geraten könnten, war eine Erfahrung, die erst ausstand und die auch nach 1871 nicht gleich gemacht wurde. Denn gerade der politische Erfolg schien ja das historische Bemühen glänzend zu rechtfertigen. Die berühmte und vielzitierte Briefstelle Heinrich von Sybels an Hermann Baumgarten, die unmittelbar nach der Zeitungsmeldung über die Kapitulation von Paris niedergeschrieben wurde, spiegelt beispielhaft, wie sehr dieser Augenblick als Abschluß einer Epoche und als Krönung der eigenen Lebensarbeit empfunden wurde: „... meine Augen gehen immer herüber zu dem Extrablatt und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und so mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben! Was zwanzig Jahre der Inhalt allen Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt! Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen?“²⁾

Die Folge hat Jakob Burckhardt 1872 aus der Distanz des konservativen Schweizers in die grimmig ironischen Worte gefaßt, daß künftig alle Darstellungen über die neuere Geschichte „auf 1870/71 orientiert“ sein würden, „bis die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen“ sei³⁾. Es entstand jene teleologische Konzeption der Reichsgründungsgeschichte, die Hermann Oncken 1934 im Rückblick auch auf eigene Arbeiten treffend

¹⁾ Vgl. etwa das Programm Heinrich von Sybels bei der Begründung der Historischen Zeitschrift. Th. Schieder, Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der historischen Zeitschrift, HZ 189 (1959), S. 4 f.

²⁾ J. Heyderhoff und P. Wentzcke, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 1 (1925), S. 494.

³⁾ Silvester 1872, an Friedrich Preen, J. Burckhardt, Briefe, Bd. 5 (1963), S. 182 f.

und verständnisvoller als Burckhardt wie folgt kommentierte: „So wurde es erst seit den Jahren 1866 bis 1871 möglich, unsere nationale Geschichte, als ob sie sich in sich selber vollendet hätte, wieder in einem einheitlichen Bilde zu sehen, und selbst ihre tieferen Gegensätze als Stufen der Überwindung im Lichte der Versöhnung zu begreifen. In dem Vollgefühl dieser Sicherheit hat die letzte Generation deutscher Historiker recht eigentlich gelebt und gearbeitet.“⁴⁾ Vom Endziel her gesehen, erschien die preußisch-deutsche Geschichte als ein sich mit Notwendigkeit erfüllender Entwicklungsprozeß, der von Luther und der Reformation über den Großen Kurfürsten und Friedrich den Großen bis zur preußischen Reformzeit führte, um dann im Werk Bismarcks seinen krönenden Abschluß zu finden. Alle anderen Wege zur deutschen Einheit, das „Übergangsstadium“ des Deutschen Bundes und das „Vorspiel“ der gescheiterten Revolution von 1848, führen zwangsläufig zu diesem Ergebnis hin.

Das wissenschaftliche Postulat der zeitgenössischen Historie bestand daher nicht in einer möglichst objektiven Erfassung des Zeitgeschehens, sondern darin, diesem Geschehen überhaupt erst eine — von Preußen her gesehene — Tradition zu schaffen. Die borussische Geschichtsschreibung Droysens, Duncers und Häussers hatte die Vorarbeit für die preußische Geschichte bis zur Reformzeit des beginnenden 19. Jahrhunderts bereits geleistet. Droysens vielbändige „Geschichte der preußischen Politik“, die man den „historiographischen Auftakt zum Werk Bismarcks“ genannt hat⁵⁾, verfolgte den „deutschen Beruf Preußens“ bis ins Mittelalter zurück, wo in der Mark Brandenburg der Askanier und des Burggrafen Friedrich von Hohenzollern die „ghibellinische“ Idee von Reichseinheit und nationaler Größe über die Stauferkaiser hinaus fortlebte. Vollends seit 1555 tritt an die Stelle von Kaiser und Reich der protestantische brandenburgische Territorialstaat, der die nationale antiultramontane Reichstradition als Erbe übernahm und gegen Österreichs eigensüchtige, universalistisch-katholische Politik verteidigte. Ungleich schwieriger war es, die geistreiche Konstruktion vom Fortleben der

⁴⁾ Das Zitat stammt aus dem berühmten Vortrag: Wandlungen des Geschichtsbildes in revolutionären Epochen, der 1934 den „Fall Oncken“ auslöste. HZ 189 (1959), S. 135.

⁵⁾ So Friedrich Meinecke, J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik (1855—1886).

ghibellinischen Idee auch auf die neuere Geschichte zu übertragen, und schon die heftige, bis in die Wilhelminische Zeit fortgesetzte Kontroverse über Friedrich den Großen, den seine Gegner als Widersacher der von Österreich vertretenen Kaiser- und Reichspolitik darstellten, beweist, welch dialektischer Kunstgriffe es bedurfte, um die entgegengesetzten Entwicklungstendenzen dennoch positiv zu bewerten, weil sie letztlich der Hauptentwicklung — dem Aufstieg Preußens zur Großmacht — zugute kamen⁶⁾. Überdies komplizierte sich das Traditionsproblem durch die Wiederherstellung von Kaiser und Reich 1871, die zumindest eine ideelle Kontinuität vom alten zum neuen Reich anzudeuten schien, die von den nationalliberalen Historikern, auch von Droysen, nur zögernd oder gar nicht akzeptiert wurde. Seit dem politisch aktuellen Gelehrtenstreit über die Italienpolitik der mittelalterlichen Kaiser zwischen Heinrich von Sybel und Julius Ficker galt gerade die universalistische „theokratisch gefärbte“ Kaiseridee als antinational und anachronistisch. Auch hier war es nötig, auf dialektischen Umwegen die historische Kaiseridee in die kleindeutsche Tradition einzufügen, sei es als evangelisches Kaisertum, das den Kampf der Staufer „gegen das usurpatorische Rom“ wiederaufnahm, sei es als liberal-fortschrittliches Kaisertum, das die primitive Vorform des Mittelalters hinter sich ließ und die tausendjährige deutsche Würde im Geist der modernen Zeit erneuerte⁷⁾.

Als Heinrich von Treitschke nach 1871 das Wagnis unternahm, zum erstenmal eine Gesamtkonzeption über die „Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert“ zu entwerfen, die allerdings nur bis an die Schwelle des Revolutionsjahres 1848 reicht, war er sich über die Schwierigkeit einer zeitgeschichtlichen Darstellung völlig im klaren. „Eine allen Gebildeten gemeinsame nationale Geschichtsüberlieferung hat sich in unserem kaum erst wieder vereinigten Volke noch nicht entwickeln können“, schrieb er in seinem an Max Duncker gerichteten Vorwort zum ersten Band.

⁶⁾ Vgl. etwa die Polemik des großdeutschen Historikers O. Klopp gegen Droysens Interpretation: *Kleindeutsche Geschichtsbaumeister. Historisch-Politische Blätter für das Katholische Deutschland* 41 (1861), Bd. 1, S. 707—728. St. Skalweit, *Das Problem von Recht und Macht und das historiographische Bild Friedrich des Großen*, *GWU* 2 (1951), S. 91—106.

⁷⁾ E. Fehrenbach, *Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871—1918* (1969), S. 27 ff.

„Jenes einmütige Gefühl froher Dankbarkeit, das ältere Nationen ihren politischen Helden entgegenbringen, hegen wir Deutschen nur für die großen Namen unserer Kunst und Wissenschaft; selbst über die Frage, welche Tatsachen in dem weiten Wirrsal unserer neuen Geschichte die wahrhaft entscheidenden waren, gehen die Meinungen noch weit auseinander.“⁸⁾ Gerade weil es ihm um die Förderung geht, ein nationales Geschichtsbild zu schaffen, nimmt Treitschke die Einseitigkeit seines historischen Urteils, nämlich die unbedingte Apologie Preußens, bewußt in Kauf: „Denn nur, wer selber feststeht, vermag den Wandel der Dinge zu beurteilen. Die Macht Preußens in unserem neuen Reiche ist von langer Hand her durch redliche stille Arbeit vorbereitet; darum wird sie dauern.“⁹⁾

In apodiktischer Form bestimmt Treitschke hier das Kernthema seiner Darstellung: die „Macht Preußens“; und auch das Ziel der politischen Aufwärtsentwicklung, wie es in den Umrissen der Vorgeschichte bereits deutlich sichtbar wird, ist von vornherein festgelegt: die Errichtung des „preußischen Reiches deutscher Nation“¹⁰⁾ — ein in der Publizistik von 1871 vieldiskutierter Begriff, der den Gegensatz zum alten römischen Reich deutscher Nation bezeichnete und den künftigen deutschen Einheitsstaat preußischer Prägung umschrieb. Das Ideal der „werdenden nationalen Monarchie“ im großpreußischen Einheitsstaat, das Treitschke publizistisch in den sechziger Jahren verteidigt hatte und an dem er trotz des föderalistischen Charakters des neuen Reiches festhielt¹¹⁾, bestimmt den historisch-politischen Standort, von dem aus die Auswahl der „wahrhaft entscheidenden Tatsachen“ der deutschen Geschichte getroffen wird. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Staatswerdung Preußens: die geistige Erneuerung durch den Protestantismus nach 1648, der politische Zusammenschluß der Provinzen auf der Grundlage des zentralisierenden Verwaltungs- und Heerwesens, das Wirken der freien Persönlichkeit im mächtig aufsteigenden Staat der Reformzeit, der Kulturfortschritt unter dem Schutz der Staatsmacht. Alles andere gehört in den Bereich der hemmenden Gegenkräfte: die „Fäul-

⁸⁾ *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert* (5 Bde. 1879—1894), Bd. 1, S. V.

⁹⁾ Ebd., Bd. 3, S. VI.

¹⁰⁾ Ebd., Bd. 1, S. VII. Zur Diskussion über das „preußische Reich deutscher Nation“ vgl. Fehrenbach, a. a. O., S. 31 f.

¹¹⁾ W. Bussmann, *Heinrich von Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild* (1952), S. 217 ff.

nis des alten Reiches", der Ultramontanismus, Österreich und die „verrufene Zeit" des Deutschen Bundes, der doktrinäre süddeutsche Liberalismus, der Radikalismus der Burschenschaft und vor allem der deutsche Partikularismus, die „Schmach der Zersplitterung". Das nationale Geschichtsbild, das Treitschke entwirft, beruht auf dem „Kampf um die Grundlagen staatlicher Macht und freier Gesittung" ¹²⁾. Mit dem an Hegel geschulten Identitätsdenken weist er nach, daß nur der mächtige Staat, der mit dem sittlichen Staat identisch ist, die deutsche Einigungsmission erfüllen konnte. Die Reichsgründung ist das Werk des idealisierten preußischen Machtstaats.

Das Standardwerk der nationalliberalen Geschichtsschreibung, Heinrich von Sybels siebenbändige Gesamtdarstellung „Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I.", suchte darüber hinaus den Beweis zu erbringen, daß das preußisch-deutsche Einigungswerk zugleich dem gemäßigt liberalen Staatsideal des Konstitutionalismus entsprach ¹³⁾. Stärker als Treitschke betont Sybel die liberale Tradition des preußischen Staates. Bereits 1863, mitten in den Kämpfen des preußischen Verfassungskonflikts, hatte Sybel die These vertreten, daß die wahre Tradition der preußischen Monarchie in keinerlei Widerspruch stehe zu den liberalen Bestrebungen der nationalen Bewegung. Der Verfassungsstaat, heißt es, sei nicht „der Sturz, sondern die Blüte des starken Baumes, dessen Wurzeln durch die Jahrhunderte reichen" — zurück zum Großen Kurfürsten, der den Übergang zur „gemeinnützigen Absolutie" vollzog, zu Friedrich Wilhelm, dessen bürokratische Verfassung „mit Naturnotwendigkeit allmählich zum liberalen Staate" führen mußte, zu Friedrich dem Großen, dessen aufgeklärter Absolutismus in letzter Konsequenz zur Bauernbefreiung, zur selbständigen Gemeindeverfassung, „ja zur parlamentarischen Gesetzgebung mit all ihren weitgreifenden Folgen" drängte ¹⁴⁾.

Die reaktionäre, absolutistische Politik Bismarcks während der Konfliktjahre stellt in dieser Interpretation nur eine vorübergehende

Episode dar, die nicht mit der Niederlage der Liberalen, auch nicht mit einem Kompromiß, sondern mit der inneren Wandlung Bismarcks abschloß. Sybel hält an dem Gedanken fest, „daß für jeden preußischen Staatsmann ohne Ausnahme die Frage der deutschen Einheit unabweisbar zu einer Schule des Liberalismus — nicht des anarchischen und revolutionären, sondern des positiven und staatsbildenden Liberalismus — wird" ¹⁵⁾. So gesehen, erscheint Bismarck als Vollstrecker des liberalen Erbes; sein Werk, die Reichsgründung, verwirklicht das Ideal des „staatsbildenden Liberalismus". Daher sieht Sybel im Abschluß des Verfassungskonflikts durch die Indemnitätsvorlage, die das Bündnis Bismarcks mit der nationalliberalen Partei besiegelte, das Zentralereignis der Reichsgründungsgeschichte: „Wir dürfen es aussprechen, im Herbst des Jahres 1866 war das deutsche Reich gegründet." ¹⁶⁾ Jetzt wurde es offenkundig, „daß die Regierung und die Liberalen dasselbe große Ziel verfolgten, und daß zur Vollendung des deutschen Reiches die Macht der Regierung ebenso unentbehrlich war, wie die innere Bewegung der Geister" ¹⁷⁾.

In dieser Schlußfolgerung spiegelt sich zugleich Sybels Urteil über die Revolution von 1848, die er mit der neugewonnenen Maxime der „Realpolitik" als notwendig scheiternden Versuch bewertet, die liberalen Ideale der Freiheit und Einheit gegen die politische Wirklichkeit durchzusetzen. Erst Bismarck vermied mit der „realpolitischen" Fähigkeit, „die Grenzen des Erreichbaren zu erkennen", die Fehler des Frankfurter Parlaments: die Kaiserromantik, den Doktrinarismus der Reichsverfassung, die Ignorierung der partikularen Staatsinteressen. Er fand „den Boden für ein stabiles Gleichgewicht der Ideale und der Realität, der Einheit und des Sondertums" ¹⁸⁾. Gerade von 1848 her gesehen, erscheint die Reichsgründung als Synthese von Macht und Geist, die die idealistischen Ziele mit der politischen Wirklichkeit in Einklang brachte. Andererseits zeigt die ausführliche Darstellung der preußischen Politik in den Revolutionsjahren nur allzu deutlich — und auch die zeitgenössische Kritik hat dies sehr bald ver-

¹²⁾ Deutsche Geschichte, Bd. 1, S. 3.

¹³⁾ H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. (7 Bde. 1889—1894).

¹⁴⁾ Über die Entwicklung der absoluten Monarchie in Preußen. Kleine Historische Schriften. Bd. 1 (1869), S. 511 ff. Vgl. H. Seier, Die Staatsidee Heinrich von Sybels in den Wandlungen der Reichsgründungszeit 1862/71, Historische Studien H. 383 (1961), S. 110 f.

¹⁵⁾ Vorträge und Aufsätze. 1874, S. 297. Zit. bei Seier, a. a. O., S. 172.

¹⁶⁾ Die Begründung des Deutschen Reiches, Bd. 5, S. 460.

¹⁷⁾ Ebd., S. 357.

¹⁸⁾ Ebd., S. 462 f.

merkt¹⁹⁾ —, wie sehr das harmonisierende, auf versöhnenden Ausgleich bedachte Urteil Sybels die tieferen Gegensätze zwischen dem altpreußischen Konservatismus und den liberalen Tendenzen der Zeit verwischt. Auch hier sieht Sybel nur die verpaßte Chance, die ein Bismarck an der Stelle von Radowitz zu nutzen verstanden hätte²⁰⁾.

Die Kapitel über die außenpolitischen Ereignisse fügen sich bruchlos in das Gesamtbild der liberal-nationalen Reichsgründung ein²¹⁾. Auch nach außen bewahrten Wilhelm I. und Bismarck die liberale Tradition der preußischen Monarchie: „eine naturgemäße, allmählich voranschreitende, ihrem Wesen nach *defensive* Vereinigung der deutschen Nation“²²⁾. Königgrätz, Nikolsburg und Prag, die Verständigungsbereitschaft der preußischen Politiker — auch vor 1866! —, die schonende Behandlung Österreichs, die friedlichen Absichten der hohenzollernschen „Familienpolitik“ vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges beweisen zur Genüge den Verzicht des neuen Reiches auf außerdeutsche Eroberungen und Weltherrschaftspläne. Auf der Schwelle zum imperialistischen Zeitalter schildert Sybel ein letztes Mal die Reichsgründung auch im außenpolitischen Bereich als Abschluß einer Epoche, die ihr Ziel erreicht hat.

Sybels Werk, das 1901 als Volksausgabe erschien und das laut Aussage der Zeitgenossen wie „kein anderes Buch ... so viel gelesen worden ist“²³⁾, hat nicht nur in Fachkreisen eine Fülle von Kontroversen ausgelöst. Die Flut der Memoirenliteratur, die nach 1890 einsetzte, brachte es mit sich, daß der wissenschaftliche Streit auf weiten Strecken in Polemik oder Apologie verfiel, so daß schließlich hauptsächlich das jeweilige persönliche Ver-

dienst der an der Reichsgründung beteiligten Staatsmänner diskutiert wurde — eine Frage, die Sybel schon in seinem Buchtitel, der Wilhelm I. den Vorrang ließ, vornehm umgangen hatte²⁴⁾.

Eine eigentliche Gegendarstellung zum kleindeutschen Geschichtsbild Sybels hingegen fehlt in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts. Auch im großdeutschen Lager entschied der politische Erfolg von 1871, der mit enttäuschter Resignation hingenommen wurde. Die Sybel-Ficker-Kontroverse der sechziger Jahre, die die Alternative zwischen Universalstaat oder Nationalstaat zur Diskussion gestellt hatte²⁵⁾, war durch die politischen Ereignisse gleichsam überholt worden. Johannes Janssens unter dem Eindruck von 1871 begonnene „Geschichte des deutschen Volkes“ — ein Titel, der eine Kritik an der von Preußen vertretenen *Staatsidee* implizierte — reichte über das 17. Jahrhundert nicht hinaus, obgleich der große politische Gegner Bismarcks, Ludwig Windthorst, Janssen gedrängt hatte, die Darstellung bis in die Gegenwart fortzuführen²⁶⁾. Der großdeutsche Historiker Onno Klopp polemisierte 1873 in einem Aufsatz der „Historisch-Politischen Blätter für das Katholische Deutschland“ ein letztes Mal gegen die Usurpation der universalistisch-föderalistischen Kaiser- und Reichsidee durch den zentralisierten preußischen Militärstaat. Das preußische Staatswesen, auch mit dem „aufgesetzten Titel“ des deutschen Kaisertums, sei nicht eine Wiederherstellung des alten römischen Kaisertums deutscher Nation, sondern vielmehr die Konsequenz all jener Bestrebungen, die seit Friedrich dem Großen auf die Zerstörung desselben gerichtet worden wären²⁷⁾. Der deutsche Kaiser wird 1871 in den

¹⁹⁾ Vgl. H. Oncken, Bismarck und sein Werk in der neuesten Geschichtsschreibung (1902). Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 2 (1914), S. 138 f.

²⁰⁾ Vgl. das Urteil über Radowitz, Bd. 1, S. 326.

²¹⁾ Es ist bekannt, daß Bismarck, der die Entstehung des Sybelschen Werkes verfolgte, die Darstellung über die Außenpolitik stark beeinflusst hat. Einige Passagen lesen sich wie eine Vorwegnahme der „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks. Dennoch spiegeln die Kapitel auch die eigene Ansicht Sybels. Vgl. hierzu R. Morsey, Geschichtsschreibung und Amtliche Zensur. Zum Problem der Aktenveröffentlichung über die spanische Thronkandidatur der Sigmaringer Hohenzollern, HZ 184 (1957), S. 555 ff.

²²⁾ Vorträge und Aufsätze, S. 294 (Hervorh. v. Verf.).

²³⁾ E. Brandenburg, Ein neues Buch über die Begründung des Deutschen Reiches, HZ 90 (1903), S. 423.

²⁴⁾ Vgl. etwa die tendenziöse Darstellung des bismarckfeindlichen Historikers O. Lorenz, die vor allem das Verdienst der liberalen Fürstengruppe herausstreicht: Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866—1871, nach Schriften und Mitteilungen beteiligter Fürsten und Staatsmänner (1902).

²⁵⁾ F. Schneider (Hg.), Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des Ersten deutschen Reiches. Die Streitschriften von Heinrich von Sybel und Julius Ficker zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters (1941).

²⁶⁾ J. Janssens, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters (8 Bde. 1877 bis 1894). Über die Entstehung des Werkes vgl. L. Pastor, Johannes Janssen 1829—1891. Ein Lebensbild (1892), S. 112 u. S. 140.

²⁷⁾ Das Kaisertum, Historisch-Politische Blätter 72 (1873), S. 38. Verfasserschaft nach W. v. Klopp, Onno Klopp. Hrsg. v. F. Schnabel (1950), S. 251.

„Historisch-Politischen Blättern“ als direkter Nachfolger Bonapartes gesehen, der Frankreich niederschlug, um sich die Cäsarenkrone selbst aufs Haupt zu setzen²⁸⁾.

Andererseits war man sich über den Mißerfolg der eigenen Bestrebungen im klaren. Nach 1871 wurde, wie es heißt, „den ehemaligen Partikularisten die vollständigste Resignation auferlegt“ und „somit gehen auch wir — zum Kaiser“²⁹⁾. Es bestätigt die Regel, daß die einzige, von einem österreichischen Historiker verfaßte Darstellung über die Reichsgründungszeit, Heinrich Friedjung „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland“, die Entscheidung von 1866 akzeptierte, so daß sein Buch von den kleindeutschen Historikern wohlwollend aufgenommen wurde. Friedjung habe die Ereignisse „anschaulich und ohne Voreingenommenheit“ geschildert³⁰⁾.

Als Außenseiter und von der Fachhistorie der damaligen Zeit gar nicht beachtet, hat allein der konservative großdeutsche Publizist Constantin Frantz eine föderalistisch-mitteleuropäische Gegenkonzeption entworfen, die freilich in vieler Hinsicht phantastische Züge aufwies³¹⁾. Die machtpolitische Überlegung über die Mittellage Deutschlands, das den Druck der Flügelmächte Frankreich und Rußland nur durch eine mitteleuropäische Interessengemeinschaft abwehren könne, vermischte sich mit reichsromantischen Reminiszenzen und dem Glauben an eine Art christlichen Germanismus. Sein Plan sah eine „germanische Allianz“ vor, eine Föderation auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses, die als ein „unüberschreitbarer Wall“ Rußland zwingen würde, sich seinem „Beruf in Asien“ zuzuwenden, und Frankreich, „die Lorbeeren für seine Adler in Nordafrika zu suchen“. So sollte die deutsche und die europäische Frage zugleich gelöst und Großdeutschland als „europäisches Zentralland“ zum „Gravitationspunkt“ eines neuen Gleichgewichtssystems in der Welt werden. Darin lag der „Weltberuf der Deutschen“. Bezeichnenderweise wurde Constantin Frantz erst nach 1918 als Vor-

kämpfer der großdeutschen Idee wiederentdeckt und dann nach 1945 zum geistigen Antipoden Bismarcks erhoben, als die Frage nach einer realisierbaren Alternative zum kleindeutschen Nationalstaat die Debatte über die Revision des Geschichtsbildes beherrschte. Es wird noch zu zeigen sein, daß auch in diesem Fall das Resultat eher negativ ausfiel³²⁾.

Die beiden anderen extremen Gegenpositionen, die konservative und die marxistische Geschichtsschreibung, haben jede auf ihre Weise keine eindeutig ablehnende Stellungnahme zur Reichsgründung bezogen. Der Altmeister der konservativen Historie, Leopold von Ranke, hat die politischen Zeitereignisse in den Kommentaren seiner Vorlesungen und Briefe ganz unabhängig von der nationalstaatlichen Ideologie zu deuten gesucht. Aus der Perspektive seines eigenen Welt- und Geschichtsbildes betont er vor allem die außenpolitisch-staatliche und die innenpolitisch-konservative Bedeutung der Reichsgründung. Aus Rankes Sicht war der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 kein Nationalkrieg gegen den Erbfeind deutscher Einheit, sondern Fortsetzung und Abschluß eines jahrhundertealten Ringens mit der Hegemonialmacht Frankreich, ein Krieg „gegen die Politik Ludwig XIV.“³³⁾. Die neue Macht des geeinten Deutschlands garantierte ihm die Sicherstellung des europäischen Gleichgewichts. Mit der gleichen konservativen Wertung, die sich wesentlich an der Vergangenheit orientiert, beurteilt Ranke die innere Verfassung des Reiches als Fortsetzung der altpreußischen Tradition. Die Stabilisierung der monarchischen Ordnung und Autorität beendet eine von Revolutionen und Krisen erschütterte Epoche. Die Reichsgründung als ein „epochales“ Ereignis besiegelt die „Niederlage der revolutionären Kräfte“. 1870 glaubte Ranke zu erkennen, „daß damit zugleich einer der Wendepunkte der Weltentwicklung und politischen Gestaltung eingetreten ist, welche die Epochen scheidet“³⁴⁾.

Genau an diesem Punkt gelangte die marxistische Interpretation zur extremen Gegenthese. Die „historische Notwendigkeit“ der

²⁸⁾ Das Große Neujahr. Zeitläufte. Ebd., 67 (1871), S. 6f. Verfasser der Zeitläufte war der Herausgeber der Blätter, Edmund Jörg.

²⁹⁾ Ebd., 67 (1871), S. 236.

³⁰⁾ H. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866 (2 Bde. 1897/98). Hierzu E. Brandenburg, Die Reichsgründung, Bd. 1 (1916), S. 438.

³¹⁾ C. Frantz, Untersuchungen zur Geschichte des europäischen Gleichgewichts (1859). Ders. Der Föderalismus (1879).

³²⁾ Vgl. unten S. 23.

³³⁾ Nach der bekannten Wiener Äußerung zu Thiers. H. Herzfeld, Politik und Geschichte bei Leopold von Ranke im Zeitraum von 1848—1871. In: Festschr. f. Gerhard Ritter (1950), S. 322 ff. R. Vierhaus, Rankes Verständnis der „neuesten Geschichte“, Archiv für Kulturgeschichte 39 (1957), S. 81 ff. Ders., Ranke und die soziale Welt (1957).

³⁴⁾ Vor der Historischen Kommission 1870, Vierhaus a. a. O. S. 95.

Reichsgründung und ihre epochale Bedeutung wurden seit Karl Marx nicht in Frage gestellt. Durch die berühmte Argumentation im Brief an Friedrich Engels, daß „die Zentralisation der state power“ sich nützlich auf die „Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse“ auswirken werde, gewann die Reichsgründung gleichsam einen Stellenwert in der Theorie der sozialen Revolution. Ein preußischer Sieg, schrieb Marx im Juli 1870, würde „den Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen“ und damit „zugleich das Übergewicht *unsrer* Theorie über die Proudhons“ beweisen³⁵). Die revolutionären Schüler Hegels glaubten, die „List der Vernunft“ zu durchschauen: Bismarck tut, „wie 1866, immer ein Stück von unserer Arbeit, in *seiner* Weise, ohne es zu wollen“³⁶). In eine populäre Geschichtsdarstellung umgesetzt, bedeutet dies lediglich eine Kritik an Bismarcks bonapartistischen Methoden. Auch Franz Mehring hat in seiner „Deutschen Geschichte“, obgleich er das Bismarckreich heftig ablehnte, weil es kein „Reich der Freiheit“, sondern ein „Reich der Bourgeoisie“ begründet habe, die Revolution von 1848 nur als ein Vorspiel in der Entwicklung auf 1870/71 hin geschildert. Die Hoffnung richtet sich auf die neue Macht der Arbeiterklasse, „die die historische Notwendigkeit der Revolution von oben zu begreifen und die nicht minder zu erkennen verstand, daß sie

besiegt werden könne nur durch die Revolution von unten“³⁷).

Es ist sehr bezeichnend, daß ein nationalliberaler Historiker wie Hermann Oncken den Briefwechsel zwischen Marx und Engels geradezu als Beweis anführen konnte für die weltgeschichtliche Bedeutung der Reichsgründung: „Welch eine geistesgeschichtliche Prognose! Und Welch eine Inversion ist für das eigene Bewußtsein von Marx eingetreten: Von dem Einmarsch der deutschen Regimenter in Frankreich erwartet er — und in gewissem Sinne ist diese Prophezeiung eingetroffen — den Sieg des Marxismus, um dieses Wort vorwegzunehmen, in der Welt. Nicht mehr von der kontinentalen Revolution! Man erkennt auch hier, was das Werk Bismarcks für die europäische Geschichte im ganzen genommen bedeutet.“³⁸) Aus solcher Sicht kann Oncken in einem Atemzug mit Marx den Antipoden Leopold von Ranke zitieren; auch der „rückwärtsgewandte Denker“ habe seine „Weltgeschichte“ mit der Bemerkung vor sich selbst gerechtfertigt, daß erst durch die Entscheidung von 1870/71 in einer neu befriedeten und geordneten Welt eine universale Aussicht möglich geworden, daß erst nach der Niederlage der revolutionären Kräfte eine regelmäßige Fortentwicklung gesichert, ein unparteiischer Rückblick auf die früheren Jahrhunderte gestattet und eine Weltgeschichte im objektiven Sinne möglich geworden sei³⁹).

Die weltpolitische Perspektive der Reichsgründung

Freilich verbarg sich hinter dieser Würdigung, die bezeichnenderweise in das Jahr 1914 fällt, ein Umschwung in der nationalliberalen Historikerschule selbst, der nach dem Sturz Bismarcks 1890 eintrat und aufs stärkste von der imperialistischen Zeitstimmung beeinflusst wurde. Mit der Entdeckung der weltgeschichtlichen Perspektive der Reichsgründung verband sich die Absage an die Parteihistorie Treitschkes und Sybels und eine Rückkehr zu Ranke als dem Vertreter objektiver und universalhistorischer Geschichtsbetrachtung. Damit rückte die Reichsgründungsgeschichte unter einen doppelt veränderten Aspekt. Das universalhistorische Denken Rankes, das sich an den geschichtlichen Erfahrungen des 17. und

18. Jahrhunderts orientiert hatte, wurde von den Neurankeanern aufgenommen und in ein weltpolitisches Denken umgedeutet, für das die Reichsgründung nicht mehr schlechthin den Abschluß der nationalstaatlichen Geschichte bildete, sondern vielmehr die Grundlage schuf für die imperiale Politik der Wilhelminischen Ära. Das neue Thema der „Geschichte Bismarcks“ war die welthistorische Konstellation der großen Mächte, durch deren Umgestaltung erst das Einigungswerk gelingen konnte⁴⁰).

³⁷) F. Mehring, Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters (1910, Neuauflage 1945), S. 179.

³⁸) H. Oncken, Marx und Engels. Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 2 (1914), S. 374.

³⁹) Ebd., S. 374 f.

⁴⁰) M. Lenz, Geschichte Bismarcks (31911). Ders., Die Großen Mächte. Ein Rückblick auf unser Jahrhundert (1900). Vgl. H.-H. Krill, Die Rankerenaisance, Max Lenz und Erich Marcks. Veröffentlichungen der Berliner Hist. Komm., Bd. 3 (1962).

³⁵) An Engels, 20. 7. 1870. Marx/Engels, Werke, Bd. 33 (1966), S. 5.

³⁶) Engels an Marx, 15. 8. 1870, a. a. O., S. 40.

Mit dieser Fragestellung hängt der zweite Aspekt aufs engste zusammen. Der Anschluß an Rankes „objektiven Realismus“ diente zugleich einer realistischeren Einschätzung der preußischen Großmachtspolitik, als es Sybel von seinem „doktrinären“, parteigebundenen Standort aus möglich gewesen sei. Die realpolitische, das heißt machtpolitische Komponente in der Entstehungsgeschichte des Reiches tritt in den Vordergrund.

Die Forderung nach unparteiischer Objektivität bezweckte also keineswegs eine kritische Distanzierung zum Werk des „Reichsschöpfers“. Max Lenz, einer der Hauptvertreter der Rankerennaissance, hat in diesem Punkt seinen Lehrer Sybel nicht widerlegt. Im Gegenteil: „Und was unsere Historiker immer behauptet und aus allen Büchern und den Akten selbst bewiesen hatten — daß es Preußens Mission sei, Deutschland zu führen: jetzt war es das deutsche Grundrecht geworden.“⁴¹⁾ Die Verteidigung Rankes gegen Sybel war vielmehr zugleich eine Verteidigung Bismarcks. Was Lenz faszinierte, war die Wahlverwandtschaft des historisch-politischen Denkens, das Bekenntnis beider zur Machtgrundlage des Staates. Rankes objektiver Realismus bildete gleichsam die Vorstufe zur Realpolitik Bismarcks. Im Grunde sind es die Maximen der Bismarckschen Staatsanschauung, die Lenz zum alleinigen Wertmaßstab für die Beurteilung der Reichsgründung erhebt⁴²⁾.

Das Ergebnis war eine neue Interpretation der deutschen Politik Bismarcks. Bei Max Lenz erscheint Bismarck nicht länger als der halb-liberale Reichsgründer, sondern als der preußisch-partikularistische Großmachtpolitiker, der allein den Gesetzen der Staatsraison folgt und die politischen Ideen überall und durchaus den Zwecken der Macht unterwirft: „Der Mann aber, der die deutsche Idee, wo er ihr noch begegnet war, bekämpft hatte, der ‚verlorene Sohn Deutschlands‘, wie ihn der alte Führer der Liberalen genannt, er, der nichts als Preußens Macht vor Augen sah, mußte die Nation auf den Weg zurückweisen, auf dem sie in einer tausendjährigen Geschichte... Reichtum und Größe erworben hatte.“⁴³⁾ Weit ent-

fernt von einer kritischen Schlußfolgerung, hebt Lenz jedoch den hier konstatierten Dualismus zwischen Staatsraison und Idee sogleich durch einen dialektischen Gedankensprung wieder auf. Indem Bismarck den „Machtwillen Preußens“ dem „Willen der Nation zur Macht“ anpaßte, hat er die deutsche Idee in sein System aufgenommen und sie als Realität, als „Machtfaktor“ anerkannt: „So stand er selbst im Dienste der Ideen, die er zu verachten schien.“⁴⁴⁾ Auf diesem Umweg erscheint auch bei Lenz die Reichsgründung als Synthese von Macht und Geist. Da am Ende die Einheit des „Realgeistigen“ wiederhergestellt ist, bestätigt Bismarcks Werk „nur wieder die Wahrheit der Rankeschen Geschichtsauffassung“⁴⁵⁾.

Mit dem tatsächlichen Hergang der Ereignisse konfrontiert, ließ sich die vermeintliche Synthese nur mühsam aufrechterhalten. In der Darstellung des Verfassungskonflikts hat Lenz selbst die Machtpolitik Bismarcks kritischer analysiert und seine Regierungsmethoden mit denen des bonapartistischen Systems verglichen. Die „Niederlage“ der liberalen Opposition wird offen zugegeben. Nicht der Sieg der Idee brachte die Entscheidung, sondern allein der politische Machterfolg Bismarcks: „Wer sich nicht in unfruchtbare Negation verlieren wollte, mußte dem Bahnbrecher auf seiner Straße folgen. Nur im Anschluß an ihn und die Macht, die er vertrat, war es überhaupt noch möglich, vorwärts zu kommen.“⁴⁶⁾

Friedrich Meinecke hat dann in dem ersten seiner drei ideengeschichtlichen Hauptwerke, „Weltbürgertum und Nationalstaat“, das Problem der Versöhnung von Macht und Geist bei der Entstehung der deutschen Nationalidee noch einmal differenzierter behandelt. In seinem geistesgeschichtlichen Deutungsversuch wird das verwickelte Ideengeflecht sichtbar, das bei dem Übergang des deutschen Denkens vom Weltbürgertum zum Nationalstaat wirksam gewesen war. In dem abschließenden Kapitel des ersten Teils über „Ranke und Bismarck“ sieht Meinecke anders als Lenz nicht in der verwandten Auffassung vom Wesen staatlicher Macht das Verbindende, vielmehr bildet der konservative Nationalstaatsgedanke die Brücke, die von der Romantik, wie zu Ranke, so auch zu Bismarck hinüberführt. Auch Meinecke begrüßt zwar das in der Olmütz-Rede

⁴¹⁾ M. Lenz, Kleine Historische Schriften, Bd. 1 (1910), S. 525.

⁴²⁾ M. Lenz, Bismarck und Ranke. Kleine Historische Schriften, S. 383 ff. H. Herzfeld, Politik und Geschichte bei Leopold von Ranke, S. 337; St. Skalweit, Ranke und Bismarck, HZ 176 (1953), S. 227 ff.; Krill, a. a. O., S. 108 ff.

⁴³⁾ Geschichte Bismarcks, S. 83.

⁴⁴⁾ Ebd., S. 552, Kleine Historische Schriften, Bd. 2 (1920), S. 408. Hierzu Krill, a. a. O., S. 109.

⁴⁵⁾ Ebd., S. 408.

⁴⁶⁾ Geschichte Bismarcks, S. 414.

enthaltene Programm Bismarcks, daß der staatliche Egoismus die einzige gesunde Grundlage eines großen Staates darstelle, aber er weigert sich andererseits, mit Lenz zu behaupten, daß Bismarcks Politik „Naturrecht und Romantik völlig überwunden“ habe: „denn wo wären geistige Mächte von dieser Kraft und Fruchtbarkeit je völlig überwunden worden. Sie leben weiter in dem, was sie ‚überwindet‘, und Ranke, Bismarck, das neue Deutschland, wir alle leben geistig noch mit von ihnen.“⁴⁷⁾

Anders als die Neurankeaner hat Meinecke im zweiten Teil seines Werkes zugleich auf die Bruchstellen der bundesstaatlichen Verfassung im Verhältnis Preußens zum Reich hingewiesen und in der preußischen Hegemonialpolitik Bismarcks nicht die auf die Dauer einzig mögliche Lösung des Problems gesehen. Indem er nachwies, daß seit 1830 und vor allem 1848 in der liberal-nationalen Bewegung gerade die Auflösung des preußischen Staates diskutiert worden war, hat er zum erstenmal auf das Alternativprogramm der Revolution von 1848 aufmerksam gemacht und das Werk der Paulskirche nicht einfach als Vorstufe zur Bismarckschen Lösung interpretiert — ein Ansatz, der in der Forschung der damaligen Zeit nicht weitergeführt wurde. Die Wendung zur Außen- und Weltpolitik brachte es vielmehr mit sich, daß die innere Problematik des Nationalstaatsgedankens wenig Interesse fand.

Es hängt mit der Apologie der preußischen Machtstaatspolitik Bismarcks zusammen, daß seine Persönlichkeit immer stärker in den Mittelpunkt der Reichsgründungsgeschichte rückte. Durch die Identifizierung Bismarcks mit seinem Werk trat das Kontinuitätsdenken, das in der Begründung des Nationalstaates die Verwirklichung einer seit langem vorausgedachten Idee nachzuweisen suchte, in den Hintergrund⁴⁸⁾. Im Bismarckjahr 1915 konnte Johannes Haller seinen Spott über die „superklugen Toren“ ausschütten, die bald nach 1871 „mit seichem Treppenwitz für das Ergebnis natürlicher Entwicklung ausgegeben, was in Wirklichkeit das genaue Gegenteil war, die Tat eines einzelnen und einzigen, die Tat des Genius“⁴⁹⁾. Die „Geschichte Bismarcks“ von

Max Lenz enthält in der Formulierung des Titels — über den biographischen Ansatz hinaus — bereits eine Interpretation. Bismarck wird zum alleinigen Träger des politischen Handelns, weil er allen Widerständen zum Trotz den günstigen politischen Moment zum Vollzuge des „Notwendigen“ kühn ergriffen habe „und den König und die Nation, Volk und Regierung für seine heldische Politik entflamte“. Die Vorgeschichte des österreichischen und französischen Krieges dient einzig dem Beweis, „daß wiederum er und kein anderer es war, der das Rad des Schicksals vorwärts stieß“. Vollends die Herstellung von Kaiser und Reich „war ganz und gar das Werk des einen“⁵⁰⁾. Selbst bei Erich Marcks, der in seiner unvollendeten Bismarckbiographie nicht die politische Persönlichkeit, sondern das Individuell-Persönliche des Menschen einfühlsam beschrieb, erscheint Bismarck in den Aufsätzen und Reden der neunziger Jahre als „Verkörperung des preußischen Staates“ und als genialer Neubildner des Reiches, ja des deutschen Volkes: „Fürst Bismarck war damals die deutsche Nation“, er hat das deutsche Volk „bis in die Tiefen hinein mit seinem Wesen durchtränkt“. „Das Reich stand in ihm wahrhaftig da.“⁵¹⁾

Das klingt wie eine Kapitulation der Historiker vor dem Bismarckmythos der Wilhelminischen Zeit. Tatsächlich glaubten die Neurankeaner, auch hier ein wissenschaftliches Ideal zu verteidigen. Indem sie das Wirken der großen schöpferischen Einzelpersönlichkeit in der Geschichte nachwiesen, richteten sie sich zugleich gegen die damals vieldiskutierte kollektivistische und materialistische Geschichtsauffassung, als deren Exponenten Karl Marx und Karl Lamprecht galten. Die „Geschichte Bismarcks“ sollte den bekannten Ausspruch Rankes demonstrieren: „Das Größte, was dem Menschen begegnen kann, ist es wohl, in der eigenen Sache die allgemeine zu verteidigen. Dann erweitert sich das persönliche Dasein zu einem welthistorischen Moment.“ Bismarck, schrieb Max Lenz, hat die Welt wieder einmal gelehrt, „was die Persönlichkeit in der Geschichte bedeutet“⁵²⁾.

Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die bei Ranke stets festgehaltene Polarität von schöpferischer Persönlichkeit mit Gesamtgeist und allgemeiner Tendenz der Epoche aufgegeben

⁴⁷⁾ Weltbürgertum und Nationalstaat (1907). Hrsg. v. H. Herzfeld (1962), S. 260.

⁴⁸⁾ Anders Krill, a. a. O., der gerade die teleologische Geschichtskonzeption der Neurankeaner betont, vgl. S. 80 ff. u. S. 104 ff.

⁴⁹⁾ J. Haller, Gedanken über Bismarck am 1. April 1915. Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik (²1942), S. 273.

⁵⁰⁾ Geschichte Bismarcks, S. 395 ff. u. S. 412.

⁵¹⁾ E. Marcks, Männer und Zeiten (¹1911, ²1942), hrsg. v. G. Andreas, Bd. 1, S. 333.

⁵²⁾ Kleine Historische Schriften, Bd. 1, S. 398.

wird zugunsten einer einseitigen Monumentalisierung des nationalen Heros, die eher an das bekannte Diktum Treitschkes erinnert, daß „Männer die Geschichte machen“. Bismarck wird das „Recht des Kämpfers“ zugebilligt, der sich gerade gegen die vom „Parteiinteresse“ geleitete öffentliche Meinung durchsetzt, der über den Parteien steht und daher allein das Wohl des Staates vertritt⁵³). Noch nach dem Zusammenbruch des Bismarckreiches hat Johannes Ziekursch die Formulierung gefunden, daß Bismarcks Werk lehrt, „was der politische Genius *im Widerspruch mit seiner Zeit* zu leisten vermag, aber auch, wie die Zeit den Stärksten überwindet“⁵⁴).

Andererseits hat das biographische Interesse, das sich nicht allein auf die Persönlichkeit Bismarcks konzentrierte, die Geschichtsschreibung auch wiederum aus dem Bannkreis des Reichsgründers herausgeführt. Hermann Onckens Biographien über Bennigsen und Lassalle lenkten den Blick zurück auf die allgemeinen Tendenzen der Epoche in der nationalen und der Arbeiterbewegung⁵⁵). Auch die Biographie über Wilhelm I. von Erich Marcks hat das Spannungsverhältnis zwischen dem konservativen Altpreußentum und den liberal-nationalen Ideenbewegungen der Zeit, wie es sich in den „hartumkämpften“ Entscheidungen Bismarcks in den Auseinandersetzungen mit seinem Monarchen ausdrückte, sehr viel deutlicher sichtbar gemacht als die „realpolitische“, nur an Bismarcks außenpolitischen Maximen orientierte Darstellung von Max Lenz⁵⁶).

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zog Erich Brandenburg, ein Schüler von Lenz, in der zweiten großen Gesamtdarstellung über die Reichsgründung seit Sybel die Bilanz der neuen Forschungsergebnisse⁵⁷). Sein nüchternes, mit positivistischer Gründlichkeit gearbeitetes Werk gibt einen Überblick über den Stand der Kontroversen, die Sybels Darstellung korrigierten: die preußische Politik der

Revolutionsjahre, die deutsche Politik Bismarcks vor 1866, die Vorgeschichte des österreichischen und französischen Krieges. Überall treten die Gegensätze schärfer hervor. Der deutsche Beruf Preußens ist nicht mehr schlechthin identisch mit dem „staatsbildenden Liberalismus“. Ob bei Friedrich Wilhelm IV. oder bei Bismarck — ausschlaggebend war jeweils die Verstärkung der preußischen Machtstellung, die zugleich die deutschen Interessen förderte. „Jede Machtsteigerung Preußens kommt Deutschland zugute“; in dieser „spezifisch preußischen Färbung“ und nicht im Sinne der Liberalen habe Bismarck „von frühester Jugend an“ „deutsch empfunden“⁵⁸).

Entsprechend härter fällt das Urteil über die „rücksichtslose Machtpolitik“ vor 1866 und 1870 aus, das Sybels These vom „defensiven“ Charakter der preußischen Außenpolitik widerlegt. Brandenburg gibt eine detaillierte Schilderung der „waghalsigen“, kriegsentschlossenen Osterreichpolitik und der „raffinierten“ und „skrupellosen“ Verhandlungstaktik Bismarcks gegenüber Napoleon III. Freilich werden die Mittel zum Zweck, auch die „Künste der Intrige und der Irreführung des Gegners“ mit der „Verantwortungsfreudigkeit“ des Staatsmannes gerechtfertigt, dem die persönliche Macht niemals Selbstzweck gewesen sei⁵⁹).

Der Schwerpunkt der Brandenburgschen Darstellung liegt ganz im Sinne der Neurankeaner auf der Außenpolitik und der Diplomatiegeschichte. Es wird eine Fülle von Fakten ausgebreitet — vor allem über das preußisch-französische Verhältnis in den Jahren 1863 bis 1866, über Nikolsburg und den Ursprung des Annexionsgedankens, über die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten und ihren Eintritt in das Reich —, die bis heute eine unentbehrliche Grundlage bieten.

Untersuchungen über die Innenpolitik zählt Brandenburg vorerst zu den Desiderata. Vor allem bedauert er das Fehlen einer Parteigeschichte und einer Darstellung über die Politik der Mittelstaaten. Er selbst hat die Akzente vorsichtiger gesetzt als Max Lenz. Nicht nur den Anteil der leitenden Staatsmänner, sondern auch „die Mitwirkung der im deutschen Volke lebendigen nationalen Gesinnungen und Kräfte“ will er berücksichtigt wissen. Bismarck habe die Lösung der deutschen Frage

⁵³) Geschichte Bismarcks, S. 491: „Über dem Willen der Parteien stand ihm jeder Zeit der Wille des Staates.“

⁵⁴) J. Ziekursch, Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches. Bd. 1: Die Reichsgründung (1925), S. 4 (Hervorhebung v. Verf.).

⁵⁵) H. Oncken, Lassalle. Eine politische Biographie (1904). Ders., Rudolf von Bennigsen (2 Bde. 1910).

⁵⁶) E. Marcks, Kaiser Wilhelm I. (1897).

⁵⁷) E. Brandenburg, Die Reichsgründung (2 Bde. mit einem Anhangband: Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung 1916).

⁵⁸) Die Reichsgründung, Bd. 2, S. 31; Untersuchungen, S. 506.

⁵⁹) Die Reichsgründung, Bd. 2, S. 33 f. Vgl. S. 419.

nicht selbst erfunden, sondern mit der Gründung des kleindeutschen Bundesstaates nur das verwirklicht, was „aus dem großen Ideen-vorrat des Jahres 1848 stammte“. Trotz dieser Einschränkung hält Brandenburg daran fest, daß seine Leistung „die verhältnismäßig größte“ war, weil er mit der „ungebrochenen Kraft des Entschlusses“ aus der Fülle der vorhandenen Möglichkeiten diejenige herausgegriffen habe, die nach der Lage der tatsächlichen Machtverhältnisse allein verwirklicht werden konnte⁶⁰⁾.

Die Entstehung des Nationalgefühls selbst ist wiederum nur eine Folge der außenpolitischen Ereignisse, ein Ausdruck des Willens zur staatlichen Machtbehauptung in den „Massen des Volkes“. Anders als bei Meinecke, dessen ideengeschichtliche Deutung Brandenburg ablehnt, entsteht das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit nicht durch eine „Selbstentwicklung der Idee“, sondern durch „elementare, das Volk in seinen Tiefen aufwühlende politische Ereignisse“. Nur wenn der Druck einer größeren äußeren Gefahr zur Selbstbesinnung treibt — wie in den Freiheitskriegen —, verdichtet sich das bloße Nationalgefühl zu politischen Forderungen, „ja schließlich zu einer das ganze Staatsleben unseres Volkes umgestaltenden Macht“⁶¹⁾.

Offensichtlich wirkt in dieser Schilderung einer nationalen Volksbegeisterung die Kriegsstimmung des Jahres 1914 nach. Der

Einfluß des Kriegserlebnisses wird an vielen Stellen des Buches deutlich sichtbar. 1914 gewann das Thema der Reichsgründung eine erhöhte Aktualität, denn ihre weltgeschichtliche Bedeutung, die seit 1890 in der Historie propagiert worden war, schien jetzt gleichsam auf die Probe gestellt. Wie in den während des Krieges erschienenen Bismarckaufsätzen von Max Lenz, der den Weltkrieg „im Spiegel Bismarckischer Gedanken“ zu deuten versucht⁶²⁾, besteht auch bei Brandenburg die Tendenz, zwischen der Reichsgründung und dem Kriegsausbruch einen notwendigen Zusammenhang zu demonstrieren. Schon Bismarck, der den kleindeutschen Nationalstaat in die europäische Mächtekonstellation einführte, gab ihm die „Stellung einer Weltmacht“, die den „Ausgangspunkt“ für den „Weltkampf“ von 1914 bildet⁶³⁾. Daher eröffnet bereits die Reichsgründung die Ära der imperialen Weltpolitik. Zugleich verteidigt Brandenburg ein letztes Mal beharrlich die kleindeutsche Lösung Bismarcks gegen die nach 1914 wieder auftauchenden mitteleuropäisch-großdeutschen Pläne: „Das kleinere Deutschland muß bleiben, was es 1871 geworden ist, wenn wir nicht alle die Kämpfe und Irrungen noch einmal heraufbeschwören wollen, die unsere Väter durchgemacht haben . . .“⁶⁴⁾. Auch aus der erweiterten „weltpolitischen Perspektive“ der Reichsgründung bleibt die deutsche Geschichte „auf 1870/71 orientiert“.

Kontinuität oder Revision des nationalen Geschichtsbildes?

Die ungeheure psychologische Schockwirkung der Niederlage von 1918 auf die unbedingten Verteidiger des Bismarckreiches ist oft beschrieben worden. „Heute ist der Traum ausgeträumt“, resignierte Max Lenz 1919, „von der Höhe, auf der wir schon sicher zu wandeln wähten, sind wir in die Tiefe des Abgrundes hinabgerissen worden“⁶⁵⁾. Die bis dahin so verführerische Anwendung des Erfolgsmaßstabes in der deutschen Geschichtsschreibung rächte sich bitter. Mit dem Zusammenbruch des Bismarckreiches durch Krieg und

Revolution schien zugleich der „Sinn der deutschen Geschichte“⁶⁶⁾ zerstört. Da durch den revolutionären Bruch mit der Vergangenheit das Kontinuitätsdenken gewissermaßen in Widerspruch zu sich selbst geriet, war eine Revision des Geschichtsbildes scheinbar unver-

⁶³⁾ Die Reichsgründung, Bd. 1, S. VII f. Vgl. Bd. 2, S. 432.

⁶⁴⁾ Ebd., Bd. 1 S. IX.

⁶⁵⁾ Kleine Historische Schriften, Bd. 2, S. V. Krill, a. a. O., S. 226 ff. Vgl. H. Herzfeld, Staat und Nation in der deutschen Geschichtsschreibung der Weimarer Zeit. In: Veritas — Justitia — Libertas. Festschrift zur 200. Jahrfeier der Columbia-University, New York. Überreicht von der Freien Universität Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik (1954), S. 129—134.

⁶⁶⁾ H. Oncken, Der Sinn der deutschen Geschichte. Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919 bis 1935 (1935), S. 15 ff.

⁶⁰⁾ Ebd., S. 413, S. 421.

⁶¹⁾ Ebd., Bd. 1, S. 11.

⁶²⁾ M. Lenz, Der Weltkrieg im Spiegel Bismarckischer Gedanken. In: Das Bismarck-Jahr. Als Säkularschrift hrsg. v. M. Lenz u. E. Marcks (1915), S. 259 ff.

meidlich geworden. Dennoch blieb die Reaktion bei der Mehrzahl der Historiker zwiespältig. Restaurative Tendenzen einerseits, die das Erbe von 1871 zu bewahren suchten, und die Hoffnung auf die Wiedererweckung des großdeutschen Gedankens andererseits, die eine Möglichkeit eröffnete, der Niederlage doch noch einen „Sinn“ abzurufen, durchkreuzten vielfach die kritische Besinnung auf die Ursachen des Zusammenbruchs.

Die nationalkonservative Frontstellung — nach innen gegen die Parteienherrschaft der ehemaligen „Reichsfeinde“, denen das Bismarckreich „ausgeliefert“ worden sei⁶⁷⁾; nach außen gegen die übernationale Staatenordnung des Völkerbundes, gegen die „Träumer vom ewigen Frieden und ewiger Gemeinschaft der Völker“⁶⁸⁾ — bewirkte bei Historikern wie Max Lenz und Erich Marcks, daß nun erst recht der nationale Machtstaat zum absoluten Wertmaßstab erhoben wurde. Zwar wurde die Vergrößerung des Machtgedankens vorsichtig kritisiert, aber Bismarck blieb doch der große Lehrmeister, der Macht und Ideal in Einklang gebracht habe, für den Macht „die notwendige Form aller Politik, aller nationalen Selbstbehauptung“ bedeutete⁶⁹⁾. Das stolze Erbe von 1871 wird zum Vermächtnis, zur „Kraftquelle“ für die eigene düstere und trostlose Gegenwart; allein die Vergangenheit gilt als „einzig sicherer Besitz“. Für Marcks liegt gerade die Aufgabe des Historikers darin, als „Herold“ der „Größe“ vergangener Zeiten die Tradition zu bewahren, den „Staats- und Reichsgedanken“ und „seine Pflichten“ festzuhalten „über allen Rechten der einzelnen und der Gruppen“⁷⁰⁾. So bildet die Reichsgründung auch weiterhin bis zu dem Alterswerk über den „Aufstieg des Reiches“, die „Grundlage alles nationaldeutschen Staatslebens“, ein „stählernes Glied in der Kette unserer Geschichte“, die „stolze Sonnenhöhe“ der nationalen Entwicklung⁷¹⁾.

Mit Recht hat ein liberal-demokratischer Historiker wie Walter Goetz schon in der Zeit der Weimarer Republik den Widersinn eines rein restaurativen Kontinuitätsdenkens kriti-

siert, das sich den Problemen der neuen Zeit verschließt und „über allem Reden und Schreiben vom geschichtlich gewordenen organischen Staate den lebendigen Staat und seine Weiterentwicklung ganz vergißt“⁷²⁾. Aus dem Blickwinkel der politischen Gegenwart fordert er eine sachliche Loslösung von festverwurzelten Gedankengängen und eine Besinnung auf die demokratische Tradition der Revolution von 1848 — freilich, ohne Gefolgschaft zu finden. Die große Darstellung über 1848 von Veit Valentin, die immerhin von Erich Marcks angeregt worden war, erschien erst 1930/31 und fand in der Fachhistorie nicht mehr die Würdigung, die sie verdient hätte⁷³⁾.

Unter den nationalkonservativen Historikern haben vor allem Friedrich Meinecke und Hermann Oncken den schwierigen und mühsamen Versuch unternommen, im Geist der historischen Tradition zugleich den neuen Zeitideen der Gegenwart gerecht zu werden und von hier aus das überlieferte Bild des Bismarckreiches kritisch zu überprüfen. Beide lehnen die „Kanonisierung des nationalen Entwicklungsprozesses“ vom Endziel 1870/71 her ab⁷⁴⁾. Oncken weist mit Nachdruck darauf hin, daß die kleindeutsche Lösung nicht als „die einzig mögliche Anschauung deutscher Geschichte“ zu gelten habe, denn wie alle historischen Gebilde so könne auch das Bismarckreich keinen absoluten Wert besitzen. Die Reichsgründung ist ihm gerade darin Vorbild und „Erfüllung“ — an diesem Glauben hält er allerdings fest —, daß sie die beste Verbindung von „alten historischen Gewalten und den neuen Triebkräften der Zeit“ darstellte⁷⁵⁾. Meineckes Urteil fällt noch erheblich skeptischer aus. In der nüchternen Bilanz seiner kleinen Schrift „Nach der Revolution“ spricht er offen von den „alten unwiderruflich zerschlagenen Formen des Herrschaftsstaates“⁷⁶⁾. Hatte er schon in seinem Buch „Weltbürgertum und Nationalstaat“ eine Kritik an der Stellung Preußens im Bundesstaat von 1871 angedeutet, so verschärfte sich jetzt der Blick für die verfassungspolitische Problematik und die sozialen Spannungen in Staat und Gesellschaft des Kaiserreiches.

⁶⁷⁾ M. Lenz, Partei oder Vaterland? Kleine Historische Schriften. Bd. 3 (1922), S. 165.

⁶⁸⁾ E. Marcks, Das Deutsche Reich von 1871—1921. Männer und Zeiten, Bd. 2, S. 462.

⁶⁹⁾ Ebd., S. 447.

⁷⁰⁾ Ebd., S. 441, S. 463.

⁷¹⁾ Der Aufstieg des Reiches. Deutsche Geschichte von 1807 bis 1870/78 (2 Bde. 1936), Bd. 1, S. XI u. Bd. 2, S. 612.

⁷²⁾ W. Goetz, Die deutsche Geschichtsschreibung der Gegenwart (1924). Historiker in meiner Zeit. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Th. Heuss (1957), S. 415.

⁷³⁾ V. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848—49 (1930/31).

⁷⁴⁾ Oncken, a. a. O., S. 17. F. Meinecke, Nach der Revolution. Geschichtliche Betrachtungen über unsere Lage (1919), S. 54.

⁷⁵⁾ Ebd., S. 17, S. 36, S. 56.

⁷⁶⁾ Meinecke, a. a. O., S. 65.

Mit einem für seine konservative Grundhaltung erstaunlichen Radikalismus schildert Meinecke die Schattenseiten des preußisch-deutschen „Obrigkeitsstaates“, wie sie bisher nur von der linksliberalen und sozialdemokratischen Opposition angeprangert worden waren. Meinecke scheut nicht davor zurück, die marxistische Kritik ernst zu nehmen, und er stimmt niemand geringerem als Friedrich Engels zu, wenn er ausführt, daß Bismarck die Massenkräfte des modernen Sozial- und Wirtschaftslebens, die doch sein Reich erst zur Geltung brachte, falsch eingeschätzt und „die von ihm selbst geschaffene geschichtliche Lage nicht begriffen“ habe⁷⁷⁾. Sein Werk, obgleich „ein Wunderwerk von Zusammenfassung staatlicher und nationaler, alter und neuer geschichtlicher Kräfte“, bewahrte doch zugleich einen „starren und harten Rest von Obrigkeitsstaat“, der eine nationale Kohärenz verhinderte. Die Schwäche des Bismarckreiches lag in seiner sozialen Begrenztheit von Adel und Offizierskorps als tragender Schicht, der sich das obere Bürgertum aus politisch-militärischem Schutzbedürfnis, aber auch aus sozialem Klasseninteresse nur allzu bereitwillig anglich. Die Folge war eine „hart konservative und militaristische Färbung der nationalen Idee“, die „Verengung und Vergrößerung des nationalen Denkens zum nationalistischen Denken“⁷⁸⁾. Meinecke berücksichtigt damit zum erstenmal die Frage nach den sozialen Trägern der nationalstaatlichen Idee und nach dem sozialen Aufbau der nationalen Gesellschaft im Kaiserreich — ein sozialgeschichtlicher Aspekt, den er allerdings nicht weiterverfolgt und der erst nach 1945 wieder aufgenommen wurde.

Meineckes großes Hauptwerk der Zwischenkriegszeit, „Die Idee der Staatsräson“, hat die Diskussion über den preußisch-deutschen Machtstaat in eine andere Richtung weitergeführt⁷⁹⁾. Das Thema des Buches ist eine ideengeschichtliche Analyse über das Wesen der Macht, deren Idealisierung bei Hegel, Ranke und Treitschke gleichsam zurückgenommen wird. In scharfer Selbstkritik bezieht Meinecke die Gegenposition zur Hegelrenaissance in der Weimarer Republik, aber auch zu dem eigenen Werk „Weltbürgertum und Nationalstaat“

aus der Vorkriegszeit. Der idealistische Glaube an die Identität des Wirklichen mit dem Vernünftigen, das heißt dem sittlichen Staat, weicht der pessimistischen Einsicht in die „Dämonie der Macht“ und die dualistische Spannung zwischen ethischen Normen und politischem Handeln, Staatsräson und Humanität. Mit der Besinnung auf die geistesgeschichtlichen Wurzeln des übersteigerten deutschen Machtstaatsdenkens berührte Meinecke zugleich einen zweiten Problemkreis, den geistig-kulturellen Gegensatz zwischen Deutschland und Westeuropa, der in den zwanziger Jahren zu einem Kernthema der Revisionsdebatte wurde. Es sei hier nur an Ernst Troeltsch erinnert, der das Thema „Deutscher Geist und Westeuropa“ in den Mittelpunkt seiner Kulturphilosophie stellte. Unmittelbar auf die Reichsgründung bezogen, wurde diese Fragestellung in der Diskussion über die „Ideen von 1871“⁸⁰⁾ aufgenommen, die allerdings von vornherein damit belastet war, daß sie nicht im Sinne von Meinecke und Troeltsch eine Klärung der eigenen historischen Traditionen im Vergleich mit der rationalen Geschichts- und Staatsauffassung des Westens bewirkte, sondern eher zu einer noch einseitigeren Betonung der spezifisch deutschen Staatsform führte, sei es in kritischer oder apologetischer Absicht. Immerhin beweist die Debatte, daß die alte Ansicht von der Reichsgründung als der Synthese von Macht und Geist zumindest problematisch geworden war.

Den schärfsten Angriff führte Helmuth Plessner in seinem 1935 erschienenen Buch, das in Anlehnung an Nietzsche die These von der „verspäteten Nation“ aufstellte, die die geschichtliche Verzögerung ihrer staatlichen Gründung nicht mehr einzuholen vermochte und so den Anschluß an die politische Aufklärung und den Humanismus der westeuropäischen Staaten verpaßte⁸¹⁾. Aus der Verbindung widersprüchlicher Traditionen — des romantischen Reichsgedankens einerseits und des preußischen Staates andererseits, dessen politischer Aufstieg sich gerade gegen das Reich vollzogen hatte und der durch die konfessionelle Gegenstellung zum Kaiser, durch territoriale Begrenztheit und Landesfürstentum eine eigene Staatsidee nicht entwickelte

⁷⁷⁾ Ebd., S. 4 u. S. 29.

⁷⁸⁾ S. 24.

⁷⁹⁾ F. Meinecke, Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte. Hrsg. u. eingel. v. W. Hofer (1960). Vgl. W. Hofer, Geschichte zwischen Philosophie und Politik (1956).

⁸⁰⁾ Nach dem vieldiskutierten Ausdruck von O. Westphal, Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848—1918 (1930), S. 21.

⁸¹⁾ H. Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes (1962).

— entstand „im europäischen Raum eine Großmacht ohne Staatsidee“⁸²⁾. Diese historisch undifferenzierte Analyse enthielt aber im Grunde nur die Umkehrung der hegelianischen Staatsauffassung, und ein konservativer Historiker wie Otto Westphal hat dann auch aus derselben Perspektive den entgegengesetzten Schluß gezogen. Gerade die rein staatliche Begründung des Bismarckreiches gilt ihm, dem der Staat eine „Veranstaltung des objektiven Geistes“ geblieben war, als Verwirklichung der „Idee“. Gegen den kulturphilosophischen Pessimismus Nietzsches führt er die These von der Eigengesetzlichkeit der Politik ins Feld und kommt zu der dogmatischen Folgerung, daß die Geschichte als Geschichte des Staates ihrem Wesen nach „politische Geschichte und nur politische Geschichte“ sei und bleiben müsse⁸³⁾.

Am konkreten Beispiel der Verfassungssituation des Reiches hat dann Johannes Ziekursch in seiner Darstellung über die Reichsgründung den westlichen Demokratiebegriff als Modell benutzt, um nachzuweisen, daß die „angeblich spezifisch deutsche Staatsform“ der konstitutionellen Regierung über den Parteien im Widerspruch gestanden habe zu dem „die Welt erfüllenden demokratischen Zeitgeist“⁸⁴⁾. Die Reichsverfassung von 1871, die zwar das Parlament weitgehend entmachtete, ihm aber zugleich mit dem allgemeinen Wahlrecht eine Waffe lieferte, die Bismarcks Werk aus den Angeln heben sollte, erscheint ihm als unsichere Kompromißlösung, die nicht nach den Wünschen der Mehrheit des deutschen Volkes ausfiel, sondern allein auf die persönlichen Machtinteressen des Reichskanzlers zugeschnitten war. Das erinnert an die marxistische Kritik des „Scheinkonstitutionalismus“ und der bonapartistischen Methoden Bismarcks; aber andererseits fällt Ziekursch immer wieder in die Sprache der Bismarck-Legende zurück, wenn er die „dämonische Genialität“, den „politischen Genius“, den „Mann der Tat“ oder auch die „Heroenzeit Bismarcks“ rühmt. Der zwiespältige und unausgeglichene Stil charakterisiert auch die berühmte und vielzitierte These der Einleitung in ihrer Mischung aus Pathos und Kritik: „Dem Geist der Zeit entgegen wurde die stolze Burg des neuen deutschen Kaiserreiches erbaut, nicht wie fast alle Monarchien im Laufe der Weltgeschichte durch einen genialen Herrscher geschaffen,

auch nicht von einem Volke in revolutionärem Sturm gegen Fremdherrschaft und Tyrannenmacht erkämpft, sondern ein preußischer Edelmann, Otto von Bismarck, hat mit Titanenkraft das neue Reich errichtet.“⁸⁵⁾

In der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung wurde dann auch Ziekurschs These in ihr Gegenteil verkehrt. In einer Rezension hat Egmont Zechlin 1935 Ziekurschs Verfassungsinterpretation mit der Auffassung von Carl Schmitt verglichen, der gleichfalls, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, den „dilatorischen Formelkompromiß“ des Konstitutionalismus kritisierte, die „verhängnisvolle“ Unterwerfung des preußischen Soldatenstaates und Soldatenvolkes unter die politischen Machtansprüche und Verfassungsbegriffe des liberalen Bürgertums⁸⁶⁾. Zechlin vermittelt zwischen den verschiedenen Ansichten und rechtfertigt seinerseits das Bündnis Bismarcks mit der national-liberalen Bewegung als eine „Kampfgenossenschaft“, die fallen mußte, als ihr Ziel erreicht war: „Es ist die Tragik der deutschen Staatsentwicklung, daß sie hin und her gestoßen wurde zwischen den westeuropäischen liberaldemokratischen Verfassungsbegriffen und aus den deutschen Verhältnissen und Ideen kommenden Ansätzen, die sich mit dem Führerprinzip und der Berufsethik des preußischen Soldatenstaates zu organischem Aufbau hätten verbinden können.“⁸⁷⁾ Bismarcks berufsständische Pläne, die im Obrigkeitsstaat von 1871 scheiterten, erscheinen als Ausweg, um den Staat, der als „das sittlich Ganze“ für sein Dasein kämpft und diesem Existenzkampf alle individuellen und sozialen Bestrebungen autoritär unterwirft, dennoch mit der „Volksgemeinschaft“ funktionell zu verbinden — eine „Überwindung des Parteiwesens“, die erst dem Nationalsozialismus habe gelingen können.

So aber geriet die Diskussion über die „Ideen von 1871“ in den Sog der NS-Ideologie. Der „Genius“ Bismarcks wurde von dem „Geist der Zeit“ überwunden, weil sein Reich im Zeitalter der Massendemokratie an dem „Mangel eines sozialen Ideals“ und an dem „Mangel eines völkischen Ziels“ zerbrechen mußte⁸⁸⁾. Erst

⁸²⁾ Ebd., S. 39.

⁸³⁾ Feinde Bismarcks, S. 286.

⁸⁴⁾ J. Ziekursch, Die Reichsgründung (1925), S. 4.

⁸⁵⁾ Ebd., S. 3.

⁸⁶⁾ C. Schmitt, Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches (1934).

⁸⁷⁾ E. Zechlin, Zur Kritik und Wertung des Bismarckreiches. Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung 10 (1934), S. 542.

⁸⁸⁾ K. A. v. Müller, Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten (1935), S. 26 f.

das Dritte Reich findet nach dieser Interpretation die Synthese zwischen Macht und Geist, das heißt zwischen Führerstaat und deutschem Volkstum.

Es wird im folgenden zu zeigen sein, daß auch die Diskussion über die außenpolitische Stellung des Bismarckreiches, die mit der von allen Parteien und Richtungen vertretenen Anschlußforderung Deutsch-Österreichs einen politisch höchst aktuellen Bezug gewann, schließlich von der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung aufgegriffen wurde. Ließ sich der Bruch in der innenpolitischen Entwicklung nur durch ein restauratives Wunschdenken überbrücken, das die Realität von 1918 ebenso mißverstand wie die Wende von 1933, so konnte die außenpolitische Katastrophe von 1918/19 in ein schicksalhaftes Geschehen umgedeutet werden, das trotz allem den inneren Zusammenhang der Epochen wiederherzustellen schien. Für Hermann Oncken liegt der „Sinn der deutschen Geschichte“ in der über alle Verluste immer wieder neue und reichere Möglichkeiten erschließenden Dynamik des „dauernden Werdens“, das nun, nach dem Zusammenbruch von 1918 die „Wiedergeburt der großdeutschen Idee“ als „reichste Frucht“ des nationalen Unglücks eingebracht habe⁸⁹⁾. Die deutsche Geschichte wird zum „Schicksal“, zur leitenden „Schicksalsmacht“, deren geheimnisvoller „Sinn“ und deren „Ziele“ aus der Betrachtung der besonders durch die „Mittellage bedingten Auf- und Niedergänge von Zeit zu Zeit herausgeahnt werden können“⁹⁰⁾. Im „Auf- und Niedergang des deutschen Schicksals“ bildet die Reichsgründung eine „Durchgangsstufe“ zur Vollendung des Nationalstaats⁹¹⁾. So entsteht eine modifizierte teleologische Geschichtskonzeption, die zwar das Bismarckreich als vergängliches historisches Gebilde wertet, aber zugleich an der Verabsolutierung der Nation, die sich in der Stufenfolge der deutschen Geschichte in immer neuen und höheren Formen verwirklicht, festhält. Die „tragische“ Notwendigkeit der kleindeutschen Lösung Bismarcks, die erst die Voraussetzung schuf für die höhere Stufe der Selbstrealisie-

rung der Nation, wird auch jetzt nicht in Frage gestellt⁹²⁾.

Dennoch hat die Auseinandersetzung um das Problem der außenpolitischen Kontinuität der deutschen Geschichte das Urteil über die politische Zielsetzung Bismarcks in einem entscheidenden Punkt differenziert. Sowohl Oncken wie Meinecke haben den Rhythmus der nationalen Entwicklung, das „rätselhafte Fluten und Nicht-zur-Ruhe-Kommen“ im schicksalhaften Geschichtsverlauf auf eine gleichbleibende außenpolitische Bedingtheit zurückgeführt, auf das seit dem Mittelalter geltende „Lebensgesetz der geographischen Mittellage“ des Reiches⁹³⁾. Trotz der scharfen Kritik am preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat kommt Meinecke von hier aus doch zu dem Schluß, daß es kein „Irrlicht“ gewesen sei, sondern „Schicksal“, das die deutsche Geschichte auf den Weg zum einheitlichen Machtstaat führte: „Es war die geopolitische Lage Deutschlands in Mitteleuropa, die uns die Alternative aufzwang, entweder Depressionsgebiet zu bleiben oder Machtstaat zu werden.“⁹⁴⁾ Obgleich damit die Reichsgründung erneut unter den Primat der Außenpolitik gestellt wird, die das innenpolitische „Schicksal“ allein bestimmte — Oncken lehnt in diesem Zusammenhang die „vereinfachenden Methoden sozialer und soziologischer Theorien“ ausdrücklich ab⁹⁵⁾ —, gelingt es der vergleichenden Analyse dennoch, Bismarcks Lösungsversuch nicht allein unter dem machtstaatlichen Aspekt zu deuten.

Oncken entdeckt die konservativen Züge im außenpolitischen System Bismarcks, das er mit dem konservativen Staatensystem Metternichs vergleicht⁹⁶⁾. Wie der Begründer des Deutschen Bundes stand Bismarck von 1866 bis 1871 vor der Aufgabe, durch die Neuorganisation der deutschen Mitte zugleich eine europäische Friedensordnung zu schaffen. Das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 be-

⁸⁹⁾ Vgl. auch G. Ritter, Bismarcks Reichsgründung und die Aufgaben deutscher Zukunft. Ein Wort an Bismarcks „Großdeutsche“ Kritiker (1928).

⁹⁰⁾ Oncken, Der Sinn der deutschen Geschichte, S. 19 ff.

⁹¹⁾ So noch die Formulierung in der nach dem 2. Weltkrieg erschienenen Schrift: Vom geschichtlichen Sinn und vom Sinn der deutschen Geschichte (1951), S. 126. Nach der Revolution, S. 30.

⁹²⁾ Nation und Geschichte, S. 21.

⁹³⁾ Die konservativen Züge der Außenpolitik werden dann besonders betont in der wichtigen Studie von R. Stadelmann, Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik (1933).

⁸⁹⁾ Der Sinn der deutschen Geschichte, a. a. O., S. 42. Vgl. Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee (1920), Nation und Geschichte, S. 45 ff. Vgl. Krill, a. a. O., S. 247 ff.

⁹⁰⁾ Siehe den Abschnitt: Das deutsche Schicksal, ebd., S. 3 ff.

⁹¹⁾ E. Marcks, Auf- und Niedergang im deutschen Schicksal (1927).

stätigt, daß Bismarck beide Traditionen verband, die konservative, mitteleuropäisch orientierte Politik Metternichs und die Politik des geschlossenen kleindeutschen Nationalstaats. Bismarck erscheint nicht mehr als rücksichtsloser Gewaltpolitiker, der nur im Sinn der preußischen, das heißt deutschen Machtinteressen handelte, vielmehr wird hinter dem deutschen Reichsgründer der „konservative Staatsmann“ sichtbar, „ein guter Europäer von universalem Weitblick und tiefem Verantwortungsgefühl“. Schon 1870/71 sei es Bismarcks Ziel gewesen, die gewonnene Macht der Mitte zur Sicherung des europäischen Friedens zu nutzen⁹⁷⁾. Gerade im Hinblick auf den „Realismus Bismarckschen Stiles“⁹⁸⁾ hat Oncken wie auch Meinecke aus der geschichtlichen Erfahrung zugleich die politische Konsequenz gezogen und die Locarno- und Völkerbundspolitik der Weimarer Republik anerkannt.

Die Gegenüberstellung und Würdigung der beiden Lösungsversuche der deutschen Frage durch Metternich und Bismarck war zugleich ein Ergebnis der „gesamtdeutschen Geschichtsauffassung“, ein von dem österreichischen Historiker Heinrich von Srbik geprägter Ausdruck für ein neues Geschichtsbild, in dessen Mittelpunkt die politische Organisation „des deutschen Volkes“ in Mitteleuropa stand, die nicht mehr einseitig vom kleindeutsch-preußischen oder großdeutsch-österreichischen Standort aus, sondern aus „gesamtdeutscher“ Sicht verstanden und bewertet werden sollte. In diesem Deutungsversuch, der nicht allein den nationalstaatlichen Zusammenschluß gelten ließ, sondern auch die universalistisch-mitteleuropäische Tradition des alten Reiches, die der Deutsche Bund als Erbe übernahm und fortführte, zum gleichwertigen Maßstab erhob, wurde die kleindeutsche Vorgeschichte und Geschichte der Reichsgründung erweitert durch die Frage nach der Wirkung der 1866 „besiegten Idee“. Die beiden großen Gesamtdarstellungen über die Reichsgründung aus der Zeit nach 1918, Erich Marcks' Alterswerk „Der Aufstieg des Reiches“ und Sribiks vierbändige Darstellung über die „Deutsche Einheit“, haben sich von verschiedenen Ausgangstellungen her mit eben diesem neuen Aspekt

⁹⁷⁾ Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft (1926), Nation und Geschichte, S. 83.

⁹⁸⁾ Ebd., S. 86.

auseinandergesetzt⁹⁹⁾. Für Marcks steht weiterhin der Staat und die „Verkörperung des Staates“ durch Bismarck im Mittelpunkt; Srbik bekennt sich von vornherein zu dem neuen völkischen Ideal: Das „deutsche Volk und die deutsche Erde“ bedeuten ihm „höchste Wirklichkeit und höchsten Wert“¹⁰⁰⁾. In beiden Werken — bei Marcks in der Verabsolutierung des autoritären Staatsgedankens, bei Srbik in der Hervorhebung des Volkspinzips — zeigt sich die Annäherung des nationalkonservativen Denkens an den Nationalsozialismus.

Es ist dennoch nicht zu verkennen, daß die gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung bei aller Fragwürdigkeit ihrer Ideologie zu einer Verbreiterung des methodischen Ansatzes führte, die im Verdikt der modernen Strukturgeschichte über die politische Ereignisgeschichte der älteren Forschung gemeinhin übersehen wird. Srbik wie Marcks lehnen die rein etatistische, diplomatiegeschichtlich orientierte Darstellung eines Erich Brandenburg ab. Marcks will die „Gesamtentwicklung des deutschen Daseins“ schildern, freilich auch weiterhin unter dem beherrschenden Gesichtspunkt „des staatlichen Werdens“, für das alle anderen „Kräfte notwendiger Mitwirkung“ in Wirtschaft, Gesellschaft, Verfassung und Geistesleben nur „Tragekräfte“ und „Wesensergänzungen“ bilden¹⁰¹⁾. Sribiks Ziel ist es, „die Ganzheit des über den Staaten lebenden deutschen Volkes“ „seelisch-politisch zu verstehen“, eine „deutsche Volksgeschichte“ also, die nicht nur unter dem historisch-politischen und ideengeschichtlichen Aspekt, sondern auch unter dem geopolitischen, wirtschafts- und

⁹⁹⁾ E. Marcks, Der Aufstieg des Reiches. Deutsche Geschichte von 1807 bis 1870/78 (2 Bde. 1936). H. Ritter v. Srbik, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz (4 Bde. 1935—1942).

¹⁰⁰⁾ Vgl. den programmatischen Aufsatz: Zur gesamtdeutschen Geschichtsauffassung, HZ 156 (1937), S. 230. Srbik setzt sich hier mit den Angriffen der kleindeutschen Historiker auseinander: F. Hartung, Preußen und die deutsche Einheit. Forschungen zur Brandenburgischen u. Preußischen Geschichte 49 (1937), S. 1—21; E. Brandenburg, Deutsche Einheit, Hist. Vjschr. 30 (1936) S. 757—770. Zur gesamtdeutschen Geschichtsauffassung vgl. ferner: W. Andreas, Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens (1924). W. Schüßler, Deutsche Einheit und gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung. Aufsätze und Reden (1937).

¹⁰¹⁾ Der Aufstieg des Reiches, Bd. 1, S. XIII.

sozialgeschichtlichen Gesichtspunkt untersucht werden soll ¹⁰²⁾).

Das Kernthema beider Darstellungen bildet das österreichisch-preußische Problem, verknüpft mit der „geopolitischen Schicksalslage“ Deutschlands in der Mitte Europas ¹⁰³⁾. Gerade aus der „räumlichen, völkischen“ und „staatlichen“ Sicht der gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung kommt Marcks zu dem Resultat, daß der „Reichsaufstieg“ zur kleindeutschen Einheit ein „Sachbestand der Wirklichkeit“ sei, der nicht hinwegdiskutiert werden könne, auch wenn er sich zu der Einsicht durchringt, daß die Trennung von Österreich 1866 nur „eine Stufe der deutschen Entwicklung“ bildet, von der „auch der jene Notwendigkeit Anerkennende sehnsüchtig hofft, daß sie zu Bildungen gesamtdeutscher Zukunft emporführen werde“ ¹⁰⁴⁾. Die Gliederung der Darstellung in eine „Stufenfolge“ der politischen Aufwärtsentwicklung bis zum „geschichtlichen Gipfelpunkt“ der Reichsgründung — die Metaphern „Stufe“, „Vorstufe“, „Zwischenstufe“, „Durchgangsstufe“ werden ermüdend häufig benutzt — ist charakteristisch für die zielbestimmte Wertung von Marcks.

Bezeichnenderweise beginnt die notwendig auf 1871 hinführende Entwicklungslinie mit der preußischen Reformzeit, die von vornherein den „Vorsprung“ Preußens vor Österreich festlegt. Die Wiederherstellung der Staatenwelt Europas 1815 und die „Friedensordnung“ Metternichs wird zwar eingehend gewürdigt, aber andererseits vertritt Marcks gegen Srbik die Ansicht, daß die großdeutsch-mitteleuropäischen Pläne — „wenn sie je bestanden“! — kaum entfaltet worden seien. Der Deutsche Bund blieb „leere Schale“, während Preußen seit 1807 und 1813 „die lebendigste nationale Kraft“ verkörperte, die allein in die Zukunft wies: „Es geschah, was geschehen mußte.“ ¹⁰⁵⁾ Der wirtschaftspolitische Aufschwung Preußens im „Mit- und Gegeneinander der deutschen Staaten“, die Gründung des Zollvereins, die außenpolitischen Ereignisse der vierziger Jahre, die Revolution von 1848 als die notwendig scheiternde „Vorstufe“ zur Reichs-

gründung, zerschlugen die zusammenhaltende Macht des konservativen Systems Metternichs. Der „deutsche Gang“ konnte sich nur gegen Habsburg vollziehen, auch wenn Österreich „völkisch, seelisch, kulturell“ zur deutschen Welt gehörte: „So stand es in den Sternen geschrieben.“ ¹⁰⁶⁾

Das teleologische Kontinuitätsdenken wird hier und an vielen anderen Stellen von einem pathetischen Schicksalsglauben überlagert, der die Reichsgründungsgeschichte in eine säkularisierte Heilsgeschichte verwandelt. Bismarck erhält messianische Züge, die an den Führerkult nach 1933 erinnern: „Und die Geschichte der Reichsgründung erweitert sich oder verengert sich seit seinem Eintritte in die Macht fast zur Geschichte Bismarcks: dessen, der alles gewollt und alles getan hat, der dann alles verkörperte, die werdende und die erstandene Nation; dessen Staatsmannschaft sich als souveräne Gewalt über alle anderen hob. . . . Wer die Wirklichkeit nicht verstümmeln will, muß da die persönliche des obersten Führers in die, vor die erste Reihe stellen, als handelnde und schaffende Macht ganz für sich allein.“ ¹⁰⁷⁾

Bei der Deutung der Bismarckschen Außenpolitik in den „Gipfeljahren der Reichsgründung“ 1864 bis 1870 schildert auch Marcks den „konservativen Revolutionär“, der zwar den Deutschen Bund zerschlug, der aber dennoch als Nachfolger Metternichs und „aller großen europäischen Staatsmänner“ „in vollem Bewußtsein europäisch orientiert“ war und seine Pläne und Ziele „in den Rahmen eines bleibenden Europas“ stellte ¹⁰⁸⁾. Entsprechend wird das „Rätsel der dualistischen Politik“ vor 1866 sehr vorsichtig umschrieben und „ein gut Stück anständiger Ernsthaftigkeit“ ¹⁰⁹⁾ in dem Verständigungsversuch mit Österreich nicht ausgeschlossen, auch wenn Marcks immer wieder betont, daß Bismarck in den Jahren 1863 bis 1865 wie beim deutsch-österreichischen Bündnis 1879 „großmächtige und nicht großdeutsche Politik“ betrieb ¹¹⁰⁾. Der Deutsch-

¹⁰²⁾ Ebd., S. 161 f.

¹⁰³⁾ Ebd., S. XIII f.

¹⁰⁴⁾ Marcks konnte hier die großen, nach 1920 erschienenen Aktenpublikationen zur Außenpolitik benutzen; u. a. die Friedrichruher Ausgabe der Werke Bismarcks. Marcks, Der Aufstieg des Reiches, Bd. 1, S. 82; Bd. 2, S. 380 f.

¹⁰⁵⁾ Bd. 2, S. 119; S. 125. Ähnlich auch Srbik, Bd. 4, S. 274 ff.

¹⁰⁶⁾ Der Aufstieg des Reiches, Bd. 2, S. 606.

¹⁰²⁾ Zur gesamtdeutschen Geschichtsauffassung, S. 229 f.; Deutsche Einheit, Bd. 1, S. 11.

¹⁰³⁾ Deutsche Einheit, Bd. 1, S. 9; Der Aufstieg des Reiches, Bd. 1, S. 5.

¹⁰⁴⁾ Der Aufstieg des Reiches, Bd. 1, S. XIII ff.

¹⁰⁵⁾ Ebd., S. 102.

Französische Krieg erscheint als ein bellum iustum für „das innerste Lebensrecht des wiedererstandenen Deutschlands“ und gegen den Expansionstrieb Frankreichs, der die europäische Ordnung zu zerstören drohte ¹¹¹).

Die bei Srbik aufgezeigten Entwicklungslinien, die auf das „Schicksalsjahr“ 1866 und den Ausschluß Österreichs hinauslaufen, werden dagegen von dem Leitgedanken bestimmt, daß „die mitteleuropäische Idee“ eine „Notwendigkeit“ für das deutsche Volk, ja für die Welt bedeutete und bedeutet ¹¹²). Insofern entwirft Srbik ein Gegenbild zur Darstellung von Marcks, obgleich auch er die Unvermeidlichkeit der kleindeutschen Nationalstaatsgründung — nicht als „Enderfüllung“ und „Lösung des ewigen deutschen Problems“, wohl aber als „bedeutsame Wegstrecke“ zur gesamtdeutschen Einigung — anerkennt ¹¹³). Es geht ihm nicht darum, *politische* Alternativmöglichkeiten herauszufinden — Srbik teilt durchaus Marcks' Ansicht über den „Sachbestand der Wirklichkeit“ —, sondern darum, die Berechtigung der „tragenden Ideen“ „in dem Nebeneinander, Nacheinander und Gegeneinander des universalen, des mitteleuropäischen und des nationalstaatlichen Moments“ nachzuweisen ¹¹⁴). Von dieser Zielsetzung her gliedert sich die Darstellung, eine von der mitteleuropäischen Idee her gesehene absteigende Linie: Der römisch-deutsche Reichsgedanke weicht dem säkularisierten Gedanken einer Staaten-gesellschaft in einem politisch-föderierten Mitteleuropa unter österreichischem Primat im Zeitalter Metternichs; 1848 verteidigt Schwarzenberg mit seinem gesamtösterreichisch-mitteleuropäischen Projekt — „eine Idee von erstaunlicher Kühnheit“ — das alte universalistische Erbe gegen die „lebendigen Zeitkräfte“; nach Olmütz und Dresden wandelt sich der politische in den ökonomischen Mitteleuropaplan — an dieser Stelle wird übrigens auch das wirtschaftspolitische Ringen um die Zollunion ausführlich geschildert —; im erneuerten Bund bewahren die Bundesreformpläne Österreichs und der Mittelstaaten trotz der einzelstaatlichen, partikularistischen und trialistischen Tendenzen die „gesamtdeutsche“ Tradition. Schließlich folgt als großer Höhe-

punkt der Frankfurter Fürstentag 1863, „der letzte von Ernst und echter Tragik erfüllte großdeutsche, von Österreich geleitete Versuch, dem alten Bund neue Lebenskräfte einzuflößen.“ „In Frankfurt suchte noch einmal die deutsche Vergangenheit den Weg zur Zukunft und konnte ihn nicht finden.“ ¹¹⁵) Nach der „Atempause“ der preußisch-österreichischen Allianz in der Schleswig-Holstein-Frage fällt die „Entscheidung“ im „Bruderkrieg“ von 1866: „Mitteleuropa droht in Flammen aufzugehen.“ ¹¹⁶)

Das zusammenfassende Urteil über das 1871 gegründete Reich ergibt sich aus der Differenz der Themenauswahl und des Wertmaßstabes. Auch Marcks verschließt sich nicht der Problematik des neuen Nationalstaats, dessen gesellschaftliche Spannungen und dessen außenpolitische Bedrohungen im „Zeitalter der Massengewalten“ das erreichte Ziel doch wieder in Frage stellen. Der Niedergang der bürgerlichen Kultur, die „ihre bestimmende schöpferische Kraft verlor“, wird zum Signum der Jahre nach 1871, so daß von einer Synthese von Macht und Geist nicht mehr länger die Rede sein kann ¹¹⁷). Dennoch nimmt Marcks seine kritischen Vorbehalte wieder zurück, wenn er den Bruch Bismarcks mit dem liberalen Bürgertum 1878/79 als „erste große Wende auf das Heute zu“ begrüßt, weil damals „der reine Staat mit seinem Heere und seiner Politik als eigentlicher Führer des Einheitswerks voran trat — der Staat in der Persönlichkeit Bismarcks“ ¹¹⁸). Seine „Führerschaft“ garantiert allein über alle sozialen und politischen Spannungen hinweg die Einheit der Nation, die er verkörpert.

Daß hier das Führerprinzip als der Weisheit letzter Schluß gepriesen wird, erscheint uns heute bedenklich genug. In letzter Konsequenz führte diese Deutung zur nationalsozialistischen Interpretation der Reichsgründung, die nur noch das „Reich als Tat“ feierte, die alles historische Kontinuitätsdenken, als habe Bismarck lediglich den Einheitstraum der Nation verwirklicht, über Bord warf, und die „einsame Größe der Führertat“, die — nach Alfred Baeumler — Bismarck mit Hitler verbindet, al-

¹¹¹) Ähnlich die Interpretation Onckens, Nation und Geschichte, S. 78 ff.

¹¹²) Deutsche Einheit, Bd. 2, S. 137.

¹¹³) Ebd., Bd. 1, S. 8.

¹¹⁴) Ebd., S. 9.

¹¹⁵) Ebd., Bd. 4, S. 39 u. S. 76.

¹¹⁶) Ebd., S. 366.

¹¹⁷) Der Aufstieg des Reiches, Bd. 2, S. 607.

¹¹⁸) Bd. 1, S. XII f.

lein gelten ließ¹¹⁹⁾. Ein nationalsozialistischer Historiker wie Christoph Steding, Mitarbeiter Walter Franks am „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland“, lehnte dann auch die Kulturkritik am Bismarckreich als „unpolitisch“ ab: „Bismarck ist der deutsche Gedanke als politische Tat.“ In diesem Sinn wird die Kluft zwischen „Macht“ und „Geist“ überwunden. Die „große Tat“ einer neuen Reichsschöpfung lege zugleich den Grund für eine neue „schöpferische Kultur“: „Der Nationalsozialismus ist ein Instinktausbruch des deutschen Volkes. Und der wird sich durchzusetzen wissen: das allein entscheidet.“¹²⁰⁾

Auf andere Weise hat Srbiks Urteil gleichfalls der NS-Ideologie die historischen Argumente geliefert. Srbik bestreitet, daß der „geschlossene Nationalstaat von 1871“, „die bewundernswerte Schöpfung eines Genies“, ein „Reich“ und eine europäische Ordnungsmacht gebildet habe, denn ihm fehlte „die metaphysische Idee“. Nicht weil das Bismarckreich „gegen den Geist der Zeit“ im Sinne Ziekurschs gegründet worden war, sondern weil es kein Fundament in einem einheitlichen Volkstum besaß, weil Staat und Volk, Staat und Geist

auseinanderbrachen, mußte es „dem höheren Gebot des Sterbens und Werdens“ weichen¹²¹⁾. Der Volksbegriff Srbiks bleibt an den geschichtlichen Reichsgedanken gebunden, aber er hat dann 1941 im Vorwort zum dritten Band die „Angliederung“ Österreichs unter Preisgabe seiner eigenen föderalistischen Konzeption doch als Erfüllung der „metaphysischen“ Reichsidee begrüßt. Volkstumsideologen der gesamtdeutschen Geschichtsauffassung haben schließlich Volk und Rasse gleichgesetzt, eine Identifizierung, die Srbik selbst wie viele andere nationalkonservative Historiker ablehnte. Die deutsche Reichsgeschichte, so schrieb Gerhard Krüger in seiner Polemik gegen Srbiks „universalistischen“ Reichsgedanken, sei bestimmt „durch die blutliche, charakterliche Substanz ihres germanischen Erbes“. In diesem Sinne hätte Srbik seine Auffassung, daß „die Einheit der volklichen Substanz das bestimmende Moment“ in der deutschen Geschichte sei, erweitern sollen: „Das Blut ist die Grundlage der Reichsbildung.“¹²²⁾ Die historische Diskussion über die „Deutsche Einheit“ wird damit praktisch abgebrochen. An die Stelle der Geschichtsschreibung tritt der Mythos des Blutes und der Rasse.

Die Krise des Nationalstaats

Die Entwicklung der Geschichtsschreibung nach 1918 und vor allem nach 1933 könnte zu einem pessimistischen Urteil über die allzu enge Beziehung zwischen politischer Überzeugung und historischem Denken verleiten; aber andererseits stellt sich doch umgekehrt die Frage, ob nicht zunächst die latente Opposition gegen die Weimarer Republik und die Abkehr von den Gegenwartsproblemen eine rechtzeitige Distanzierung und Kontrolle der überlieferten Werturteile verhindert haben. Die Ausnahmen, wie Friedrich Meinecke und

Hermann Oncken, die beide das NS-Regime von vornherein ablehnten, bestätigten, daß gerade die politische Neuorientierung nach 1918 ein kritisches historisches Selbstverständnis ermöglichte. Erst die Flucht in die Vergangenheit bewirkte die verhängnisvollen Fehlurteile. Hinzu kam die Paradoxie, daß 1918/19 zugleich mit dem übernationalen Völkerbundsplan das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert worden war, so daß die Hoffnung auf die Restauration des Nationalstaats in seiner großdeutsch-völkischen Form berechtigt schien — eine sehr verführerische

¹¹⁹⁾ A. Baeumler, Das Reich als Tat. Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin am 18. Januar 1934 (1934); vgl. besonders S. 9 f.

¹²⁰⁾ Chr. Steding, Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur (1938), S. XXXI, S. 570; vgl. auch: Reich und Reichsfeinde. Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland (4 Bde. 1941—1943).

¹²¹⁾ Deutsche Einheit, Bd. 4, S. 468 ff., besonders S. 479.

¹²²⁾ G. Krüger, Um den Reichsgedanken, HZ 165 (1942), S. 462 f. Vgl. Herzfeld, Staat und Nation, S. 140 ff. Vgl. den Rückblick Srbiks, Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart. Bd. 2 (1951), S. 337 ff.

Alternative, die der Historikergeneration nach 1945 von vornherein erspart blieb. Angesichts der grauenhaften Übersteigerung des Nationalstaatsgedankens im Dritten Reich, die in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges führte, erledigte sich die Frage, ob Kontinuität oder Neubeginn, die 1918 von so großer Bedeutung gewesen war, gewissermaßen von selbst. Die Hoffnung auf die Restauration als Heilmittel war ebenso gründlich zerstört wie der Glaube an die normative Gültigkeit des Nationalstaats. In der „Krise des Nationalstaats“ wurde der Eigenwert des Nationalen selbst relativiert¹²³⁾.

Es lag nahe, daß die radikale Erschütterung des historischen Selbstverständnisses die Gefahr einer extremen Umkehrung früherer Anschauungen mit sich brachte, die bis heute noch nicht ganz überwunden ist. Eine moralisierende Geschichtsbetrachtung, die nicht minder einseitig die deutsche Entwicklung auf das Jahr 1933 hin orientierte, konnte die 1871 gefundene Lösung schlechthin als „ungesund“ verwerfen, weil — nach Golo Mann — „der Ursprung der neuen Macht gewalttätig, die Verfassung rudimentär schief, die Gesellschaft zänkisch, die Regierung cäsaristisch, Macht und Erfolg der neue Gott dieses Staates“ waren. Das Bismarckreich wurde nun „als ein stark verkrüppelter Nationalstaat“ bezeichnet, „mit unheilvollen Expansionstendenzen“ belastet¹²⁴⁾.

Der gleichen vehemente Angriffe auf das überlieferte Geschichtsbild, die im Grunde nur die Apologie durch eine Polemik ersetzen — auch wenn die größten Auswüchse dieser Betrachtungsweise, etwa die Konstruktion einer Kontinuität von Friedrich dem Großen über Bismarck zu Hitler, in der deutschen Geschichtsschreibung vermieden wurden —, stießen in der Fachhistorie sehr bald auf Widerspruch. Auf der Suche nach neuen Kategorien und Wertmaßstäben wurden in einer vorsichtigeren Auseinandersetzung die kritischen Ansätze der älteren Forschung weitergeführt und historisch differenziert. So fand Theodor

Schieder in der Kategorie der „Unvollendetheit“ anstelle der von Plessner verwandten Formel „verspätete Nation“ das entscheidende Kriterium der deutschen Nationalstaatsgeschichte¹²⁵⁾. Die Unvollendetheit des Nationalstaats, des Verfassungsstaats und des Kulturstaats wurde nun als Fazit der Reichsgründungsgeschichte nüchtern konstatiert. Ebenso hat Rudolf Stadelmann die Frage nach den historischen Gründen des Gegensatzes zwischen „Deutschland und Westeuropa“ neu gestellt und die deutsche Sonderentwicklung einer „Revolution von oben“ bis in die Zeit des aufgeklärten Absolutismus zurückverfolgt: „Nicht die deutsche Reaktion, sondern der deutsche Fortschritt hat Deutschland gegenüber dem Westen zurückgeworfen.“ Der Appell an ein europäisches Denken, an „das, was der abendländischen Welt zwischen 1770 und 1800 gemeinsam war“, bezeugt, wie stark unmittelbar nach 1945 die Überwindung des nationalstaatlichen Denkens als Postulat empfunden wurde¹²⁶⁾.

Es ist kein Zufall, daß parallel zur Diskussion über die „Krise des Nationalstaats“ in den fünfziger Jahren die Kontroverse über das „Problem Bismarck“ begann; denn, losgelöst von dem rein biographischen Aspekt und der vordergründigen Identifizierung des Reichsgründers mit seinem Werk, spiegelt das Bismarckproblem, so wie es in der jüngeren Forschung dargestellt wurde, im Grunde nichts anderes als die allgemeine Problematik der deutschen Nationalstaatsgeschichte. Ausgehend von den beiden Bismarckbiographien von Arnold Oskar Meyer und Erich Eyck¹²⁷⁾, führte die Diskussion zu einer kritischen Auseinandersetzung über die konservativen Grundlagen der Bismarckschen Staatsauffassung. Während Arnold Oskar Meyer noch einmal im alten Stil der Bismarckverehrung den nationaldeutschen(!) Staatsmann glorifizierte, der gemeinsam mit dem deutschen Volk(!) den Nationalstaat errichtete, hat Erich Eyck von seinem linksliberalen Standort aus

¹²³⁾ H. Rothfels, Zur Krise des Nationalstaats, VjhZG 1 (1953), S. 138—152.

¹²⁴⁾ Vgl. hierzu auch: H. Böhme, Probleme der Reichsgründungszeit 1848—1879 (1968), Einleitung S. 12 f.; G. Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (1958), S. 426 ff.

¹²⁵⁾ Th. Schieder, Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, HZ 192 (1961), S. 1—16. Ders., Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat (1961).

¹²⁶⁾ Deutschland und Westeuropa (1948), S. 11—33.

¹²⁷⁾ A. O. Meyer, Bismarck. Der Mensch und der Staatsmann (1944). E. Eyck, Bismarck. Leben und Werk (3 Bde. 1941—44).

gerade den Kompromißcharakter des Bündnisses zwischen Bismarck und der liberalen Bewegung besonders scharf betont und die Genthesse aufgestellt, daß Bismarcks geniale, aber reaktionäre, von junkerlichen Standesinteressen bestimmte Politik die nationale Einigung auf freiheitlichem und friedlichem Wege gerade durchkreuzt habe.

Hieran anknüpfend hat Franz Schnabel Eycks Kritik an den machiavellistischen Methoden Bismarcks auf die kleindeutsche Reichsgründung selbst übertragen, die eben nur als Ergebnis einer Politik angesehen und bewertet werden könne, die sich allein „auf die Mittel der alten Monarchie, auf wechselnde Allianzen, auf das Wettrüsten, auf systematische Mehrung der Einkünfte, auf die Methoden der klassischen Diplomatie — also Militarismus, Kapitalismus, Machiavellismus“ gestützt habe¹²⁸). Darüber hinaus stellte Schnabel die für den weiteren Verlauf der Kontroverse entscheidende Frage nach der politischen Alternative, die Frage also, ob überhaupt die freie Wahl der Mittel und Ziele möglich gewesen sei. Seine These, daß die mitteleuropäisch-föderalistische Konzeption von Constantin Frantz im Gegensatz zu der „ganz unhistorischen Konzeption“ Bismarcks eine in der geschichtlichen Tradition verwurzelte Alternativlösung der deutschen Frage angeboten habe, wurde freilich von der Mehrzahl der Historiker mit guten Gründen abgelehnt; einmal, weil eine übernationale mitteleuropäische Machtbildung außenpolitisch kaum realisierbar gewesen wäre, zum anderen, weil eine großdeutsch-föderalistische Politik nach der Vorentscheidung von 1848 unvermeidlich den Widerstand des aufstrebenden liberalen Bürgertums provoziert hätte¹²⁹). Abgesehen davon, erscheint es doch mehr als zweifelhaft, ob gerade die von Frantz propagierte „germani-

sche Allianz“ mit ihren pangermanischen Zügen jene Irrwege der Machtpolitik vermieden hätte, die Schnabel Bismarck und seinen Nachfolgern vorwarf¹³⁰). Theodor Schieder hat in seinem Beitrag zum Bismarckproblem darauf hingewiesen, daß vielmehr auch Bismarcks Bündnissystem, wie es in dem berühmten Kissinger Diktat von 1877 konzipiert wurde, mit dem Gedanken der Friedenssicherung in einem Europa der Interessenbegrenzung der einzelnen Mächte einen „europäischen Aspekt“ zurückgewonnen habe¹³¹). So aber tendierte die vorherrschende Ansicht eher zu dem Urteil, daß die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage, so problematisch sie sein mochte, doch die Logik der geschichtlichen Entwicklung für sich hatte.

Es blieb der Versuch, den Vorwurf des reinen Machiavellismus, der die einzige Grundlage des Reiches gebildet habe, zu widerlegen oder doch wenigstens zu mildern. Eine Fülle von Einzeluntersuchungen über Bismarcks „Ettismus“, „Bismarcks Glaube“, sein „Ethos“, seine „Verantwortlichkeit“, seinen „Royalismus“ diente dem Nachweis, daß die konservative und christlich-ethische Grundhaltung des Staatsmannes eine angeblich bindingslose Realistik ausschloß¹³²). Gerade „der Bismarcksche Primat des Staatlichen vor dem Nationalen“ habe — nach Hans Rothfels — in der Innen- wie Außenpolitik ein mäßiges und ordnendes Prinzip dargestellt¹³³). Vom liberalen Standpunkt her gesehen, wird freilich diese Argumentation nie ganz überzeugen. Denn es bleibt doch die Frage, ob nicht Bismarcks nüchterner und undoktrinärer Konservatismus gerade den Machiavellismus als

¹²⁸) Besonders in den frühen Schriften von Constantin Frantz werden die pangermanischen Züge deutlich sichtbar. In seinem „Quid faciamus nos?“ (1858) sollte die „germanische Allianz“ die Niederlande, Schweden und Dänemark mit einbeziehen!

¹³¹) Th. Schieder, Bismarck und Europa. Ein Beitrag zum Bismarck-Problem. In: Deutschland und Europa. Festschrift f. Hans Rothfels (1951), S. 15 ff.

¹³²) Vgl. u. a.: H. Rothfels, Bismarck und der Staat (1953). F. Pahlmann, Der Stand des Gesprächs über Bismarcks Glaube, GWU 7 (1956), S. 207 ff. (Forschungsbericht über die Arbeiten Kaehlers, Schüßlers, Muralt); O. Voßler, Bismarcks Ethos, HZ 191 (1951), S. 263 ff.; L. v. Muralt, Bismarcks Verantwortlichkeit (1955); G. A. Rein, Bismarcks Royalismus, GWU 5 (1954), S. 331 ff.

¹³³) Rothfels, Bismarck und der Staat, S. XIX u. S. XXXVII.

¹²⁸) F. Schnabel, Das Problem Bismarck. Hochland 42 (1949/50), S. 1 ff. Ders., Bismarck und die Nationen. In: Europa und der Nationalismus (1950), S. 91 ff. (Zitat ebd., S. 105 f.).

¹²⁹) Vgl. u. a.: G. Ritter, Das Bismarckproblem, Merkur 4 (1950), S. 657 ff.; W. Schüßler, Noch einmal: Bismarck und die Nationen, Nouvelle Clío 1/2 (1950), S. 432 ff.; Ders., Der geschichtliche Standort Bismarcks. In: Um das deutsche Geschichtsbild (1953), S. 99 ff.; W. Mommsen, Der Kampf um das Bismarck-Bild, Universitas 5 (1950), S. 273 ff. Vgl. dagegen die Verteidigung Schnabels bei H. Ritter v. Srbik, Die Bismarck-Kontroverse, Wort und Wahrheit (Dezember 1950), S. 924 ff.

notwendig anerkannte und rechtfertigte, auch wenn diese Rechtfertigung nicht mit der vergrößerten Form einer prinzipienlosen Realpolitik gleichzusetzen ist. Auch die konservative Deutung des Bismarckproblems täuscht nicht darüber hinweg, daß eine tiefe Kluft zwischen Bismarcks Staatsanschauung und den Zielen der liberalen Bewegung bestand und daß 1867 ein ungleiches Bündnis geschlossen wurde. Letztlich bleibt das Bismarckproblem unlösbar verbunden mit dem Problem des „unvollendeten“ Nationalstaats.

In den jüngsten Darstellungen zur Reichsgründungsgeschichte wurde daher von einer strukturanalytischen Fragestellung aus versucht, den Blick zurückzulenken auf die überindividuellen Voraussetzungen des politischen Handelns, auf die Spannungsverhältnisse von Politik, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Reichsgründungszeit, um so zu einem tieferen Verständnis des historischen Entscheidungsprozesses und der Gründe für das Scheitern der Gegenkräfte in der liberalen bürgerlichen Bewegung zu gelangen. Der neue methodische Ansatz schien besonders geeignet, die Erfolgsaussichten eines politischen Alternativprogramms unvoreingenommen zu prüfen und differenzierter zu analysieren. Die Erforschung der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Zusammenhänge der Reichsgründungszeit verdeutlichte, daß der konservativ-monarchische Charakter der preußisch-deutschen Reichsbildung einer bestimmten gesellschaftlichen Konstellation entsprach, und zwar nicht in einem von vornherein determinierenden Sinn¹³⁴). Zwar wurde in der modernen Parteigeschichtsforschung über den norddeutschen Liberalismus¹³⁵) und die kleinbürgerlich-demokratische Bewegung¹³⁶) die These vertreten, daß von einer echten Alternative auch deshalb nicht die Rede sein konnte, weil eine solide gesellschaftliche Grundlage für das Streben der fortschrittlichen Kräfte nach politisch-sozialer Emanzipation des Bürgertums fehlte. Aber andererseits konnte doch nach-

gewiesen werden, daß der süddeutsche Liberalismus, der im Baden der sechziger Jahre zur regierenden Partei aufstieg und hier, beispielgebend für den erstrebten deutschen Nationalstaat, zum ersten Mal das freiheitliche parlamentarische System verwirklichte, seine Chance, ein politisches Alternativprogramm durchzusetzen, sehr rasch selbst vertan hat und in den verhängnisvollen Kämpfen mit dem politischen Katholizismus seine eigene starke Position zerstörte¹³⁷).

Die unmittelbaren Folgen dieser politischen und gesellschaftlichen Entwicklung reichen bis in das Jahr 1878/79, das in der jüngeren sozial- und wirtschaftsgeschichtlich orientierten Forschung als entscheidender Einschnitt beurteilt wird, der die Epoche der Reichsgründung abschloß¹³⁸). Das wirtschaftliche Arrangement zwischen Schwerindustrie und Großgrundbesitz zur Durchsetzung der Schutzzollgesetzgebung befestigte den dominierenden Einfluß der ostelbisch-agrarisch-preußischen Führungsschichten.

Erst die „zweite Reichsgründung“¹³⁹) von 1878/79 zementierte den Status quo, „die traditionelle Hegemonie der preußisch-deutschen Grund-, Militär- und Verwaltungsaristokratie, der alten, privilegierten Herrscherelite der vorindustriellen Gesellschaft und des vorkonstitutionellen Staates — auch im Zeitalter der permanenten Industrierevolution und des allgemeinen Wahlrechts“¹⁴⁰).

Fraglos muß auch das überaus scharfe Urteil über die Reichsgründung in der jüngsten Forschung als Reflex der eigenen zeitgeschichtlichen Situation verstanden werden. Ob die kritische Distanzierung ein „objektiveres“ Gesamtbild der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert ermöglicht, bleibt vorerst dahingestellt. Es fehlt nicht an warnenden Stimmen vor einer übertriebenen Skepsis und vor einer allzu einseitigen Konzentration auf das deut-

¹³⁴) Vgl. W. Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850—1879), HZ 197 (1963), S. 318 ff.

¹³⁵) H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861—1866 (1964).

¹³⁶) R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863—1866 (1962).

¹³⁷) L. Gall, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung (1968).

¹³⁸) H. Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht (1966). Ders. (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848—1879 (1968). H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit (1967); H.-U. Wehler, Bismarck und der Imperialismus (1969).

¹³⁹) Nach einem Ausdruck von I. N. Lambi, Free Trade and Protection in Germany 1868—1879 (1963).

¹⁴⁰) Rosenberg, a. a. O., S. 189.

sche Nationalstaatsproblem. Eine der fruchtbarsten Anregungen der modernen Strukturgeschichte, nämlich die vergleichende typologische Geschichtsbetrachtung, gilt heute noch weitgehend als Desiderat¹⁴¹⁾. Ebenso wie das Bemühen um eine differenzierte historische Analyse der politischen Alternativmöglichkeiten zur deutschen Nationalgeschichte dient

¹⁴¹⁾ Vgl. hierzu: Th. Schieder, Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa, HZ 202 (1966), S. 58 ff.

die komparative Methode dem Ziel, eine „befremdliche Distanz“ zu schaffen im vergleichenden Hinblick auf die parallele Entwicklung der europäischen Nationalstaaten. „Nur wenn uns unsere Nationalgeschichte fremd geworden ist, kann sie uns eines fernen Tages auf einer ganz unpathetischen Ebene wieder zum Eigentum werden.“¹⁴²⁾

¹⁴²⁾ E. Nolte, Zur Konzeption der Nationalgeschichte heute, HZ 202 (1966), S. 602 ff.

Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung

„Niemals würden wir Deutschland auf den Stand der Zersplitterung und Ohnmacht von vor 1866 zurückwerfen lassen.“

Friedrich Engels an Paul Lafargue, 27. Juni 1893

Als am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses die Kaiserproklamation vollzogen wurde, welche im Bewußtsein der Deutschen der eigentliche Reichsgründungsakt geblieben ist, befanden sich August Bebel, Wilhelm Liebknecht und der Braunschweiger Ausschuß der 1869 begründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die sich in ihrem Programm ausdrücklich „als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation“ bezeichnet hatte, im Gefängnis. Mit großer Eindringlichkeit zeigt sich so in der ersten Stunde des deutschen Kaiserreichs von 1871 der Antagonismus zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und diesem Reich, welcher weitgehend die innere Entwicklung Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg bestimmt hat.

Und doch wäre es verfehlt, wollte man jene sinnfällige Situation der Januartage 1871 zum Anlaß nehmen, einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem sozialistischen Programm der Klasseninternationalität und der Idee des nationalen Staates oder im engeren Sinne der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates in jener Epoche zu behaupten¹⁾. Die Stellung

¹⁾ So hat z. B. Theodor Schieder im Zusammenhang mit der Gründung der Eisenacher Partei von 1869 die These formuliert: „Hier wurde bereits der Widerspruch gegen den nationalen Staat vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus angemeldet.“ Th. Schieder, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815—1871, in: B. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3 (1960), S. 177; vgl. auch ders., Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat (1961), S. 16. Dem ist entgegenzuhalten, daß der erste Punkt des Eisenacher Programms, „Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates“, nicht als abstrakte Forderung nach demokratischer Republik anzusehen ist, sondern sich ganz konkret auf die nationale Frage bezieht, was sich schon aus der Haltung von Liebknecht und Bebel in den Jahren zwischen 1866 und 1871 ergibt.

von Karl Marx und Friedrich Engels sowie den Führern beider sozialistischen Parteien in Deutschland einmal zur deutschen Frage überhaupt und zweitens zu deren Lösung durch Bismarck und die preußische Staatsmacht im Bunde mit dem nationalliberalen Bürgertum wird die enge Verflechtung zwischen nationaler und Arbeiterbewegung in Deutschland sichtbar machen²⁾. Zugleich wird sich erweisen — und hier ist in der Tat der Widerspruch seitens der sozialistischen Arbeiterbewegung gegen die Gründung von 1871 angelegt —, daß hinter der Forderung nach dem deutschen Nationalstaat eine sehr konkrete Vorstellung von der Beschaffenheit dieses Staates stand. Das Reich von 1871 wurde bei seiner Gründung wie auch später am Ideal des „freien Volksstaates“ gemessen und mußte einem Mann wie Wilhelm Liebknecht schon im Dezember 1870 als „eine fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie“³⁾ erscheinen.

Des weiteren ergibt sich die Frage, ob die Reichsgründung von 1871 jenen Punkt markiert, an dem Arbeiterbewegung und nationale Bewegung auseinandergingen, und ob etwa in der Folgezeit das „Nationale“ gewissermaßen von links nach rechts rücken konnte⁴⁾, ohne dabei so zu entarten, daß es sich schließlich im Wilhelminischen Reich nach einer Formu-

²⁾ Diese Beziehung ist sehr eindringlich dargestellt bei W. Conze und D. Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung (1966). Die vorliegende Studie verdankt der Arbeit von Conze/Groh wesentliche Anregungen.

³⁾ 9. 12. 1870 im Reichstag des Norddeutschen Bundes.

⁴⁾ Vgl. W. Conze, Nation und Gesellschaft. Zwei Grundbegriffe der revolutionären Epoche, HZ 198 (1964), S. 12, sowie Conze/Groh, a. a. O., S. 11.

lierung Golo Manns „als schnarrende Phrase, in der kein großes Herz mehr schlägt, die nur noch den Dünkel nährt, materielle Bereicherung verbirgt und fördert“⁵⁾, zu erkennen gibt.

Schließlich ist der Pariser Kommune-Aufstand in besonderer Weise zu berücksichtigen, da gerade durch dieses Ereignis, welches praktisch mit der Reichsgründung zusammenfiel, vor allem aber auf Grund der Selbstidentifizierung von Marx, Engels und der Sozialdemokratie mit der Kommune die Stellung des Staates und der diesen tragenden Gesellschaftsschichten gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung auf Jahre hinaus bestimmt wurde.

Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“, welche das politische Programm von Marx und Engels am Beginn der deutschen Revolution von 1848 darstellten, beginnen mit dem Satz: „Ganz Deutschland wird zu einer einigen unteilbaren Republik erklärt.“⁶⁾ Bezeichnenderweise erscheinen diese Forderungen unter dem Motto „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, das aus dem wenige Wochen zuvor verfaßten Kommunistischen Manifest übernommen worden war. So stellen sich die „Forderungen“ als Anwendung der Aussagen des Kommunistischen Manifests auf die konkrete politische Situation Ende März 1848 in Deutschland dar, und zugleich wird in der ersten grundsätzlichen programmatischen Äußerung von Marx und Engels zur deutschen Frage die dialektische Auflösung des abstrakten Gegensatzes von Internationalismus und der Forderung nach dem deutschen Nationalstaat oder dem Großraum in Form des Nationalstaates schlechthin sichtbar. Damit erscheint auch der bis zum Überdruß zitierte Satz aus dem Manifest, nachdem die Arbeiter kein Vaterland haben — der, nebenbei gesagt, nur im Zusammenhang mit dem Kontext verständlich wird —, in einem anderen Licht. Neben dem Bekenntnis zum zentralisierten deutschen Einheitsstaat in Form der Republik enthielt das Programm von Marx und Engels und damit auch das der „Neuen Rheinischen

Zeitung“ den notwendig zu führenden Krieg gegen das Zarenreich, der die Wiederherstellung Polens mit einschließen sollte. Waren doch in richtiger Erkenntnis der Funktion Rußlands als eines Hemmnisses für jede progressive Entwicklung in Mitteleuropa die Ziele der extremen Partei, „Auflösung des preußischen, Zerfall des österreichischen Staates, wirkliche Einigung Deutschlands als Republik“⁷⁾, nur durchzusetzen auf dem Wege eines siegreichen Krieges mit dem zaristischen Rußland.

Das Scheitern der Revolution von 1848 machte deutlich, daß vorderhand die nationale Frage in Deutschland auf revolutionärem Wege nicht zu lösen war. Darüber hinaus wurde das Erlebnis von 1848/49, insbesondere die Reichsverfassungskampagne, bestimmend für die Haltung der radikal-demokratischen Kräfte gegenüber Preußen. Vor allem die Politik Wilhelm Liebknechts wurde besonders zwischen 1866 und der Reichsgründung von einem tiefen Preußenhaß getragen, der im Jahre 1849 seine Wurzeln hatte.

Im Rückblick hat Friedrich Engels die drei Wege, die im 19. Jahrhundert zur deutschen Einigung führen konnten, aufgezeigt⁸⁾:

1. „Der offen revolutionäre Weg“⁹⁾, was die Beseitigung aller Einzelstaaten bedeutet hätte. Die Einheit Deutschlands hätte, wie es dem Konzept von 1848 entsprach, gegen die Fürsten und sonstigen inneren Feinde sowie gegen das Ausland bzw. auch mit Hilfe des Auslandes erkämpft werden müssen.

2. Die Einigung unter Vorherrschaft Österreichs. Solches stand für den Realisten Friedrich Engels wie auch für Marx eigentlich nie ernsthaft zur Diskussion. Wenn beide im Jahre 1866 für einen Augenblick eine große Niederlage der Preußen als wünschenswert angesehen haben, so nicht deswegen, weil sie geneigt waren, auf die österreichische Karte

⁷⁾ F. Engels, Marx und die „Neue Rheinische Zeitung“ 1848—1849, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21 (1962), S. 20.

⁸⁾ F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte (Aus dem handschriftlichen Nachlaß, geschrieben Ende Dezember 1887 bis März 1888), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21 (1962), S. 407—461.

⁹⁾ Ebd., S. 416.

⁵⁾ G. Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (1966), S. 547.

⁶⁾ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 5 (1959), S. 3.

zu setzen, sondern weil sie die Möglichkeit einer Revolution in Preußen sahen¹⁰⁾. Im übrigen aber erschien den Londonern eine nationale Einigung Deutschlands unter der Vorherrschaft Österreichs allenfalls als „ein romantischer Traum“¹¹⁾.

3. Die Einigung durch Preußen, unter preußischer Führung. Und da dieser Weg aus dem Bereich der Spekulation auf den „solideren, wenn auch ziemlich unflätigen Boden der praktischen, der ‚Realpolitik‘“ führte¹²⁾, wie es Engels formuliert hat, so war es schließlich die Bismarcksche Einigungspolitik, mit der sich die Londoner konfrontiert sahen.

Ihre Haltung dazu ist nur zu verstehen, wenn man ins Auge faßt, welche Funktion oder, besser gesagt, welchen Stellenwert die deutsche Einigung in ihrer revolutionären Strategie besaß. Nach der Entscheidung von Königgrätz schrieb Marx an Engels, daß für die Arbeiter natürlich alles günstig sei, was die Bourgeoisie zentralisiert¹³⁾. Schon 1855 hat Engels in dem verlorengegangenen Entwurf „Deutschland und das Slawentum“ ausgesagt, daß Deutschlands entschiedenste Partei zugleich seine nationalste sei, und zwar deshalb, „weil in Deutschland der Kampf um innere Einheit und nationales Bewegungsterrain mit dem Klassenkampf zusammenfalle“¹⁴⁾. 1865 hat er schließlich jene These formuliert, welche er in der Folgezeit stets reproduziert hat und die heute von der marxistischen Historiographie im Sinne der Betrachtung der Reichseinigung als einer objektiven Notwendigkeit für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und damit auch für die Entwicklung einer starken so-

zialistischen Arbeiterbewegung und die Entfaltung des Klassenkampfes vorgetragen wird. Engels schrieb in diesem Jahr: „Die arbeitende Klasse gebraucht zur vollen Entfaltung ihrer politischen Tätigkeit ein weit größeres Feld, als es die Einzelstaaten des heutigen zersplitterten Deutschlands darbieten.“¹⁵⁾

Diese These wurde von ihm, wenn auch nicht in dieser Deutlichkeit, schon 1850 vorgetragen, und zwar im Zusammenhang mit seiner Ar-

¹⁵⁾ F. Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16 (1962), S. 66. Vgl. weiter Engels an Karl Kautsky, 7. 2. 1882: „Erst als das Jahr 1866 die großpreußische Einheit Kleindeutschlands tatsächlich entschieden hatte, kam sowohl die lassalleanische wie die sog[enannte] Eisenacher Partei zur Bedeutung, und erst seit 1870, wo die bonapartistischen Einmischungsgelüste definitiv beseitigt, kam Schwung in die Sache. Hätten wir den alten Bundestag noch, wo wäre unsere Partei!“, Marx/Engels, Werke, Bd. 35 (1967), S. 269. Dazu F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, S. 409 ff., wo das Streben des Bürgertums nach der deutschen Einigung dahin gehend gewertet wird, daß die Reichseinheit erst die „notwendigen Lebensbedingungen der Industrie“ schaffen konnte. Weiter: F. Mehring, Tote und Lebende, Neue Zeit, XIII, 2 (1894/95), S. 641—644; ders., Die Arbeiterklasse und das Reich, a. a. O., S. 801—805; ders., Die Gründung des Deutschen Reichs, Neue Zeit, XIV, 1 (1895/96), S. 483: „Das Deutsche Reich hat gehalten, was es bei seiner Gründung versprach. Es ist geworden, was es nach den Bedingungen seiner Entstehung werden mußte: ein mächtiger Hebel der großindustriellen Entwicklung. Es ist ein goldenes Land der Bourgeoisie..., die so gewaltig aufgeräumt hat unter den feudal-juchtigen Trümmern, welche vor 25 Jahren noch fußhoch den deutschen Boden bedeckten. Sollten wir diese aufräumende Arbeit nicht anerkennen, nicht loben, nicht preisen?“; H. Bartel, Die Haltung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Reichsgründung von 1871, ZGWiss. 16 (1968), S. 431; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts (1966), S. 200 f.; J. Streisand, Bismarck und die deutsche Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts in der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Probleme der Reichsgründungszeit, hg. v. H. Böhme (1968), S. 393. Demgegenüber hat Theodor Schieder gezeigt, daß für die bürgerlich-nationalstaatlichen Bewegungen nicht nur ökonomische Notwendigkeiten bestimmend waren und das Streben nach dem Nationalstaat nicht ausschließlich vor einem „sehr materiellen Hintergrund“ (Engels, Die Rolle der Gewalt, a. a. O., S. 410) zu sehen ist: Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen (1964), S. 28.

¹⁰⁾ Marx an Engels, 7. 7. 1866, Engels an Marx, 1. 5. 1866; dort auch Ausdruck der auf Gesamteuropa bezogenen Erwartungen: „Proklamieren sie dort [in Berlin, St.] die Republik, so kann ganz Europa in 14 Tagen umgewälzt sein.“ Weiter Engels an Marx, 11. 6. 1866, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 31 (1965), S. 233, 212, 226 f.

¹¹⁾ Vgl. Anm. 8, S. 418. Dort Verweis auf 1863: „Der König von Preußen blieb einfach weg, und die Kaiserkomödie fiel elend ins Wasser.“

¹²⁾ Ebd., S. 418.

¹³⁾ Marx an Engels, 27. 7. 1866, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 31, S. 243.

¹⁴⁾ Das Zitat nach G. Mayer, Friedrich Engels, Bd. 2, Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa (1934), S. 56. Mayer, der das Manuskript benutzt hat, trägt den Inhalt referierend vor.

beit über den deutschen Bauernkrieg. Was sich am Beispiel des deutschen Bauernkrieges von 1525 für ihn als Fazit ergab: „Die Zersplitterung Deutschlands, deren Verschärfung und Konsolidierung das Hauptresultat des Bauernkriegs war, war auch zu gleicher Zeit die Ursache seines Mißlingens“¹⁶⁾, wurde von ihm zusammen mit den Erfahrungen von 1848/49 aktualisiert und führte ihn zu dem Schluß: „Wer nach den beiden deutschen Revolutionen von 1525 und 1848 und ihren Resultaten noch von Föderativrepublik faseln kann, verdient nirgend anders hin als ins Narrenhaus.“¹⁷⁾ Solche Erkenntnis ist bestimmend geworden im Hinblick auf seine Haltung zur Politik Liebknechts nach 1866, dessen „süddeutscher Urinhalt-Föderativrepublikanismus“¹⁸⁾ — so Engels — Gegenstand seiner schärfsten Kritik wie auch der von Marx wurde, was noch zu zeigen sein wird.

Es wird deutlich, daß sie den Nationalstaat, bzw. den deutschen Nationalstaat im besonderen, nicht deshalb als ein Ziel ihrer Politik angesehen haben, weil er für sie einen Eigenwert verkörperte oder sogar, wie manche nationalliberalen Schwärmer nach 1871 glaubten, das letzte Wort der Geschichte war, sondern weil er erst die Basis bot, auf der eine revolutionäre Arbeiterbewegung sich entfalten und gedeihen konnte. Sie sahen es als „geschichtlich unmöglich“ an, daß ein großes Volk irgendwelche inneren Probleme auch nur ernsthaft diskutieren könne, solange die nationale Frage nicht gelöst sei¹⁹⁾. Der Nationalstaat, und zwar der großräumige — für „Völkertrümmer“ haben Marx und Engels nie eine Vorliebe gezeigt —, war ihnen quasi ein Vehikel für die sozialistisch-proletarische Revolution, und nur auf der Basis von Nationalstaaten konnten sie sich eine Entwicklung der jeweiligen Arbeiterparteien vorstellen, welche letzten Endes Voraussetzung für eine internationale Bewegung des Proletariats war. „Internationale Vereinigung kann nur zwischen Nationen bestehen, deren Existenz, Autonomie und Unabhängigkeit in inneren An-

gelegenheiten daher schon in dem Begriff Internationalität eingeschlossen sind“²⁰⁾, woraus sich für Engels ergibt, daß „eine internationale Bewegung des Proletariats ... überhaupt nur möglich [ist] zwischen selbständigen Nationen“²¹⁾. Da darüber hinaus nach Engels' Meinung „die wahrhaft nationalen Ideen, d. h. diejenigen, die den ökonomischen, industriellen und landwirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechen, die in der betreffenden Nation herrschen, zugleich immer auch die wahrhaft internationalen Ideen“²²⁾ sind, erweist sich der nationale Staat als der notwendige Ausgangspunkt für eine nationale Arbeiterbewegung und damit für die internationale Bewegung des Proletariats.

Gemäß der Dialektik der Geschichte war so das Ergebnis von 1866, die Schaffung des zentralisierten Norddeutschen Bundes, für die Londoner immerhin ein Fortschritt, den es wohl oder übel zu akzeptieren galt. Frei von jeder Klage über den deutschen Bruderkrieg²³⁾ nahmen sie den „Dreck“²⁴⁾, wie er nun einmal war, indem sie darin eine Beschleunigung der sozialen Revolution sahen. „Die Sache hat das Gute, daß sie die Situation vereinfacht, eine Revolution dadurch erleichtert, daß sie die Krawalle der kleinen Hauptstädte beseitigt und die Entwicklung jedenfalls beschleunigt. Am Ende ist doch ein deutsches Parlament ein ganz anderes Ding als eine preußische Kammer. Die ganze Kleinstaaterei wird in die Bewegung hineingerissen, die schlimmsten lokalisierenden Einflüsse hören auf, und die Parteien werden endlich wirklich nationale, statt bloß lokale.“

Der Hauptnachteil ist die unvermeidliche Überflutung Deutschlands durch das Preußentum, und das ist ein sehr großer. Dann die mo-

¹⁶⁾ F. Engels, Der deutsche Bauernkrieg, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7 (1960), S. 411.

¹⁷⁾ Ebd., S. 413.

¹⁸⁾ Engels an Marx, 1. 3. 1868, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 32 (1965), S. 36.

¹⁹⁾ Engels an Kautsky, 7. 2. 1882, a. a. O., S. 269.

²⁰⁾ Engels an Laura Lafargue, 20. 6. 1893, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 39 (1968), S. 87.

²¹⁾ Vgl. Anm. 19, S. 270. So auch J. Motteler, Die Sozialisten und das Reich, in: Der Volksstaat, Nr. 58, 20. 5. 1874.

²²⁾ Engels an Gennaro Bovio, 16. 4. 1872, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 33 (1966), S. 444. Anm. 1.

²³⁾ Marx an Engels, 7. 7. 1866, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 31 (1965), S. 233: „Freiligrath hat einen kleinen lyrisch-wehmütigen Schiß über den Bruderkrieg erlassen ...“.

²⁴⁾ Marx an Engels, 27. 7. 1866, ebd., S. 242.

mentane Abtrennung Deutsch-Ostreichs, die ein sofortiges Vorschreiten des Slawischen in Böhmen, Mähren, Kärnten zur Folge haben wird. Gegen *beides* ist leider *nichts* zu machen.

Wir können also meiner Ansicht nach gar nichts anderes tun, als das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müßenden größeren Facilitäten zur *nationalen* Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können." ²⁵⁾

Marx stimmte dieser Interpretation von Engels zu, auch in der Erkenntnis, daß den „deutschen Philistern“ die Einheit „nur von Gottes- und Säbelgnaden oktroyiert werden kann“ ²⁶⁾. Hinzu kommt, daß Engels durchaus das Revolutionäre in der Politik Bismarcks bei der Errichtung des Norddeutschen Bundes gesehen und später lediglich moniert hat, daß Bismarck nicht revolutionär genug war und sich mit der Annexion von vier „lumpigen Kleinstaaten“ zufrieden gegeben hatte ²⁷⁾.

Während also die Londoner mit „weltrevolutionärem Opportunismus von hoher theoretischer Warte aus“ ²⁸⁾ der Bismarckschen Einigungspolitik gegenüberstanden, wollten Liebknecht, Bebel und der Verband deutscher Arbeitervereine die Errichtung des Norddeutschen Bundes als eine Vorstufe zur nationalen Einigung nicht akzeptieren. Dahinter stand nicht nur süddeutsche Borniertheit, wie Marx und Engels vermuteten ²⁹⁾, sondern die durch-

aus richtige Einsicht, daß eine Konsolidierung Preußens im Interesse der demokratischen und sozialen Revolution verhindert werden müsse. „Wenn Pr[eußen] sich konsolidiert, wird es durch keine äußerliche Gewalt, auch nicht durch einen Aufstand (Revolution) im Gefolge der bevorstehenden Französischen Revolution umzuwerfen sein, sondern erst fallen, wenn das *deutsche Proletariat* herrschaftsfähig (durch Zahl und Intelligenz) geworden ist. *Aber bis dahin hätten wir einige Menschenalter zu warten. Il faut corriger la fortune.* Der historische Prozeß muß beschleunigt, Pr[eußen] in der Consolidation verhindert werden“ ³⁰⁾, hielt Liebknecht im Dezember 1867 Engels vor, und in der Tat haben Marx und Engels bei aller scharfen Kritik an der Position Liebknechts die Funktion eines erstarkten Preußens im Hinblick auf die Revolution nicht anders einschätzen können ³¹⁾. Unabhängig von einer möglichen Vertagung der sozialen Revolution durch die Existenz eines starken, vergrößerten Preußens, war es gerade die Verankerung in der großdeutsch-nationalen Bewegung, weshalb Bebel und Liebknecht gegen das *fait accompli* von 1866 schärfsten Protest erhoben.

Nachdem Liebknecht schon Ende 1865 angesichts einer sich abzeichnenden dualistischen Lösung der deutschen Frage die Alternative „Mit Preußen gegen Deutschland oder mit Deutschland gegen Preußen!“ ³²⁾ aufgezeigt hatte, wobei nicht zweifelhaft war, auf welcher Seite er stand, hat er sich nach Königgrätz nicht nur geweigert anzuerkennen, daß „die Hinterlader und Moltkes Genie ... gegen die deutsche Revolution und großdeutsche Einigung ... für Bismarck und Kleindeutschland und für Bismarcks Verehrer Schweitzer“ ³³⁾ entschieden hatten, sondern im Gegenteil die Kampfansage an Preußen, unbekümmert um die erkennbare Tendenz des Ablaufs der Ge-

²⁵⁾ Engels an Marx, 25. 7. 1866, ebd., S. 241.

²⁶⁾ Marx an Engels, 27. 7. 1866, 2. 11. 1867, ebd., S. 242 f., 375 f.

²⁷⁾ F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, S. 433; Engels an Bebel, 18. 11. 1884, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, hg. v. W. Blumenberg (1965), S. 194.

²⁸⁾ Conze/Groh, a. a. O., S. 68.

²⁹⁾ Engels an Marx, 6. 12. 1867, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 31 (1965), S. 402: „An Liebkn[echt] hab' ich ausführlich geschrieben und verlangt, daß er nicht nur die Preußen, sondern auch ihre Gegner, die Östreicher, Föderalisten, Welfen und andre Kleinstaatler angreifen soll. Der Kerl ist, wie ich vermute, rein süddeutsch borniert geworden. Er und Bebel haben eine Adresse an den Wiener Gemeinderat unterschrieben, worin Östreich als der im Süden neu erstehende Staat der Freiheit gegenüber dem geknechteten Norden gefeiert wird!“

³⁰⁾ Liebknecht an Engels, 11. 12. [1867], in: W. Liebknecht, Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels, hg. u. bearb. v. G. Eckert (1963), S. 82.

³¹⁾ Vgl. etwa Marx an Paul Lafargue, 2. 6. 1869, und F. Engels, Vorbemerkung zur 2. Auflage, „Der deutsche Bauernkrieg“ (1870), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 32, S. 608 f., Bd. 16, S. 395.

³²⁾ Vgl. Conze/Groh, a. a. O., S. 61.

³³⁾ K. Kautsky, Sozialisten und Krieg. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus von den Husiten bis zum Völkerbund (1937), S. 168.

schichte, verschärft. Der Programmartikel in der ersten Nummer des „Demokratischen Wochenblatts“³⁴⁾ zeugt davon, wobei es interessant ist, daß für Liebknecht die deutsche Frage vor der Arbeiterfrage rangierte. „Was insbesondere die beiden brennendsten Tagesfragen betrifft, die *Deutsche* und die *Arbeiterfrage*, so erstreben wir einen *deutschen Volksstaat*, der alle Stämme des großen Vaterlandes (selbstverständlich auch die Deutsch-Osterreicher) unter dem gemeinsamen Banner der Freiheit vereinigt, und werden Krieg auf Leben und Tod führen gegen jene verderbliche Politik, deren Endziel die Vergrößerung Preußens und die Verkleinerung Deutschlands ist.“³⁵⁾

Bebel und Liebknecht konnten in der sogenannten Einheit des Norddeutschen Bundes keine *deutsche* Einheit sehen, da diese die süddeutschen Staaten, Österreich und Luxemburg ausschloß, und beharrten auf dem Standpunkt, daß Preußen der Einheit im Wege stehe. In diesem norddeutschen Staatswesen vermochten sie aber auch keine Verwirklichung demokratischer Freiheiten zu erkennen. „Daß die *freiheitlichen* Interessen im Norddeutschen Bunde gewahrt würden, wagt niemand zu behaupten“, sagte Bebel auf einer demokratischen Volksversammlung am 14. Mai 1868 in Berlin und gab seiner Überzeugung Ausdruck, „daß nur in einem Deutschland, das durch den Gesamtwillen der Bevölkerung getragen wird, an dessen Spitze eine Regierung steht, die aus diesem freien Willen hervorgegangen ist, allein ein wirkliches Heil für die Bevölkerung und für die arbeitende Bevölkerung ins Besondere zu erwarten ist.“³⁶⁾

Vor dem norddeutschen Reichstag kennzeichnete Bebel die Neubildung als „einen Bund, der dazu bestimmt ist, Deutschland zu einer großen Kaserne zu machen, um den letzten Rest von Freiheit und Volksrecht zu vernichten“³⁷⁾.

³⁴⁾ Das Urteil von Engels über dieses Blatt in: Engels an Marx, 2. 2. 1868, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 32, S. 28: „Liebknechts Blättchen mißfällt mir immer höchst Grad. Nichts als versteckter süddeutscher Föderalismus.“

³⁵⁾ Demokratisches Wochenblatt, Nr. 1, 4. 1. 1868.

³⁶⁾ Ebd., Nr. 21, 23. 5. 1868.

³⁷⁾ 10. 4. 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Im allgemeinen Wahlrecht vermochten Bebel und Liebknecht nichts weiter zu sehen als ein Stück Bonapartismus. Daß sie, vor allem Liebknecht, nach 1866 zeitweise in gewisse Nähe partikularistischer Strömungen sowie österreichisch gesinnter großdeutscher Föderalisten gerieten, wird heute von der marxistischen Historiographie, die unbedingt die Position von Marx und Engels einnimmt, gerügt³⁸⁾. Darüber hinaus wird von dieser Seite aus jenen demokratischen Elementen, die sich außerstande sahen, die Gründung des Norddeutschen Bundes als gewissen Fortschritt gegenüber der Kleinstaaterei anzusehen, Unfähigkeit, die Dialektik der Geschichte zu begreifen, attestiert³⁹⁾.

In der Folgezeit, das heißt bis zum Deutsch-Französischen Krieg, blieb die Haltung von Bebel und Liebknecht zum Norddeutschen Bund im wesentlichen unverändert. Auch die Tatsache, daß auf dem Nürnberger Vereinstag von 1868 und auf dem Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation in die Programme der unter Bebel und Liebknecht sich konstituierenden Richtung der deutschen Arbeiterbewegung übernommen wurde, bedeutete nicht, daß diese damit ihre primär großdeutsche, national-demokratische Zielsetzung aufgab. Johann Philipp Becker, einer der Redner auf dem Hambacher Fest von 1832 und Oberbefehlshaber der badischen Volkswehr 1849, arbeitete seit 1866 als Präsident der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation im deutschen Raum für die Verbreitung des Programms der 1. Internationale in der Weise, daß die Ziele der Internationalen Arbeiterassoziation als nicht im Widerspruch stehend zur nationalen Politik des Verbandes deutscher Arbeitervereine erscheinen mußten⁴⁰⁾.

³⁸⁾ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, a. a. O., S. 243; E. Engelbert, Deutschland von 1849—1871 (1959), S. 194.

³⁹⁾ R. Weber, Das kleinbürgerlich-demokratische Element in der deutschen Nationalbewegung vor 1866, in: Probleme der Reichsgründungszeit, a. a. O., S. 82.

⁴⁰⁾ Vgl. hierzu die von Becker seit Januar 1866 herausgegebene Zeitschrift „Der Vorbote“ sowie Conze/Groh, a. a. O., S. 75 f.

Der Gegensatz zwischen den Anhängern von Bebel und Liebknecht und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in den Jahren, die der Reichsgründung vorangingen, wird in jeder Hinsicht falsch gedeutet, wenn man ihn auf die Formel national-international bringt. In Wahrheit schieden sich die Geister in bezug auf die Rolle Preußens in der Epoche der deutschen Einigung. Ursprünglich einig im Ziel, dem großdeutschen demokratischen Nationalstaat, was Lassalle 1863 auf die Formel brachte „Großdeutschland moins les dynasties“⁴¹⁾, zeigte sich unter seinem Nachfolger, Johann Baptist von Schweitzer, daß der ADAV angesichts der realen Entwicklung bereit war, die preußisch-deutsche Lösung zu akzeptieren. Am Vorabend des deutschen Krieges von 1866 hat Schweitzer zwar die alte Forderung der National-Demokraten aller Richtungen wiederholt, die auf ein freies und einheitliches Deutschland, „frei und einig durch den Willen der Nation“, zielte und sowohl ein „Großpreußen“ wie auch ein „Großösterreich“ als für die Arbeiterbewegung nicht annehmbare Lösungen bezeichnet, zugleich aber deutlich gemacht, daß er, wenn auch mit erheblichen Vorbehalten, hinsichtlich der deutschen Frage auf die preußische Karte setze. Er sah keinen vernünftigen Grund, „Preußen an der Zertrümmerung der Kleinstaatenwirtschaft, d. h. an einem Krieg mit Österreich . . . verhindern zu wollen“. Preußen als Faktor bei der Verwirklichung des freien und einheitlichen Deutschlands möge also „den Versuch machen, das gerade Gegenteil von dem zu werden, was es bis heute war“⁴²⁾. Am Tage des Kriegsausbruchs sah er die Möglichkeit, „die preußische Regierung weiter zu treiben auf dem Weg der Konzessionen an uns“, vorzüglich in bezug auf das allgemeine Wahlrecht. Für diesen Fall würden die im ADAV organisierten Arbeiter, in ihrer überwältigenden Mehrheit in Preußen beheimatet, das Ihre

⁴¹⁾ Lassalle an Rodbertus, 1. 5. 1863, in: F. Lassalle, Nachgelassene Briefe und Schriften, hg. v. G. Mayer, Bd. 6 (1925), S. 335.

⁴²⁾ J. B. v. Schweitzer, Die deutschen Arbeiter und das neueste Großpreußentum (6. 5. 1866), in: Politische Aufsätze und Reden von J. B. v. Schweitzer. Mit Einleitung und Anmerkungen hg. v. F. Mehring (1912), S. 116 f.

tun, „daß der Sieg nicht bei den Fahnen Österreichs, sondern bei den Fahnen Preußens, nicht bei den Fahnen Benedeks, sondern bei den Fahnen Bismarcks und Garibaldi sei“⁴³⁾. Den Ausgang des Krieges und die Neuordnung Deutschlands in seinem Gefolge hat Schweitzer mit Resignation, was das definitive Ende der Hoffnungen auf die Schaffung des nationalen Deutschlands auf revolutionärem Weg angeht, aber auch mit bemerkenswertem Realismus hingenommen: „Unsere Hoffnung war, daß die Nation in ihrer eigenen Sache die Initiative ergreifen, daß sie durch eine deutsche Revolution ein nationales Deutschland schaffen werde. Diese Hoffnung hat sich nicht bewahrheitet; nicht das deutsche Volk, die preußische Regierung hat die Lösung der deutschen Frage in die Hand genommen und — was entscheidend ist — sie hat dies bis jetzt mit großem Erfolg und unter erstaunlicher Kraftentwicklung getan.“⁴⁴⁾ In der Auseinandersetzung mit Johann Jacoby hat er betont, daß die Lösung von 1866 nicht die sei, welche der ADAV gewollt habe, aber daß sie eine Lösung sei und eine, die tatsächlich da ist⁴⁵⁾. Und diese Lösung war für Schweitzer nicht nur verbunden mit dem Ende des preußisch-österreichischen Dualismus in Deutschland, sondern er glaubte momentan das vergrößerte Preußen „im volkstümlichen Geiste“ beeinflussen zu können, was die nationale Aufgabe der Gegenwart sei⁴⁶⁾.

Die Generalversammlung des ADAV nahm schließlich am 27. Dezember 1866 in Erfurt ein Programm an, das in der Formel „Durch Einheit zur Freiheit“ das Fazit aus der Entscheidung von 1866 zog, was die Akzeptierung des Weges bedeutete, den Preußen unter der Führung Bismarcks hinsichtlich der deutschen Frage beschritten hatte⁴⁷⁾. Die ganze Schärfe

⁴³⁾ Ders., Die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei (Vortrag, gehalten am 16. Juli 1866 auf der Generalversammlung des ADAV zu Leipzig), ebd., S. 155.

⁴⁴⁾ Ders., Mit Blut und Eisen (20. 7. 1866), ebd., S. 159.

⁴⁵⁾ Ders., Die Rede Jacobys (26. 8. 1866) ebd., S. 170.

⁴⁶⁾ Ebd., S. 171.

⁴⁷⁾ Der erste Absatz dieses Programmes lautete: „Gänzliche Beseitigung jeder Föderation, jeden

des damit aufgeworfenen Gegensatzes zu den unversöhnlichen Verlierern von 1866 in den Reihen der Arbeiterbewegung klingt an in dem Vers, den Liebknecht im Dezember 1868 im „Demokratischen Wochenblatt“ veröffentlichte:

„Durch Blut und Eisen eint man Knechte —
So sollen wir nun einig steh'n!
— Auf! Laß uns, Gott der Menschenrechte,
Zur Einheit durch die Freiheit geh'n!“⁴⁸⁾

Hier bricht das volle national-revolutionäre Pathos des 48er-Demokraten auf, der in Preußen die freiheitsfeindliche Macht Deutschlands seit 1849 sah und für den die Einigung als Ausfluß staatlicher Machtpolitik, durch Blut und Eisen, nicht akzeptabel war. Demgegenüber konnte der verhaßte Schweitzer am 20. Juli 1866 gelassen feststellen, daß noch kein großes Werk der Weltgeschichte ohne Blut und Eisen geschaffen worden sei und schließlich auch die revolutionäre Einigung Deutschlands „von unten“ kaum ohne Blut und Eisen vonstatten gegangen wäre⁴⁹⁾.

Immerhin sah man sich bald nach 1866 auch im ADAV veranlaßt, die Möglichkeiten, welche der Norddeutsche Bund der Arbeiterbewegung, auch im Hinblick auf ihre nationalen Ziele, bot, realistischer einzuschätzen⁵⁰⁾. Die Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag, welche nach dem allgemeinen Wahlrecht durchgeführt wurden, das im Mittelpunkt der Programmatik und der Agitation der Lassalleaner gestanden hatte, brachten

Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staatseinheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann: durch Einheit zur Freiheit“ (Social-Demokrat, Nr. 192/II, 30. 12. 1866).

⁴⁸⁾ Beilage zum Demokratischen Wochenblatt, Nr. 50, 12. 12. 1868; vgl. auch S. Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit (1964), S. 126 f.

⁴⁹⁾ Vgl. Anm. 44.

⁵⁰⁾ Das zeigte schon die 5. Generalversammlung des ADAV in Braunschweig am 19. und 20. Mai 1867 sowie das dort verabschiedete Programm.

dem ADAV eine herbe Enttäuschung⁵¹⁾ und machten den zweifelhaften Wert des allgemeinen Stimmrechts in einem Staatswesen, das schließlich Schweitzer nur noch als absoluten Militärstaat kennzeichnen konnte⁵²⁾, deutlich.

Wenn auch in den beiden Gruppierungen der Arbeiterbewegung nach 1866 allmählich die nationale Frage an Aktualität einbüßte, so blieb doch die Kluft, die durch die Entscheidung von Königgrätz entstanden war, weiterhin bestehen und sollte erst durch die Entscheidung von Sedan wieder geschlossen werden. Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges im Juli 1870 versetzte noch einmal alle Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung in eine Art nationale Hochspannung. Dabei verliefen die Fronten bis zur französischen Niederlage bei Sedan und der Gefangennahme Napoleons auch quer durch die Eisenacher Partei.

Marx und Engels haben gleich bei Ausbruch des Krieges die Situation dahin gehend analysiert, welche Entwicklung die soziale Revolution in Europa vorantreiben werde. Das Ergebnis war eindeutig: „Die Franzosen brauchen Prügel. Siegen die Preußen, so die Zentralisation der state power nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse. Das deutsche Übergewicht würde ferner den Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen, und man hat bloß die Bewegung von 1866 bis jetzt in beiden Ländern zu vergleichen, um zu sehen, daß die deutsche Arbeiterklasse theoretisch und organisatorisch der französischen überlegen ist. Ihr Übergewicht auf dem Welttheater über die französische wäre zugleich das Übergewicht *unserer* Theorie über die Proudhons etc.“⁵³⁾ Zwei

⁵¹⁾ Während Bebel und Schrap als Kandidaten der Sächsischen Volkspartei gewählt wurden, ging der ADAV, der mit überaus hohen Erwartungen in den Wahlkampf gegangen war, leer aus. Erst im August 1867 konnten die beiden lassalleianischen Parteien drei Abgeordnete in den Norddeutschen Reichstag entsenden.

⁵²⁾ 28. 4. 1869 im Reichstag des Norddeutschen Bundes.

⁵³⁾ Marx an Engels, 20. 7. 1870, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 33 (1966), S. 5.

Gesichtspunkte waren für die Londoner maßgebend:

1. Die Errichtung des deutschen Nationalstaates als Folge eines preußischen Sieges führte die Zentralisation der Arbeiterbewegung in Deutschland herbei — eine Perspektive, die schon die Akzeptierung der Ergebnisse des deutschen Krieges von 1866 ermöglicht hatte.

2. Im Bereich der westeuropäischen Arbeiterbewegung würde durch eine Niederlage Frankreichs die ideologische Konkurrenz entscheidend geschwächt. Zu diesem revolutionären Kalkül trat ein nicht zu unterschätzendes nationales Engagement, das bei Marx und Engels zeitweise in gefährliche Nähe nationalistischen Überschwangs geriet⁵⁴⁾. Beide haben nicht gezögert, zu Beginn des Krieges zweierlei festzustellen: die Tatsache, daß der Krieg von deutscher Seite ein Verteidigungskrieg war, und — das ist im Zusammenhang dieser Untersuchung bedeutungsvoll — daß er ein deutscher Nationalkrieg war.

„Es ist den Herren offenbar gelungen, in Deutschland einen vollständigen Nationalkrieg hervorzurufen“, schrieb Engels am 22. Juli an Marx, und er wußte im selben Brief auch die zögernden militärischen Operationen auf französischer Seite damit zu begründen, daß Napoleon die Gewißheit erlangt habe, „daß er es mit dem deutschen Volk selbst zu tun haben wird“⁵⁵⁾. Daß dieser Nationalkrieg allerdings einen anderen „theoretischen Ausdruck“ besaß, als es die revolutionäre Zwei-Mann-Partei in London wünschte, wurde von ihnen beklagt⁵⁶⁾.

Während Marx und Engels vom archimedischen Punkt derer urteilen, die auch diesem

Krieg und seinen vorausgesetzten Ergebnissen — schon am 8. August 1870 war es Marx klar: „L'Empire est fait, i. e. das deutsche Kaisertum“⁵⁷⁾ — einen Platz und eine Funktion in ihrer revolutionären Strategie einräumen konnten, war im Bereich der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung die Konfusion nicht zu übersehen. Lediglich die Lassalleaner waren sich einig in der unbedingten Stellungnahme für die deutsche Seite. Hasselmann schrieb am 17. Juli im „Social-Demokrat“: „Der Krieg von 1870, er ist ein Krieg gegen das deutsche Volk, er ist ein Krieg gegen den Sozialismus. Und jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher [Napoleon III] entgegenwirft, der kämpft nicht nur fürs Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft, für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“⁵⁸⁾ Noch weiter ging der „Agitator“, ein Wochenblatt des ADAV, der am 23. Juli offen Liebknecht und Bebel Vaterlandsverrat wegen ihrer Enthaltung anlässlich der Abstimmung über die Bewilligung der Kriegskredite zwei Tage zuvor vorwarf und sich in einen wahren nationalen Rausch steigerte, wobei der Krieg lediglich auf der französischen Seite als dynastischer dargestellt und in der Niederlage Napoleons „die Bürgschaft des Aufblühens der sozialen Bewegung“ gesehen wurde. Eine Woche später scheute sich das Blatt der Lassalleaner nicht, Liebknecht einen bezahlten österreichischen Agenten zu nennen, was beweist, daß die Lassalleaner glaubten, die Woge nationaler Begeisterung, welche auch die deutsche Arbeiterschaft ergriffen hatte, nutzen zu müssen, um die Konkurrenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auszuschalten⁵⁹⁾.

⁵⁷⁾ Marx an Engels, 8. 8. 1870, ebd., S. 31.

⁵⁸⁾ Social-Demokrat, Nr. 82, 17. 7. 1870.

⁵⁹⁾ Agitator, Nr. 17, 23. 7. 1870: „... außer einer ganz winzigen Anzahl von Leuten, deren Preußenhaß sie bis zum Vaterlandsverrat treibt, ist man im ganzen weiten Lande, vom Bodensee bis nach Schleswig, vom Rheine bis zur Weichsel nur von dem einen Gedanken beseelt, die Ehre und die Freiheit der Nation gegen einen fremden Despoten, gegen den räuberischen Überfall des meineidigen Tyrannen an der Seine zu verteidigen...“; vgl. auch Nr. 18, 30. 7. 1870. Bezüglich direkter Ausschreitungen der Lassalleaner gegenüber Liebknecht im August 1870 siehe H. Beike, Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg von 1870/1871 (1957), S. 46—49.

⁵⁴⁾ Am deutlichsten erkennbar in: Engels an Marx, 5. 8. 1870, ebd., S. 30. Vgl. auch den Tenor der Artikel über den Kriegsverlauf, die Engels in The Pall Mall Gazette schrieb: Marx/Engels, Werke, Bd. 17 (1962).

⁵⁵⁾ Marx/Engels, Werke, Bd. 33, S. 8.

⁵⁶⁾ „Jesus meine Zuversicht!“, gesungen von Wilhelm I., Bismarck zur Rechten und Stieber zur Linken, ist die deutsche Marseillaise! Wie 1812 sqq. ... Wer hätte es für möglich halten sollen, daß 22 Jahre nach 1848 ein Nationalkrieg in Deutschland solchen theoretischen Ausdruck besitzen würde!“ Marx an Engels, 28. 7. 1870, ebd., S. 11.

Die Grenzen zwischen dem ADAV und dem nationalliberalen Bürgertum — beide hatten sich 1866, wenn auch nicht ohne Vorbehalte, auf den Boden der Entscheidung von Königgrätz gestellt — schienen in der ersten Phase des Deutsch-Französischen Krieges zu verschwimmen.

Ganz anders war die Situation in der Eisener Partei. August Bebel sah am 16. Juli der Entwicklung der Dinge „sehr vertrauenslos“ entgegen und war der Auffassung: „Etwas Gutes für das Volk kommt schwerlich zu Tage.“⁶⁰⁾ Wilhelm Liebknecht veröffentlichte am 20. des Monats im „Volksstaat“ eine Erklärung zum Kriege, in der er zwar feststellte, daß die Herrschaft Napoleons „der Eckstein des reaktionären Europas“ sei und mit Napoleon zugleich der „Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft“ falle, weshalb im Interesse der Arbeiterbewegung die „Vernichtung Bonapartes“ wünschenswert sei, zugleich aber an der konsequenten Ablehnung gegenüber der Schöpfung von 1866 festhielt und den Krieg als notwendige Folge davon ansah.

Der Abrechnung mit dem französischen Staatsstreich müsse die mit dem deutschen nachfolgen. Im übrigen weigerte sich Liebknecht entschieden, diesen Krieg einen deutschen zu nennen⁶¹⁾. Einen Tag später enthielten sich Liebknecht und Bebel bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag der Stimme⁶²⁾, während die Lassalleaner und auch der inzwischen zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei übergetretene Fritzsche für die Anleihe stimmten. Das motivierte Votum Bebels und Liebknechts enthielt noch einmal die Aspekte des Liebknechtschen Aufrufes.

Inzwischen hatten am 16. Juli Vorstand und Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu einer Protestversammlung gegen den Krieg aufgerufen⁶³⁾, auf der, wenn auch

nicht ohne Widerspruch, eine Resolution verabschiedet wurde, welche Napoleon und die „Majorität der sogenannten Vertreter des französischen Volkes“ als „die frivolen Friedensbrecher und Ruhestörer Europas“ verurteilte, die deutsche Nation hingegen als die beschimpfte und angegriffene hinstellte, weshalb die Versammlung den Verteidigungskrieg als unvermeidliches Übel anerkannte. Im übrigen machte die Resolution deutlich, daß der Ausbruch des Krieges die alten national-demokratischen Bestrebungen neu belebte in dem Sinne, daß er wieder die Perspektive auf die Einigung der deutschen Nation „im wahren Volksstaat“ eröffnete⁶⁴⁾.

Der Gegensatz zwischen Bebel und Liebknecht sowie dem Braunschweiger Ausschuß, der fürchtete, die sozialdemokratische Bewegung könne, wenn sie sich der nationalen Bewegung, die „eine außerordentliche Kraft und Tiefe entfaltete“, entgegenstelle, „vorübergehend von derselben ganz verschlungen werden“⁶⁵⁾, verschärfte sich seit dem 20. Juli zusehends. Schon an diesem Tag empfahl der Ausschuß Liebknecht „sehr ernstlich . . ., in dieser kritischen Zeit mit größter Ruhe und Besonnenheit zu verfahren“⁶⁶⁾. Die Reichstagsabstimmung von Liebknecht und Bebel führte zu einer entschlossenen Reaktion des Ausschusses. Nachdem Wilhelm Bracke und Samuel Spier schon am 22. Juli an August Geib telegraphiert hatten: „Liebknechts Auftreten Organ⁶⁷⁾ Reichstag furchtbare Schädigung Partei energisches Handeln notwendig. Liebknecht fügen oder absetzen“⁶⁸⁾, veröf-

Schmach über ihn!“ (Der Volksstaat, Nr. 58, 20. 7. 1870). An der Versammlung nahmen etwa 2500 Personen teil.

⁶⁴⁾ Vgl. Flugblatt über den Verlauf der Braunschweiger Volksversammlung und ihre Resolution, abgedruckt in: Die I. Internationale in Deutschland (1864—1872), Dokumente und Materialien (1964), S. 506—509.

⁶⁵⁾ W. Bracke, Der Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in Lötzen und vor dem Gericht (1872), S. 2 f.

⁶⁶⁾ Brief vom 20. 7. 1870, in: G. Eckert, Aus der Korrespondenz des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 45 (1964), S. 131.

⁶⁷⁾ Gemeint ist die Erklärung Liebknechts vom 20. 7. im „Volksstaat“.

⁶⁸⁾ Eckert, a. a. O., S. 132.

⁶⁰⁾ Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam, Bebel-Nachlaß, A 49.

⁶¹⁾ Der Volksstaat, Nr. 58, 20. 7. 1870.

⁶²⁾ Liebknecht ließ sich nur durch Bebel davon abhalten, gegen die Kredite zu stimmen. Vgl. A. Bebel, Aus meinem Leben (1961), S. 380.

⁶³⁾ Die Einladung begann mit den Worten: „Bürger! Arbeiter! Das Unerhörte ist geschehen: der Napoleonide hat Preußen den Krieg erklärt.

fentlichte der Ausschuß am 24. einen Aufruf, der am 30. im „Volksstaat“ abgedruckt wurde und als offene Kampfansage an die Liebknecht-Bebelsche Position gelten mußte. Er schloß mit den Sätzen: „Es lebe Deutschland! Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!“ und enthielt unter anderem folgende Passage: „Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einigkeit ist berechtigt; haben sich die Deutschen bei der augenblicklichen gemeinsamen *Gefahr* wie *ein* Mann zusammengeschart, so wird der gemeinsame *Kampf* das Band fester und fester schließen, und vielleicht ersteht aus den großen Wirren von heute zu unsrer aller Freude in nächster Zukunft *der deutsche Staat*. *Unsre* Aufgabe ist es, bei der Geburt dieses, so hoffen wir, *ganz* Deutschland umfassenden Staates bestimmend mitzuwirken, damit, wenn es *möglich* ist, nicht der dynastische Staat, sondern der *sozialdemokratische Volksstaat* ins Dasein tritt; *unsre* Aufgabe ist es — mag der gewordene neue Staat bei der Geburt noch dynastische Färbung tragen — ihm in ernstem, schwerem Kampf den Stempel *unserer* Ideen aufzudrücken!“⁶⁹⁾

Das Bestreben des Ausschusses ging also ganz offensichtlich dahin, einmal politischen Spielraum zu erhalten im Hinblick auf mögliche und vielleicht sogar bestimmende Einwirkung bei der erwarteten Schaffung des deutschen Nationalstaates, zum anderen zu verhindern, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die von nationaler Begeisterung ergriffen war, ins Lager Schweitzers überging. Die Chance, weitere Schichten des Volkes in diesem günstigen Augenblick für die Sache des Sozialismus und die des nationalen demokratischen Einheitsstaates zu gewinnen, sah er allerdings schon vertan⁷⁰⁾. Dabei erscheint die

Einschätzung der Situation durch Bracke, der Liebknechts und Bebels Haltung durch ihren Internationalismus geprägt sah⁷¹⁾, als verfehlt. In der Tat zeigten sich in den Gegensätzen, die sich im Juli 1870 in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auftaten, die überkommenen Positionen zur deutschen Frage. Es war nicht von ungefähr, daß der Ausschuß der Partei, der von ehemaligen Lassalleanern beherrscht wurde, auch die sich nun sehr deutlich abzeichnende preußisch-deutsche Lösung akzeptieren wollte unter der Bedingung, daß man den deutschen Nationalstaat dieser Art mitgestalten könne, selbst wenn er anfangs noch „dynastische Färbung“ trug, während Liebknecht, Bebel und, wie man wohl behaupten darf, eine Minderheit der Eisenacher nicht vom Standpunkt eines sozialistischen Internationalismus, sondern aus der Verbindung radikaler nationaldemokratischer großdeutscher Anschauungen und seit 1866 tief eingewurzelter Preußenhaß dem Krieg von 1870 den nationalen Charakter absprachen⁷²⁾. Die Proletarier hatten — so Liebknecht — mit diesem Krieg „nichts gemein“⁷³⁾.

Seite des Krieges aufgegriffen, hätte uns die Herzen erobert, die Herzen des Volkes. *Bebel* und *Liebknecht* haben sie uns entfremdet. Fährt Liebknecht in dieser Weise fort, so haben wir am Ende des Krieges noch ein Dutzend eingefleischter Socialrepublikaner und eine Anzahl Sachsen, die ihres *Particularismus* wegen die *internationale, fern* liegende Idee weit lieber haben, als die nahe liegende, ihnen aber von 1866 her ihres schwarzweißen Gewandes wegen widerlich gewordene *nationale*.“ Bracke an Geib, 29. 7. 1870, in: Eckert, a. a. O., S. 134.

⁷¹⁾ „Die Art aber, wie Liebknecht die Situation faßt, und auch die Art, wie Ihr sie ansieht, halten wir nicht allein für principiell falsch, sondern auch für einen kolossalen taktischen Fehler. Principiell halten wir sie für falsch, da wir uns nicht vorstellen können, wie es möglich ist, daß Jemand seines berechtigten internationalen Standpunktes halber den *nationalen verleugnen* will. Ist das *Übermaß* von Nationalgefühl wie das *Übermaß* von *engerer* Vaterlandsliebe (*Particularismus*) zu tadeln, so ist's ein Gleiches mit dem *Übermaße* von Kosmopolitismus. ... Der internationale Gedanke kann doch nur verwirklicht werden *zwischen* den *einzelnen Nationen*.“ Bracke an Geib, 29. 7. 1870, in: Eckert, a. a. O., S. 133.

⁷²⁾ Vgl. hierzu Conze/Groh, a. a. O., S. 91, 93.

⁷³⁾ *Der Volksstaat*, Nr. 59, 23. 7. 1870.

⁶⁹⁾ *Der Volksstaat*, Nr. 61, 30. 7. 1870.

⁷⁰⁾ „Kein Augenblick war günstiger als der jetzige. Mit unserer ganzen Eigentümlichkeit die nationale

Wenn Marx und Engels auch nicht unbedingt auf dem Standpunkt der Braunschweiger standen, so erst recht nicht auf dem Liebknechts. Schon in der ersten Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation über den Deutsch-Französischen Krieg hatte Karl Marx den Krieg von deutscher Seite als Verteidigungskrieg charakterisiert, für dessen Ausbruch er allerdings auch die Politik Bismarcks verantwortlich machte⁷⁴). Er lehnte aber entschieden ab, daß Wilhelm Liebknecht aus der Adresse, „die er sich natürlich vorher ins Wilhelmsche übersetzt hat“, eine Übereinstimmung in den Anschauungen herleitete⁷⁵). In einem Schreiben an den Braunschweiger Ausschuß Ende August 1870 hat er „die widerliche ‚Identität‘, worin unser Wilhelm sich, sobald es seinen Zwecken dient, mit mir ändern vorlügt, ein für allemal beseitigt“⁷⁶).

Auch Liebknechts und Bebels Stimmenthaltung im Norddeutschen Reichstag wurde von Marx nur mit mäßigem Beifall bedacht. Er verband die Anerkennung der Tatsache, daß in diesem Moment „die Prinzipienreiterei un acte de courage“ war, mit der Kritik daran, „daß dieser Moment fort dauert und ... daß die Stellung des deutschen Proletariats in einem Krieg, der national geworden ist, sich in Wilhelms Antipathie gegen die Preußen zusammenfaßt“⁷⁷). Noch schärfer war die Absage Friedrich Engels' an die Politik Liebknechts. Daß eine deutsche politische Partei in dem Augenblick, wo die Masse des deutschen Volkes aller Klassen in diesem Krieg in erster Linie eine Frage der nationalen Existenz sah⁷⁸), „à la Wilhelm die totale Abstention predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksicht setzen“ konnte, schien ihm „unmöglich“. „Daß — und jetzt kommen die

Nebenrücksichten —“, schrieb er an Marx, „dieser Krieg von Lehmann, Bismarck und Co. kommandiert wird und ihnen zur augenblicklichen Gloire dienen muß, falls sie ihn glücklich durchführen, das verdanken wir der Misere der deutschen Bourgeoisie. Es ist allerdings sehr öfklig, aber nichts zu ändern. Darum aber den Antibismarckismus zum alleinleitenden Prinzip erheben, wäre absurd. Erstens tut [Bismarck] jetzt, wie 1866, immer ein Stück unsrer Arbeit, in seiner Weise und ohne es zu wollen, aber er tut's doch. Er schafft uns reineren Bord als vorher. ... Überhaupt à la Liebknecht die ganze Geschichte seit 1866 rückgängig machen zu wollen, weil sie ihm nicht gefällt, ist Blödsinn“⁷⁹).

Die Kritik an Liebknecht verband sich mit einer eigentümlichen Beanspruchung der Politik Bismarcks im Hinblick auf die Vorbereitung des Terrains für die soziale Revolution. Später ist diese aus erzwungener Passivität erwachsene These von Engels und Bebel zu dem Dogma verallgemeinert worden, daß die herrschenden Klassen in Deutschland und deren Repräsentanten, in erster Linie Bismarck, was immer sie auch tun, der sozialen Revolution und ihrem eigenen Untergang in die Hände arbeiten und man deswegen geradezu „die Hände in den Schoß legen“ könne⁸⁰). Die Einordnung der Ereignisse von 1870/71 in die revolutionäre Strategie Engels' wird noch an deren Stelle in dem oben zitierten Brief an Marx sinnfällig: „Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt und Tritte, ist allerdings das wahre, um eine soziale Revolution zu machen, und noch dazu in Wilhelms geliebten X-Kleinstaaten!“⁸¹) Folgerichtig enthielt das Programm, das er für das Vorgehen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entwarf, als ersten Punkt: „sich der nationalen Bewegung anschließen ... , soweit und solange sie sich auf Verteidigung Deutschlands beschränkt (was die Offensive bis zum Frieden unter Umständen nicht ausschließt)“⁸²).

⁷⁴) Marx/Engels, Werke, Bd. 17 (1962), S. 3—8.

⁷⁵) Marx an Engels, 17. 8. 1870, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 33, S. 43.

⁷⁶) Marx an Engels, 2. 9. 1870, ebd., S. 50.

⁷⁷) Vgl. Anm. 75.

⁷⁸) Vgl. auch die retrospektive Beurteilung aus dem Jahre 1888: Das Volk sah 1870 „durch alle beiderseitigen diplomatischen Lügen hindurch nur die eine Tatsache ... : hier handle es sich um einen Krieg nicht nur um den Rhein, sondern um die nationale Existenz ... Und vor diesem nationalen Aufschwung verschwanden alle Klassenunterschiede ...“: F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, S. 439.

⁷⁹) Engels an Marx, 15. 8. 1870, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 33, S. 40.

⁸⁰) Hierzu H.-J. Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg (21969), S. 61 ff.

⁸¹) Vgl. Anm. 79, S. 41.

⁸²) Ebd. S. 40.

Mit der Entscheidung von Sedan, die die Gefangennahme Napoleons im Gefolge hatte sowie die Ausrufung der Republik in Frankreich, wurden die verschiedenen Richtungen in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung wieder zusammengeführt. Schon in der ersten Adresse des Generalrats der IAA hatte Marx davor gewarnt, den Krieg in einen solchen gegen das französische Volk ausarten zu lassen und in genialer Voraussicht auf die im Hintergrund lauernde, „unheimliche Gestalt Rußlands“⁸³⁾ hingewiesen. Er und Engels, der im Juli und August, obwohl das „alte Geheul von Elsaß und Lothringen schon wieder ganz flott im Gange“ war⁸⁴⁾, geglaubt hatte, daß sich Preußen zu einem ehrenhaften Frieden gegenüber einer französischen Republik verstehen werde, wobei Frankreich „etwas Land“ wohl lassen müsse (!)⁸⁵⁾, legten schon vor Sedan in einem Brief an den Braunschweiger Ausschuß die zukünftige Taktik fest. Sie war ganz auf die Frage der Annexion Elsaß-Lothringens bezogen und konnte so von beiden Richtungen in der Eisenacher Partei akzeptiert werden. Die deutsche Arbeiterklasse wurde aufgerufen, „en masse“ ihre Stimme gegen die Annexionsgelüste zu erheben, wobei die Londoner die für die spätere deutsche Geschichte letztlich entscheidende Konstellation — Frankreich im Bunde mit Rußland gegen Deutschland — klarsichtig voraussahen. Mit unnachahmlichem Zynismus attestierten sie den Deutschen, daß sie diese „Einheit in der preußischen Kaserne“ reichlich verdient haben, um dann im Sinne ihres schon bekannten revolutionären Opportunismus auch diese Einheit dahin gehend zu werten, daß die Verhältnisse „sich auf großem Maßstab entwickeln und vereinfachen“ werden.

Schließlich war für Marx und Engels das im Juli Erhoffte zur Gewißheit geworden: „Dieser Krieg hat den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt.“⁸⁶⁾ Dieser Brief ist ein-

gegangen in das Manifest des Braunschweiger Ausschusses vom 5. September 1870, in dem der Annexionswut entgegengetreten und ein ehrenvoller Friede mit dem französischen Volk gefordert wurde⁸⁷⁾. Unabhängig davon, daß die führenden Vertreter der 1. Internationale Liebknechts die jetzt erwachte Schwärmerie für die französische „Notdurftsrepublik“ nicht teilten⁸⁸⁾, war die Aktionseinheit der sozialistischen Arbeiterparteien wiederhergestellt und die Gefahr, daß durch das Aufleben der nationalen Leidenschaften in Deutschland wie auch in Frankreich die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung gesprengt würde⁸⁹⁾, gebannt. Das Manifest der Braunschweiger und seine Folgen sind bedeutsam geworden, was die Stellung der sozialistischen Parteien zum deutschen Nationalstaat angeht, der wenige Monate später begründet wurde.

Auf Befehl des Generalgouverneurs und Oberkommandierenden in Norddeutschland, General Vogel von Falckenstein, wurden am 9. September die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses, zwei andere Parteimitglieder sowie der Drucker des Manifestes verhaftet und wie Schwerverbrecher mit Ketten gefesselt auf die Festung Lötzen gebracht⁹⁰⁾. Daß wenige Tage später nicht nur weitere führende Mitglieder der Eisenacher Partei, sondern auch der preußische Demokrat und Kantianer Johann Jacoby aufgrund einer Rede, die er am 14. September in Königsberg gegen die Annexion Elsaß-Lothringens gehalten hatte, in Haft ge-

S. 268—270; vgl. auch die zweite Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, ebd., S. 271—279.

⁸⁷⁾ Abdruck des Manifests in: Die I. Internationale in Deutschland, a. a. O., S. 533—539.

⁸⁸⁾ Joh. Phil. Becker an F. A. Sorge, 19. 2. 1871, in: Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere (1906), S. 20; dazu Engels an Marx, 7. 9. 1870, Marx an Engels, 10. 9. 1870, Engels an Marx 12. 9. 1870, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 33, S. 56—62.

⁸⁹⁾ Vgl. Joh. Phil. Becker an F. A. Sorge, 19. 2. 1871, a. a. O.: „Wir hatten furchtbar zu kämpfen, da ein großer Teil sowohl der deutschen als französischen Arbeiter vom Nationalschwindel ergriffen wurden.“

⁹⁰⁾ Hierzu W. Bracke, Der Braunschweiger Ausschuß... (1872).

⁸³⁾ A. a. O., S. 6.

⁸⁴⁾ Engels an Marx, 31. 7. 1870, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 33, S. 16.

⁸⁵⁾ Engels an Marx, 10. 8. 1870, ebd., S. 34.

⁸⁶⁾ Brief an den Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 17,

nommen wurden, schien die Prognose der Londoner von der kommenden Einheit in der preußischen Kaserne zu bestätigen. Gerade jene Führungsgruppe in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche die „reine Negation“⁹¹⁾ gegenüber der erwarteten Errichtung des preußisch-deutschen Staates ablehnte und bei dessen Gestaltung den Einfluß der deutschen Arbeiterbewegung geltend zu machen können glaubte, wurde zuerst von den staatlichen Verfolgungsmaßnahmen betroffen, welche sich von der Lötzener Ketten-Affäre über die Ära Tessedorf bis hin zum Sozialistengesetz ständig verschärfen sollten. Im „Volksstaat“, der Ende September in ganz Norddeutschland verboten wurde, erschien seit 21. des Monats auf der ersten Seite jeder Nummer der Aufruf: „Ein billiger Friede mit der französischen Republik! Keine Annexionen! Bestrafung Bonapartes und seiner Mitschuldigen!“ Auch die Lassalleaner schwenkten, wenn auch vorerst nicht so eindeutig, auf diese Linie ein.

Die Haltung der deutschen Arbeiterparteien im eigentlichen Stadium der Reichsgründung war von zwei Momenten bestimmt, 1. dem Kampf „gegen die Annexionswut, gegen die Franzosenhetze und gegen den nationalen Größenschwindel“⁹²⁾, 2. der Enttäuschung, daß der deutsche Nationalstaat sich nicht durch freiheitliche Umstände auszeichnen werde. So erklärte Bebel Anfang Dezember im Norddeutschen Reichstag angesichts der Verhaftungen und Verbote: „Das wirft kein schönes und ermutigendes Licht auf das, was für die nächste Zeit Deutschland in freiheitlicher Beziehung trotz aller Opfer, die es im gegenwärtigen Krieg gebracht hat, zu erwarten hat...“⁹³⁾

Auch der ADAV, dessen Abgeordnete zusammen mit den Eisenachern am 28. November gegen weitere Kriegskredite stimmten, sah sich im Spätherbst vor die Tatsache gestellt, daß die Parole „durch Einheit zur Freiheit“ durch die geschichtlichen Ereignisse als bloßes Wunschdenken entlarvt worden war und der

⁹¹⁾ Bracke an Geib, 29. 7. 1870, in: G. Eckert, a. a. O., S. 134.

⁹²⁾ Bracke an Geib, 1. 9. 1870, in: W. Bracke, Der Braunschweiger Ausschuß, a. a. O., S. 142.

⁹³⁾ 3. 12. 1870 im Reichstag des Norddeutschen Bundes.

dynastische Krieg von 1870 keine freiheitlichen Zustände schaffen konnte⁹⁴⁾. Dabei traten in der Kritik an der Entwicklung während der letzten Monate des Jahres 1870 selbst bei Schweitzer wieder großdeutsche Anschauungen hervor⁹⁵⁾, die auch weiterhin zu den Ausgangspunkten gehörten, von denen Liebknecht aus die Gründung des kleindeutschen Kaiserreichs attackierte, wobei er die Erinnerung an 1849 wachrief und sich angesichts längst verlorengegangener Möglichkeiten an die Utopie klammerte, die deutsche Frage könne in einem revolutionären Bürgerkrieg doch noch einmal anders entschieden werden⁹⁶⁾. Die äußerste Zuspitzung der Situation war am 17. Dezember erreicht, als die preußische Regierung Bebel und Liebknecht wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaften ließ. Damit war für die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland entschieden, daß das künftige Reich nicht nur keinen Boden für die Verwirklichung ihrer sozialen und nationalen Forderungen bieten, sondern im Gegenteil ein starker Hort der Reaktion in Europa sein würde.

Der letzte Akt der Reichsgründung wurde von dieser Seite nur noch mit schneidendem Hohn kommentiert, der eigentlich nicht aggressiv war, sondern tiefer Resignation entstammte.

Der ungezügelte Spott, mit dem der „Volksstaat“ sich über die „Kaiserposse“ und die Deputation des Reichstages ausließ, welche als „Bemühungen der Selbstverspottung“ des Par-

⁹⁴⁾ Vgl. Schweitzer im Social-Demokrat, Nr. 33, 24. 3. 1871. Mit deutlicher Anspielung auf die Lassalleaner hat Bebel am 6. 12. 1870 im Reichstag des Norddeutschen Bundes gesagt: „Ich betrachte insofern die Ereignisse mit einer gewissen Genugtuung, weil nämlich die eine Frage, die sogenannte Einigungsfrage, von der Tagesordnung nunmehr verschwunden ist, gerade jene Frage, welche Jahre lang dazu beigetragen hat, Millionen ehrenwerter und tüchtiger Männer irre zu führen, welche meinten: erst Einigung, nachher wird sich die Freiheit schon finden. Nun, wir haben jetzt die Einigung und wir werden sehen, wie es mit der Freiheit beschaffen ist.“

⁹⁵⁾ Vgl. Conze/Groh, a. a. O., S. 96.

⁹⁶⁾ 9. 12. 1870 im Reichstag des Norddeutschen Bundes: „Im Jahre 1849 haben wir uns auf dem Schlachtfeld gegenübergestanden; — (Oh! Oh!) nicht in diesem Reichstag wird die deutsche Frage gelöst, sie wird zwischen uns auf dem Schlachtfelde gelöst werden! (Lärm)“.

laments charakterisiert wurden⁹⁷⁾, kann die bitteren Untertöne nicht verdecken, die darin begründet lagen, daß am 18. Januar 1871 im Versailler Schloß Fürsten, Generale, Soldaten und Höflinge die Kulisse der Kaiserproklamation bildeten, das „Volk“ aber nicht vertreten war.

Was die Haltung von Marx und Engels zu den Vorgängen vom Oktober 1870 bis zur Kaiserproklamation angeht, gibt es so gut wie keine direkten Zeugnisse. Das bedauernde Fehlen jeder Stellungnahme ist darauf zurückzuführen, daß Engels am 20. September von Manchester nach London in die Nähe von Marx' Wohnung zog, was ihren regelmäßigen Briefwechsel beendete. Wie Marx das Reich von 1871 beurteilte, läßt sich jedoch aus späteren Äußerungen erschließen, am besten wohl aus der 1875 verfaßten „Kritik des Gothaer Programms“, in der er die Gründung von 1871 als einen Staat charakterisierte, „der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist . . .“⁹⁸⁾.

Schon bei seiner Gründung sah sich die sozialistische Arbeiterschaft in diesem Reich, das sich im direkten Gegensatz zu ihren Zielen entwickelte, staatlicher Verfolgung ausgesetzt, so daß Engels vermuten mußte, daß sie das Opfer abgeben sollten, „bei dessen Opferung Junker und Bourgeoisie sich versöhnen“⁹⁹⁾. In der Tat wollte dieser Staat die noch junge und zahlenmäßig schwache Arbeiterbewegung, der das Odium der Vaterlandslosigkeit angehängt wurde, nicht integrieren. Liebknecht sah sich im Oktober 1871 zu der Feststellung gezwungen: „Ihr nennt uns, scheltend, ‚vaterlandslos‘, und Ihr selbst habt uns vaterlandslos gemacht.“¹⁰⁰⁾

Nachdem die auf die Schaffung eines „freien Volksstaates“ gerichteten Hoffnungen weit-

gehend gescheitert waren, ja nicht einmal die „bürgerliche Freiheit“, welche jetzt unter die „Kategorie der Jugend-Eseleien“ der Bourgeoisie gerechnet wurde¹⁰¹⁾, in Sicht war, was seinen Ausdruck fand in dem Vers Georg Herweghs

„Schwarz-weiß-rot, schwarz-weiß-rot,
Aller Freiheit sicherer Tod!“,

wurden die Erwartungen immer stärker auf die proletarische Revolution gerichtet und die Vorstellung vom aus der geschichtlichen Notwendigkeit entspringenden Untergang der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft und damit auch des von den herrschenden Klassen getragenen Staatswesens trat gleichsam ersatzweise an die Stelle des unter dem Zwang der Ereignisse nicht realisierten Nahziels, welches aber eigentlich nie aufgegeben wurde. So konnte Wilhelm Liebknecht schon 1871 verkünden: „In dem Glockengeläute zur Feier Eurer Siege hören wir schon das Grabgeläute Eurer Herrlichkeit.“¹⁰²⁾

Ein marxistischer Historiker hat erst jüngst festgestellt: „Die historische Stellung der Reichseinigung ist bestimmt von den Wirkungen der Pariser Kommune.“¹⁰³⁾ Wenn man auch bezweifeln muß, daß diese These — so apodiktisch vorgetragen — zutrifft, so läßt sie sich doch dahin gehend spezifizieren, daß der Pariser Kommune-Aufstand, indem Marx, Engels und die sozialistischen Parteien in Deutschland sich mit ihm identifizierten und die Kommune als „Vorbote einer neuen Gesellschaft feierten“¹⁰⁴⁾, das schon aufs schwerste gestörte Verhältnis der Arbeiterbewegung zum gerade aus der Taufe gehobenen deut-

¹⁰¹⁾ A. Bebel, Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie (1873), S. 3 f.

¹⁰²⁾ W. Liebknecht, Zu Trutz und Schutz, a. a. O., S. 4. Vgl. auch Liebknecht vor dem Schwurgericht zu Leipzig 1872: „Ein Staat wie das Bismarcksche Preußen-Deutschland ist durch seinen Ursprung mit fatalistischer Notwendigkeit dem gewaltsamen Untergang geweiht.“ Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11.—26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht (1894), S. 459.

¹⁰³⁾ H. Bartel, a. a. O., S. 436.

¹⁰⁴⁾ K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 17, S. 362.

⁹⁷⁾ Nr. 100, 101, 14./17. 12. 1870.

⁹⁸⁾ Marx/Engels, Werke, Bd. 19 (1962), S. 29.

⁹⁹⁾ Engels an Carl Klein und Friedrich Moll, 10. 3. 1871, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 33, S. 188.

¹⁰⁰⁾ W. Liebknecht, Zu Trutz und Schutz, Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871 (1883), S. 4.

schen Nationalstaat entscheidend belastet hat. Die skandalös einseitige Berichterstattung in so ziemlich der gesamten deutschen Presse über die Ereignisse in Paris, durch die das rote Gespenst schrecklichster Art an die Wand gemalt wurde ¹⁰⁵⁾, während die weit furchtbareren Exzesse der Versailler Truppen — in den sozialdemokratischen Blättern durchgängig als „Ordnungsbanditen“ bezeichnet — nicht nur ohne Empörung, sondern sogar mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurden, hat das Bürgertum verschreckt. Demgegenüber sah sich die im Nationalstaat, wie er nun entstanden war, frustrierte Arbeiterbewegung angesichts des Kommune-Aufstandes und der Reaktion aller anderen Gesellschaftsschichten auf die Vorgänge in Paris auf die internationale Klassensolidarität verwiesen. Indem die sozialistische Arbeiterbewegung sich mit der Kommune solidarisch erklärte, die August Bebel am 25. Mai 1871 im Reichstag nur als „kleines Vorpostengefecht“ bezeichnete, sahen jene Gesellschaftsschichten, die sich als Träger des gerade begründeten Reichs betrachteten, in der Arbeiterbewegung und ihrem Programm eine tödliche Gefahr für diesen Staat. Auch Bismarcks „Dämonenfurcht vor der Revolution“ ¹⁰⁶⁾ ist vor dem Hintergrund des Pariser Kommune-Aufstandes sowie vor allem der Reichstagsrede Bebels zu sehen, auf welche er sich 1878 anlässlich des von ihm eingebrachten Sozialistengesetzes bezogen hat. Daß man jedoch solche Beweggründe für das Sozialistengesetz, das die 1871 in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung noch nicht voll entfaltete Theorie, nachdem der Staat ein Instrument der herrschenden Klasse ist, den Betroffenen zu bestätigen schien, nicht überbewerten darf, macht schon die Reaktion der Zeitgenossen deutlich, welche durchaus sahen, daß das „arglose (liberale) Marienkäferchen...

¹⁰⁵⁾ Hierzu plastisch Neuer Social-Demokrat, Nr. 6, 14. 7. 1871: „Man sieht es [das rote Gespenst, St.] mit blutunterlaufenen Augen, mit grinsendem Antlitz, zähnefletschend, Schlangen anstatt Haare auf dem Haupte, in der einen Hand die Petroleumflasche und in der anderen Hand Orsinibomben, durch alle liberalen und konservativen Zeitungen schleichen.“

¹⁰⁶⁾ Th. Schieder, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (1958), S. 40.

mit dem schädlichen (sozialdemokratischen) Koloradokäfer eine solche Ähnlichkeit [hat], daß es häufig mit diesem verwechselt und arg zugerichtet“ wurde ¹⁰⁷⁾.

In zweifacher Hinsicht bedeutete die Reichsgründung von 1871 für die sozialistische Arbeiterbewegung einen tiefen Einschnitt. Die eine Hinsicht betraf Marx und Engels, die andere die beiden deutschen Arbeiterparteien bzw. nach der Einigung von 1875 die Sozialdemokratie. Für Marx und Engels war es mit der Reichsgründung entschieden, daß sich der Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung nach Deutschland verlagert hatte, wo sich die nationale Arbeiterbewegung wie die Bourgeoisie in Zukunft auf „großem Fuße“ entwickeln konnte. Paradoxiere kam der Untergang der französischen Kommune, der Aderlaß von Paris, dieser These entgegen. Den im Ende der Kommune geborenen Mythos, der es der sozialen Revolution des 19. Jahrhunderts möglich machte, ihre „Poesie“ auch aus der Vergangenheit zu schöpfen ¹⁰⁸⁾, als Wirklichkeit in die Zukunft zu transponieren, wurde nun gemäß den Einsichten der Londoner in erster Linie Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung. Schon durch die Wahlen von 1874 und erst recht durch die von 1877 sahen Marx und Engels ihre Prognose glänzend bestätigt ¹⁰⁹⁾. Sie wußten natürlich wie stets um den eigentlichen Grund dieser Entwicklung. Er lag nicht nur in der Konzentration der Produktionsmittel, die sich, mit Ausnahme Amerikas, in keinem Land der Welt so steigerte wie in Deutschland, sondern auch in der „echt internationalen Haltung“ der deutschen Arbeiter während des Deutsch-Französischen

¹⁰⁷⁾ So eine Karikatur des „Kladderadatsch“ aus dem Jahre 1878, in: F. Wendel, Der Sozialismus in der Karikatur (1924), S. 36.

¹⁰⁸⁾ Noch im „18. Brumaire des Louis Napoleon“ hatte Marx 1852 geschrieben: „Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft“. Marx/Engels, Werke, Bd. 8 (1960), S. 117.

¹⁰⁹⁾ Vgl. z. B. F. Engels, Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 121.

¹¹⁰⁾ Engels an Bebel, 18. [—28.] 3. 1875, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, a. a. O., S. 29.

Krieges¹¹⁰), wobei die Auseinandersetzungen in der ersten Phase dieses Krieges nicht weiter berücksichtigt wurden. Wenn aber die These richtig war, daß die deutsche Arbeiterbewegung seit 1870/71 an die Spitze der europäischen und damit der internationalen Arbeiterbewegung gerückt war, so war nunmehr die Sache der proletarischen Revolution verknüpft mit dem Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung und damit, was im Rahmen dieser Untersuchung von höchster Relevanz ist, mit dem des deutschen Kaiserreichs.

Wenn auch die Londoner mit aller Eindringlichkeit vor der Annexion von Elsaß-Lothringen gewarnt und das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland als notwendige Folge davon vorausgesagt haben, so war wenigstens Engels in der Folgezeit angesichts des Aufschwungs, den die Sozialdemokratie nahm, nicht bereit, einen Revanchekrieg von französischer Seite zu tolerieren. Noch zu Lebzeiten von Marx hat er an Eduard Bernstein geschrieben, für den Fall, daß die Elsässer einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland provozieren und damit dem kämpfenden Proletariat in die Parade fahren würden, sei ein energisches „Halt da!“ am Platze¹¹¹). Nachdem der Besuch eines französischen Flottengeschwaders im Juli 1891 in Kronstadt die französisch-russische Annäherung augenfällig demonstriert hatte, versuchte er, mit allen Mitteln auf die französischen Sozialisten Einfluß zu nehmen und sie davor zu warnen, aus nationalistischen Gründen ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis mit Rußland zu stützen. Der Verlust Elsaß-Lothringens sei letztlich das Ergebnis eines Krieges, der aus dem Anspruch Frankreichs, sich in innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen, entstanden sei, hielt er Laura Lafargue vor, und er sei nicht bereit, „das ganze Schicksal Europas und der Arbeiterklasse der Frage unterzuordnen, wem dieses elende bißchen Land gehören soll“¹¹²).

¹¹¹) Engels an Bernstein, 22.—25. 2. 1882, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 35 (1967), S. 280.

¹¹²) Engels an Laura Lafargue, 12. 7. 1891, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 38, S. 135.

In dem Artikel „Der Sozialismus in Deutschland“, der Anfang Dezember 1891 im „Almanach du Parti Ouvrier pour 1892“ veröffentlicht wurde, hat er im Anblick drohender Kriegsgefahr die Vision der „zarischen Horden“ in Deutschland beschworen und die unverhüllte Drohung geäußert, daß der deutsche Sozialismus, der, wenn die französische Republik auch „möglicherweise“ gegenüber dem deutschen Kaisertum die bürgerliche Revolution präsentieren könne, „gegenüber der Republik eines Constans, eines Rouvier und selbst eines Clemenceau, besonders aber gegenüber der Republik im Dienste des russischen Zaren ... unbedingt die proletarische Revolution“ verkörpert, sich rückhaltlos für die nationale Existenz Deutschlands schlagen würde: „Sollte der Eroberungsdurst des Zaren und die chauvinistische Ungeduld der französischen Bourgeoisie den siegreichen, aber friedlichen Vormarsch der deutschen Sozialisten aufhalten, so sind diese — verlaßt euch darauf — bereit, der Welt zu beweisen, daß die deutschen Proletarier von heute der französischen Sansculotten von vor hundert Jahren nicht unwürdig sind und daß 1893 sich sehen lassen kann neben 1793. Und wenn dann die Soldaten des Herrn Constans den Fuß auf deutsches Gebiet setzen, wird man sie begrüßen mit den Worten der Marseillaise:

Quoi, ces cohortes étrangères
Feraient la loi dans nos foyers!

Wie, soll dieses fremde Heer uns schnöde
Gewalt antun am eignen Herd?“¹¹³)

Diese deutlichen Worte an die Adresse der französischen Sozialisten finden ihre Ergänzung in einem Brief an Bebel, worin die völlige Identifikation von Engels und der sozialistischen Arbeiterbewegung mit dem Bestand des deutschen Reiches in außenpolitischer Hinsicht schon im Stil des Schreibens zum Ausdruck kommt. „Werden wir [!] geschlagen, so ist dem Chauvinismus und Revanchekrieg in Europa Tür und Tor geöffnet. Siegen wir [!], so kommt unsere Partei ans Ruder. Der Sieg Deutschlands ist also der Sieg der Revolution, und wir müssen ihn, kommt's zum Krieg, nicht

¹¹³) Marx/Engels, Werke, Bd. 22 (1963), S. 255 f.

nur wünschen, sondern mit allen Mitteln befördern.“¹¹⁴⁾

Die Gründung von 1871, der deutsche Nationalstaat, war in der revolutionären Strategie von Engels ein positiver Faktor geworden, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Unabhängig von der innenpolitischen Verfassung des Reiches bildete die 1871 geschaffene Einheit die Bedingung der Existenz der Arbeiterpartei, welche an die Spitze der internationalen Bewegung des Proletariats gerückt war; weshalb Engels an den französischen Sozialistenführer und Schwiegersohn Karl Marx' 1893 jenen Satz schrieb, der dieser Untersuchung vorangestellt wurde: „Niemals würden wir Deutschland auf den Stand der Zersplitterung und Ohnmacht von vor 1866 zurückwerfen lassen.“¹¹⁵⁾ Die Arbeiterbewegung mußte also an der nationalen Existenz Deutschlands in letzter Konsequenz noch stärker interessiert sein als die anderen Gesellschaftsschichten und wurde von Engels aufgerufen, dafür „bis auf den letzten Mann [zu] kämpfen“¹¹⁶⁾.

Während Engels bei aller scharfen Kritik an den inneren Zuständen im Kaiserreich letztlich diesem Reich eine positive Funktion zuweisen konnte, sahen sich die deutschen Sozialdemokraten vom Tage der Reichsgründung an viel intensiver mit den innenpolitischen Verhältnissen konfrontiert, und diese wurden eigentlich der Maßstab, mit dem sie retrospektiv die Reichsgründung beurteilten. Wilhelm Liebknecht hat 1872 vor dem Schwurgericht in Leipzig bekannt, daß ihm von Jugend an ein zweifaches Ideal vorgeschwebt habe, „das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft“¹¹⁷⁾. Liebknechts Ideale waren im wesentlichen die der Arbeiterbewegung, und außer der kleindeutschen Einheit hatte in den Augen ihrer Anhän-

ger das Jahr 1871 nichts davon verwirklicht. Hier ist der Ausgangspunkt für die Kritik an Bismarcks Schöpfung zu sehen, wobei die Reichseinheit als solche nie in Frage gestellt wurde. Wenn in diesem Zusammenhang die These vertreten worden ist, daß im Moment der Reichsgründung die Arbeiterbewegung aus der nationalen Bewegung ausgeschieden ist¹¹⁸⁾, so ist dem doch zuerst einmal entgegenzuhalten, daß nach der Reichsgründung von „nationaler Bewegung“ in Deutschland schlechterdings nicht mehr gesprochen werden kann. Der eine Teil dieser Bewegung sah sich 1871 am Ziel der Bestrebungen angelangt, was naturgemäß das Ende als „Bewegung“ bedeutete, der andere Teil, die Arbeiterbewegung und die Reste unversöhnt gebliebener Demokraten, war in seinen nationalen Zielen gescheitert, schied aber deshalb nicht notwendigerweise aus dem Zusammenhang von Staat und Gesellschaft aus. Hier ist eine Entwicklung zu sehen, die bis weit in die Zeit des Sozialistengesetzes reichte. Wenn ebenfalls behauptet worden ist, daß die Aufgabe des Ideals vom „freien Volksstaat“ in der sozialistischen Arbeiterbewegung nach 1871 schon darin zum Ausdruck kommt, daß der Name des Zentralorgans der 1875 vereinigten Sozialdemokratie in „Vorwärts“ umgewandelt wurde¹¹⁹⁾, so erscheint dies zwar als geistreiche Interpretation dieses Faktums, doch zeigt ein Studium des Protokolls des Gothaer Parteitages und der Quellen aus jenen Wochen und Monaten, daß der Grund für solche Namensänderung ein sehr simpler und einleuchtender war: Den Lassalleanern konnte nicht zugemutet werden, daß der „Volksstaat“ der Eisenacher Partei unter diesem Namen Organ der Gesamtpartei werden sollte.

Daß schließlich das „Nationale“ seit 1871 von links nach rechts rückte, wird man nur dann akzeptieren können, wenn man am Ende dieses Prozesses das Nationale als nicht mehr identisch mit den „wahrhaft nationalen Ideen“ im Engelsschen Sinne ansieht, es sei denn, man würde angesichts des weiteren Verlaufs deutscher Geschichte seit nunmehr 100 Jahren

¹¹⁴⁾ Engels an Bebel, 29. 9. 1891, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, a. a. O., S. 440 f.

¹¹⁵⁾ Engels an Paul Lafargue, 27. 6. 1893, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 39, S. 90.

¹¹⁶⁾ Vgl. Interview Friedrich Engels' mit dem Korrespondenten der Zeitung „L'Éclair“ am 1. 4. 1892, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, S. 537.

¹¹⁷⁾ Der Hochverrats-Prozeß, a. a. O., S. 77.

¹¹⁹⁾ Ebd., S. 115.

¹¹⁸⁾ Conze/Groh, a. a. O., S. 114 f.

Königtum, Herr, Flotte und Kolonien¹²⁰) als die wahrhaft nationalen Fragen der Epoche zwischen 1871 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ansehen. Hier sind auch durchaus die Argumente marxistischer Historiker ernst zu nehmen, die den Vorwurf erheben, daß die kleindeutsch-national-liberale Geschichtsschreibung nur zu leicht bereit war, Ergebnisse der „Klassenpolitik“, wie es in der Terminologie der DDR-Historiographie heißt, mit dem Interesse der Nation gleichzusetzen¹²¹).

Wie seinerzeit die Sozialdemokratie dem Deutschen Reich gegenüberstand, tritt wohl am besten in einem Artikel Julius Mottelers, der zur Zeit des Sozialistengesetzes als „roter Feldpostmeister“ eine legendäre Gestalt wurde, aus dem Jahre 1874 zu Tage. Motteler schrieb damals im „Volksstaat“: „Wir sind Gegner des Reichs, insofern das Reich bestimmte Einrichtungen repräsentiert, unter denen wir uns gedrückt fühlen, unter denen wir *leiden*“, und führte weiter aus, daß die Sozialisten nicht Gegner des Reichs sind, „weil es ein Reich und weil es ein nationales Ganzes sei, sondern weil es in seiner dermaligen Beschaffenheit den Zweck seines Daseins nicht erfüllen kann“. In eindringlich bildlicher Sprache wurde von ihm endlich die differenzierte Position der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgezeigt: „Sagen auch die Verteidiger des neuesten deutschen Nationalfracks: ‚Das, was unser Frack denkt, ist das Reich‘, so bleibt doch dem Sozialismus unbenommen, nachzuweisen oder anzudeuten, daß das Reich vom Volke im Wesen und Ausdruck anders gedacht und verlangt wird, aber doch als Reich, doch als nationales Ganzes.“¹²²)

Die eine Seite dieser Aussage, das unbedingte und rückhaltlose Bekenntnis zur Reichseinheit, läßt sich im sozialdemokratischen Schrifttum während der Epoche von 1871 bis 1914 vielfach nachweisen. Der langjährige Parteisekretär Ignaz Auer hat in einer Schrift zum 25. Jahrestag der Schlacht von Sedan sich sogar zu

der Behauptung verstiegen, daß „kein geistig normaler Mensch den Einheitsstaat wieder aus der Welt schaffen wolle“¹²³). Unter diesem Aspekt war die Sozialdemokratie schließlich auch bereit, die Annexion Elsaß-Lothringens anzuerkennen, und zwar auch in dem Sinne, daß von einer Rückgabe dieses Gebietes an Frankreich nicht mehr die Rede sein könne¹²⁴). Die andere Seite der Feststellungen Mottelers verweist darauf, daß die sozialistische Arbeiterbewegung von der Reichsgründung als einem Ereignis, das Anspruch auf geschichtliche Bedeutung erhob, verlangte, daß es die „gesellschaftlichen Zustände verbessert, die Freiheit des Volkes erweitert, sein Rechtsbewußtsein ... verfeinert, kurz, daß es einen Kulturfortschritt einschließt“¹²⁵). Da sich das preußisch-deutsche Kaiserreich in den Augen seiner sozialistischen Kritiker als das gerade Gegenteil dessen etabliert hatte, konnten sie es als ein Staatsgebilde, „wo der Korporalstock die Leuchte der Menschheit und die Pickelhaube das Symbol der Kultur vorstellen soll“¹²⁶), seiner inneren Verfassung nach nicht bejahen. Ohne diese differenzierte Haltung der Sozialdemokratie zur Schöpfung von 1871 sehen zu wollen, haben die Repräsentanten dieses Reiches im Augenblick seines Entstehens ihr pauschal den Charakter der „Reichsfeindlichkeit“ zugesprochen, wobei ein Mann wie Treitschke auf nicht mehr zu unterbietendem Niveau argumentierte¹²⁷). Die Partei wurde durch diese Klassifizierung, die noch in der Wilhelminischen Epoche gängig war, und die Verfolgungsmaßnahmen schließlich immer weiter auf einen Weg gedrängt, der sie in ein Ghettodasein führte. Bismarcks Sozialgesetzgebung bei gleichzeitiger Unterdrückung

¹²³) I. Auer, Sedanfeier und Sozialdemokratie (1895), S. 5.

¹²⁴) Vgl. dazu H.-U. Wehler, Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1962), S. 56 f., sowie Steinberg, a. a. O., S. 114 f.

¹²⁵) H. Müller, Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches (1890), S. 6.

¹²⁶) Leitartikel „Die ‚liebe Heimath‘“ im Volksstaat, Nr. 75, 22. 8. 1873.

¹²⁷) Vgl. H. v. Treitschke, Der Sozialismus und seine Gönner, in: Preuß. Jhb. 34 (1874), S. 67—111, 248—301

¹²⁰) Vgl. Th. Schieder, Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat (1961), S. 13.

¹²¹) H. Bartel, a. a. O., S. 433; J. Streisand, a. a. O., S. 385.

¹²²) J. Motteler, Die Sozialisten und das Reich, Der Volksstaat, Nr. 58, 20. 5. 1874.

der Arbeiterbewegung, von Engels schlicht als „Sozialreformscheiße“¹²⁸⁾ charakterisiert, konnte diese Entwicklung nicht aufhalten. Daß schließlich die sozialistische Arbeiterbewegung in ihrer Mehrheit sich am Vorabend des Ersten Weltkrieges mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abgefunden hatte, ist in Entwicklungen begründet, die hier nicht analysiert werden können¹²⁹⁾.

Was das grundsätzliche Verhältnis von Internationalismus, Sozialismus und Nationalstaat angeht, welches hier am Beispiel der Gründung des Deutschen Reichs untersucht wurde, so hat Karl Kautsky dazu Aussagen gemacht, welche über den Bereich der Lösung der deutschen Frage im 19. Jahrhundert hinausweisen. Nach ihm tritt die Arbeiterklasse in

dem Moment, wo sie sich in bewußtem Gegensatz zur Kapitalistenklasse befindet, auch in bewußtem Gegensatz zur nationalen Idee. Sie wird international. Damit ist aber die nationale Idee nicht aus dem Bereich sozialistischer Ideologie verbannt. Zwar kann die sozialistische Gesellschaft oder — wie Kautsky sagt — der Kommunismus, wobei dieser Begriff anderes beinhaltet als das, was heute gemeinhin unter Kommunismus verstanden wird, nicht *mit* der „Nationalität“ erstehen, weil im Kampf um den Nationalstaat zu viele Energien absorbiert werden, aber sie kann auch nur *auf* der Basis des Nationalstaates begründet werden¹³⁰⁾. So wird noch einmal deutlich, welche Funktion die Reichsgründung von 1871 im Schema sozialistisch-internationalistischer Ideologie einnehmen mußte.

¹²⁸⁾ Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 465.

¹²⁹⁾ Siehe hierzu Steinberg, a. a. O.

¹³⁰⁾ Karl Kautsky an Manfred Wittlich (Kopie ohne Datum) IISG Amsterdam, Kautsky-Nachlaß, C 760.